70 Jahre "Volkshaus"

55 Jahre Kulturvereinigung

Streiflichter aus der Leverkusener Arbeitergeschichte

KULTUR VEREINIGUNG
Leverkusen e.V.

Die Broschüre wurde - wenn nicht anders angegeben - auf der Grundlage von Dokumenten, die im Bestand des Archivs der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. vorhanden sind,verfaßt. Außerdem wurde folgende Literatur benutzt, wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit größtensteils auf Anmerkungen ver - zichtet wurde:

- Werksgeschichte IG Farben Leverkusen, 1938
- Meilensteine - 125 Jahre Bayer 1863 - 1988, 1988
- IG Farben- Von Anilin bis Zwangsarbeit, Stuttgart 1995

Weiterhin wurden Materialien aus verschiedenen Archiven und Bibliotheken verwertet, dafür sprechen wir besonders unseren Dank aus, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

- Hauptstaatsarchiv Düsseldorf,
- Stadtarchiv Leverkusen,
- Stadtarchiv Solingen
- Stadtbibliothek Düsseldorf im Weiterbildungszentrum in Düsseldorf

Autoren waren:

Manfred Demmer, S.5 - 7,19,22 - 30,34 - 42
Cilly Müller†, S. 31 -33
Rainer Schulze, S.8 - 16

Redaktion: Manfred Demmer

Bildnachweis:

Titelblatt: Manfred Scholz
Seite 7: Werksgeschichte
Seite 14: Archiv Kulturvereinigung
Seite 19: Archiv Kulturvereinigung
Seite 20: Archiv Kulturvereinigung
Seite 24: Werksgeschichte
Seite 36: Archiv Kulturvereinigung
Seite 37: Archiv Kulturvereinigung
Seite 42: Archiv Kulturvereinigung

Texterfassung: Ute Helay,Leverkusen (freie Autorin)

Layout: Lay CS, Leverkusen (Schlosser,Schweißer,freier Autor)
Manfred Demmer

Herausgeber: Kulturvereinigung Leverkusen e.V.
verantw. : Horst Wilhelms, Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen
März 2001
Druck: Eigendruck

Schutzgebühr: 5 DM

Inhaltsübersicht:

Seite 3 Zum Geleit

Seite 4 Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

Seite 5 Mann der Arbeit aufgewacht.....

Seite 7 Kurt Tucholsky Ruhe und Ordnung

Seite 8 Der Kaiser mußte gehen....

Rote Flagge auf dem Landratsamt/ Als ob nichts gewesen wäre../ Räteherrschaft oder Nationalversammlung ?/

Seite 9 Einmarsch alliierter Truppen in Wiesdorf/ 1921: Streik bei Bayer/ Entschlossene Kampfbereitschaft/ Die Offensive des Kapitals/ Die schwankende Haltung der USPD/ Der Klärungsprozeß in der Leverkusener Arbeiterschaft:Die Gründung der VKPD/ Die Betriebsratswahlen bei den Farbenfabriken Bayer im Jahre 1921/ Die Provokation der Bayer-Direktion/

Seite 10 Der Beginn des Arbeitskampfes/ Die Phalanx von Werksleitung, Gewerkschaften und Justiz/ Die Streikfront stand bis zum letzten Tag/ Hunger zwang die Streikenden in die Knie/ Die gerchteste Sache der Welt/

Seite 11 So kämpften die Kumpels 1923/

Seite 12 Wahlsieg der KPD 1924/ "Schwarzer Kommunismus"/ Das Wohnungsproblem in Leverkusen/ Kommunalpolitik in der Krise/ Die Rolle der Massenorganisationen/Proletarisches Kulturkartell/

Seite 13 Wie das "Volkshaus"entstand

Seite 15 "Nie, nie wollen wir Waffentragen..."

"Organisierter Kapitalismus"/ Der faschistische Erdrutsch/ Die Politik des "kleineren Übels"/ Sozialdemokratische Wehrpolitik/ Das Ende des Kabinetts Müller/

Seite 16 Eklat im Leverkusener Stadtparlament/ Arzt oder Totengräber des Kapitalismus ?/ Der "Dritte Weg" der SPD-Linken/ Am Vorabend der Machtergreifung/

Seite 17 Das giftige Königreich am Rhein / Der "rasende Reporter" Egon Erwin Kisch über die IG Farben in Leverkusen /

Seite 19 Fritz Schulte - Arbeiterfunktionär aus Wiesdorf/

Seite 20 Vielfältiges Arbeitersport- und - kulturleben in Leverkusen

Seite 23 Leverkusen unter dem Faschismus

Arbeiter die ersten Opfer/ Erst holten sie die Kommunisten.../ "Kommt ein Führer, so muß diesem unbedingt gefolgt werden."/

Seite 24 Hitler bedeutet Krieg/ Auch bei Bayer/

Seite 26 Funktionäre der Leverkusener Arbeiterbewegung

Paul Rohmer/ Christine Schmelefski/ Heinrich Pauly/ Josef Fischer/

Seite 27 Der Raub des"Volkshauses" durch die Nazis/ Wie ein "kommunistischer" Geldschrank Nazis, Polizei und Beamte auf Trab hielt !/

Seite 30 Moorsoldatenlied

Seite 31 Wer waren die Opfer, die Toten durch den Faschismus in Leverkusen ?

Seite 32 1945 in Leverkusen

Seite 34 Urkunde zur Errichtung des Mahnmals am Wenzelnberg 1947/
Günther Weisenborn Lied von den Kommenden

Seite 35 "Wir Deutsche, die wir heut' leben.."

Seite 36 Zwei Aktive der Kulturvereinigung/ Arnold Schulz/ Georg Holdenried/

Seite 39 Kulturvereinigung nach 1945

Seite 40 Franz Josef Degenhardt Tonio Schiavo

Seite 41 Wenn das Haus erzählen könnte...

Zum Geleit

Das Volkshaus gehört zur Stadtgeschichte Leverkusens wie der Bayerlöwe. Es ist aus der Tradition der Gewerkschaftshäuser entstanden und wurde - zeitgleich mit dem Elisabeth-Kirschmann-Haus - Anfang der 30er Jahre in Eigeninitiative erbaut.
Es ist eins der wenigen Denkmäler der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Es zu erhalten und mit Leben zu füllen ist eine dringende Aufgabe.
Das Kulturkartell war ein Kristallisationspunkt der Leverkusener Arbeitersport- und Kulturbewegung; die Kulturvereinigung Leverkusen sieht sich weiterhin in dieser Traditionslinie - wenn auch die Rahmenbedingung für eine fortschrittliche Kulturpolitik, sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert haben.
Die Etappen der Vereinsgeschichte und des Volkshauses waren geprägt von den politischen Ereignissen der letzten 70 Jahre:

- ★ Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus
- ★ Zerfall der Massenorganisationen im Nachkriegsdeutschland
- ★ Wiederbelebung der demokratischen Bewegungen in den 60er und 70er Jahren
- ★ Verlegung der Karl-Liebknecht-Schule ins Volkshaus
- ★ Zusammenbruch der sozialistischen Staaten
- ★ Rückgang der traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

Wie viele demokratische Kulturstätten muß auch die Kulturvereinigung für das Volkshaus stets um das Überleben kämpfen, die Aufgabenstellung stets aktualisierend. Die Veränderung in der politischen Landschaft erforderten veränderte Überlebensstrategien - ohne die eigentlichen Hauptziele einer demokratischen Kulturpolitik - insbesondere vor Ort - aus den Augen zu verlieren.
Die Veränderungen im Bewußtsein der Bevölkerung durch Massenmedien, Individualisierung und Entpolitisierung macht die Arbeit der Kulturvereinigung dringlicher den je. Der Kampf für Frieden und Demokratie durch eine demokratische Kulturarbeit im Volkshaus.

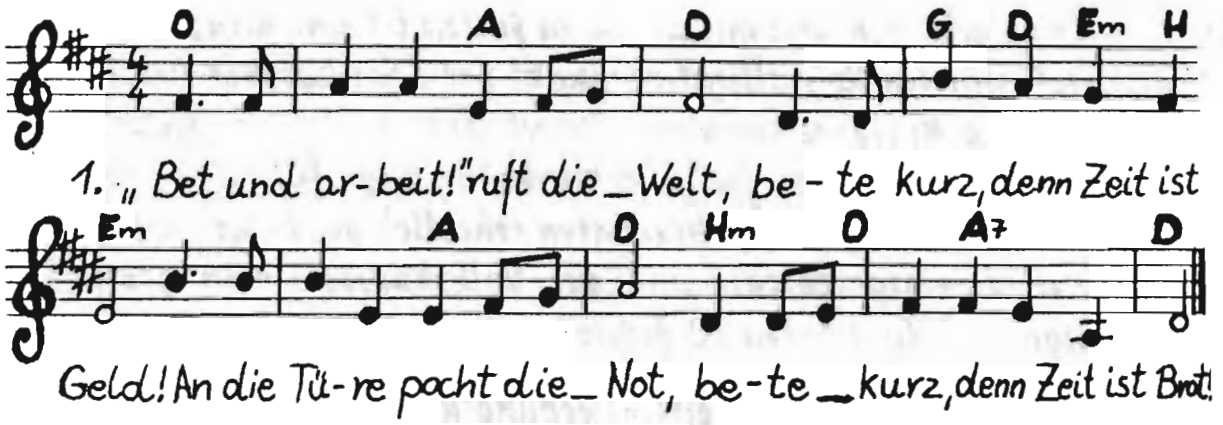
Leverkusen, im März 2001

Rainer Schulze Vorsitzender der Kulturvereinigung Leverkusen e.V.

Mann der Arbeit aufgewacht...

BUNDESLIED des ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREINS (ADAV)

Text: Georg Herwegh Musik: Peter Heinz



1. „Bet' und arbeit!" ruft die Welt. / Bete kurz, denn Zeit ist Geld! / An die Türe pocht die Not, / bete kurz, denn Zeit ist Brot!

2. Und du ackerst, und du säst, / und du nietest, und du nähst, / und du hämmerst, und du spinnst, / sag, o Volk, was du gewinnst?

3. Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht, / schürfst im Erz- und Kohlenschacht, / füllst des Überflusses Horn, / füllst es hoch mit Wein und Korn.

4. Doch wo ist dein Mahl bereit? / Doch wo ist dein Feierkleid? / Doch wo ist dein warmer Herd? / Doch wo ist dein scharfes Schwert?

5. Alles ist dein Werk! O sprich, / alles, aber nichts für dich! / Und von allem nur allein, / die du schmiedst, die Kette dein!

6. Mann der Arbeit, aufgewacht, / und erkenne deine Macht! / Alle Räder stehen still, / wenn dein starker Arm es will!

7. Brecht das Doppeljoch entzwei! / Brecht die Not der Sklaverei! / Brecht die Sklaverei der Not! / Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848 war für die Arbeiter die Lehre: Ohne Organisation läßt sich schlecht kämpfen.
Ferdinand Lassalle - der in Köln,Düsseldorf und dem Bergischen Land für Volksinteressen wirkte - gründete 1863 den ADAV. An den revolutionären Dichter Georg Herwegh wandte er sich mit der Bitte ein "kämpferisches,zugkräftiges Bundeslied" zu schreiben. So entstand das obige Lied. Der bekannte Dirigent Hans von Bülow - der Lassalle nahestand - schrieb dazu eine Melodie, die er unter dem Pseudonym Wilhelm Solinger veröffentlicht. Dies tat er auch unter dem Eindruck des Wirkens der Arbeiterbewegung im Bergischen Land.
Das Lied - dessen Refrainzeile "Mann der Arbeit aufgewacht.." zum geflügelten Wort wurde - wurden mit verschiedenen Melodien versehen und gilt als erstes Lied der politisch organisierten deutschen Arbeiterbewegung.

Mann der Arbeit aufgewacht...

Die Geschichte des "Volkshauses" ist eng verbunden mit der Geschichte der Arbeiterbewegung des heutigen Leverkusens, der rheinisch - bergischen Region. Deshalb soll auch in kurzen Zügen dargestellt werden, wie die Situation der Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, ihrer Arbeit leben mußten, in den verschiedenen Zeitläufen war. Es soll dargestellt werden, wie andererseits jene Menschen, die auf der anderen Seite standen, die Kapitalisten, diese Ausbeutung zu ihrem Nutzen gestalteten, wie zugleich aber auch bei den Arbeitsmännern - und nach und nach zunehmend auch Arbeitsfrauen, sich die Erkenntnis durchsetzte, daß man für eine Veränderung der Verhältnisse streiten muss.

Das heutige Leverkusen besteht in dieser Form erst 26 Jahre. Doch die Geschichte der Menschen, die im Bereich des heutigen Leverkusens leben ist älter, wobei uns hauptsächlich hier jene Menschen interessieren, die im Zuge der Industrialisierung in der Mitte des 19. Jahrhunderts hier lebten, arbeiteten und begannen ihre Situation zu verändern.

Und da lassen sich für unser Gebiet schon Rudimente revolutionären Handelns erkennen.

"Menschen, die bereits das von Karl Marx und Friedrich Engels verfasste Kommunistische Manifest (1848) kannten, die rote Fahne, statt der schwarz – rot – goldenen trugen und für die rote Republik kämpften, zogen am 17. September 1848 von Hitdorf her, wo sie mit der Fähre den Rhein überquert hatten, zum Bahnhof Langenfeld, um in ihre Heimatorte zurückzukehren."

So weiss der Lokalhistoriker **Rolf Müller** über die Ereignisse während der bürgerlichen Revolution von 1848 in unserem Gebiet zu berichten. In seinem Buch über die **"Stadtgeschichte Langenfeld"** widmet er den **"Roten Republikanern"** eine Abhandlung, wobei er auch die große Volksversammlung in Worringen erwähnt, von wo die Teilnehmer nach Langenfeld zurückkamen. 800 Menschen hatten in Worringen für eine

"demokratisch – soziale, rothe Republik"

demonstriert. **Ferdinand Lassalle** hatte gesprochen und **Friedrich Engels** war dagewesen und auch zwei Männer des Volkes **aus** heutigen Stadtteilen von Leverkusen. Der Rheindorfer **Leven** hielt eine Ansprache und der Hitdorfer **Schultes** hatten einen Antrag gestellt, der dann auch beschlossen worden war. Es ging darum das die **"Kölnische Zeitung"** nicht die Interessen des Volkes des Rheinlandes vertreten würde und

"als reactionäres Verleumdungsblatt überall verbannt werden müßte, wo Democraten sich versammeln, eher das Local zu ändern, als dem Wirt zu erlauben, dieses gemeine Blatt zu halten."

Statt dessen sollte, so der Antrag **"überall"** die **"Neue Rheinische Zeitung"** - deren **Chefredakteur Karl Marx** war und die in Köln erschien - empfohlen werden.

In der Folge wurde sichtbar, daß die Ideen, die von den Revolutionären vertreten wurden, durchaus auf fruchtbaren Boden fielen, zugleich aber auch die Obrigkeit von Staat und Kirche, wie die Unternehmer erschrecken und auf Bekämpfung sinnen lies.

Besonders als im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung in Leverkusen begann **(1860 hatte Carl Leverkus eine Ultramarinfabrik in Wiesdorf gebaut -, die 1891 von Bayer gekauft wurde)** und durch das enorme Wachsen der Bevölkerung, der Bayer – Belegschaft, sowie die durch die Ausbeutungsverhältnisse bei den Farbenfabriken entstandenen gravierenden sozialen Problemen, nahm die Arbeiterbewegung einen Aufschwung.

„Wachsen der Belegschaft und der Bevölkerung"

Wiesdorf hatte:

im Jahre 1890 rund 2.500 Einwohner

im Jahre 1900 waren es 5.800 Einw.
(wobei nur 2.100 bei Bayer sich verdingten)

im Jahre 1910 schon 15.000 Einwohner
(zu 5 400 Belegschaftsangehörigen)

im Jahre 1915 dann 21.000 Einwohner
(zu 7.400 Belegschaftsangehörigen)

In jenen Jahren bildete sich die sozialistische Partei heraus, die von **1878 - 1890** durch das **"Sozialistengesetz"** von **Reichskanzler Bismarck** zwar gehindert, aber keinesfalls besiegt werden konnte.

im Buch
„125 Jahre SPD Leverkusen"
heißt es:

"Standen sich SPD und die Führungsspitze der Farbenfabriken Bayer in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg noch feindlich und kompromißlos gegenüber, so besserte sich in den folgenden Jahren ihr Verhältnis nicht zuletzt dadurch, das die Partei weniger revolutionär, weniger aggressiv als die KPD gegenüber den Bayergewaltigen auftrat."

Gestärkt ging sie als "Sozial - demokratische Partei" 1890 aus der 12jährigen Illegalität in die Klassenauseinandersetzung jener Jahre.

Im Jahre 1904 machte ein Streik bei Bayer deutlich, wie groß die Not der Arbeiter war.

In einer Dokumentation der Schüler der Klasse 13 a Leistungskurs Geschichte des Lise Meitner – . Gymnasium, im Frühjahr 1996 wird die Geschichte nachgezeichnet.

Danach richteten Arbeiter von Bayer ein Schreiben an den **Bayer-Boss Duisberg** um sich **"über die viel zu niedrigen Löhne, die sogar noch die Durchschnittslöhne unterschreiten, über die Arbeitszeiten, die verlängert werden, wobei die Überstunden nicht zusätzlich bezahlt werden, und es zu Arbeitszeiten von bis zu 20 Stunden kommt, und über die Arbeitsverhältnisse in den chemischen Betrieben, in denen es keine ausreichenden Schutzvorrichtungen gibt, und die wir als "Giftküchen" bezeichnen"** zu beschweren. Eine Werkstattversammlung am **19. Juli 1904** beauftragte die Gewerkschafter mit Duisberg ein Gespräch zu führen. Statt eines Gesprächs, lehnt die Firmenleitung ab, was seitens der Arbeiter nun mit Streik beantwortet wird.

Sie droht den Arbeitern und lehnt auch einen Vermittlungsversuch des königlichen Gewerbegerichts Opladen ab. Dieser erste große Streik in Leverkusen bei Bayer macht deutlich, die Verbesserungen der Lage der Arbeiter war nicht durch die **„Gnade des**

"An unsere sämtlichen Arbeiter zu Leverkusen.

Da in einer am Montag Abend stattgefundenen Versammlung der beiden Gewerkschaften... die Sperre über unsere Fabrik verhängten und uns damit den Krieg erklären, so können wir selbstverständlich Angehörige dieser beiden Gewerkschaften in unseren Fabriken nicht mehr dulden und fordern alle Mitglieder derselben hiermit auf, sofort ihren Austritt aus diesen Gewerkschaften zu nehmen oder die Arbeit bei uns einzustellen

Elberfeld, den 27.Juli 1904
Die Direktion der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co "

Herrn" - sondern nur durch Kampf zu bekommen, selbst wenn der Streik nicht so erfolgreich endete, wie die Arbeiter es erhofft hatten.

> So bewerteten die Lise – Schüler 1996 den Erfolg oder Mißerfolg des Streiks >

Zum Erfolg oder Mißerfolg des Streikes ist folgendes zu sagen:

„Die Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer & Co. sahen den Streik als Mißerfolg für die Gewerkschaften an. Nach Angaben der Direktion betraf der Streik nur einen geringen Teil der Arbeiter, so daß der Betrieb in keiner Weise davon benachteiligt war. Es fragt sich nur, warum es dann notwendig war, die verschiedenen Kommissionen ins Leben zu rufen. Es wurde auch behauptet, die Gewerkschaften hätten sich nach dem Streik fast vollständig aufgelöst.

Die Gewerkschaften beurteilten den Streik als einen moralischen Sieg, da es endlich eine Auflehnung des Proletariats gegen das Kapital gab. Sie versuchten die Gewerkschaften vor Ort am Leben zu erhalten und riefen dazu auch die Arbeiter in anderen Städten auf.

Der Streik brachte auch Verbesserungen für die Arbeiter, zwar nicht für jene, die in den Streik getreten waren, aber für diejenigen, die später bei den Farbenfabriken arbeiteten. So gab es zum Teil Lohn- und Krankengelderhöhungen."

In **"Meilensteine - 125 Jahre Bayer 1863-1988"** wird als Konsequenz des sechswöchigen Streiks mitgeteilt:

" Die Werksleitung beschließt, keine Organisierten mehr zu beschäftigen "

Und dennoch, die Arbeiter organisierten sich. Einer der aktiven Wiesdorfer Sozialdemokraten war **Heinrich Specht**, der ab 1904 der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war, von seinem Büro in der Schießbergstrasse 32 aus auch die Filiale der **"Bergischen Arbeiterstimme"** leitete und Gründungsvorsitzender des Sozialdemokratischen Volksvereins im April 1904 in Wiesdorf wurde.

Später trennt er sich - wie viele andere Arbeiter - anläßlich der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten - denen als einziger **Karl Liebknecht** 1914 die Stimme verweigert - von der SPD, wird später KPD – Mitglied, zieht 1924 für sie in den Stadtrat von Wiesdorf ein, bis er im Oktober 1929 aus der Partei austritt.

Als Vorsitzender des Gewerkschaftskartels der freien Gewerkschaften beantragte er die Genehmigung für eine **Maifeier 1905**, was der Bürgermeister dann untersagte. Dagegen fand offensichtlich die **Maifeier 1906 in Küppersteg** statt, auf der **Heinrich Specht** auftrat, ebenso wie bei der Versammlung gegen die Aussperrung der Brauerei – Arbeiter am **19. Mai 1905** in Küppersteg. Immer mehr organisierten sich die Arbeiter in Gewerkschaftsverbänden und der Sozialdemokratischen Partei, die Versammlungen abhielt, die auf reges Interesse stießen.

Wie schon geschildert, wurden aber oft auch sozialdemokratische Veranstaltungen nicht genehmigt. Einige Jahre später hatten sowohl führende Sozialdemokraten, wie jene **"versagenden"** Beamten dies vergessen. Um Deutschlands Platz an

18. August 1901 Schlebusch
115 Teilnehmer
Redner Reichstagsmitglied **Peus**
(Dessau)

Sonntag 8.Mai 1904
Gründung der Zahlstelle Opladen des Deutschen Eisenbahner Handwerker- und Arbeitervereins mit **250** Teilnehmern

eine Streikversammlung der Bauhandwerker am **9. Juli 1904** in Küppersteg mit **280** Teilnehmern

26. März 1911
Versammlung unter freiem Himmel in Wiesdorf mit dem Reichstagsabgeordneten **Stücklen**

800 Teilnehmer
bei der Kundgebung
mit **Phillip Scheidemann**
am **18. Juni 1911** in Küppersteg

der Sonne - wie propagandistisch das Streben des kaiserlichen Deutschlands mit Militär, Industrie und Bankkapital an der Spitze nach Mitherrscherschaft über Kolonien der Welt und damit über unermessliche Rohstoffe - umschrieben wurde, sichern zu helfen, kannte sie plötzlich keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche, wie **Kaiser Wilhelm II** es verlautbaren ließ. Und bei Bayer forderte die Unternehmensleitung alle wehrfähigen Männer zur freiwilligen Meldung auf, um mit den chauvinistischen Parolen:

" Jeder Schuß ein Ruß -
Jeder Stoß ein Franzos "

in den Krieg für die Reichen zu ziehen. Die Hälfte der Belegschaft wurde einberufen. Schon im August wurden die ersten Verwundeten der Westfront in das zum Kriegslazarett umgerüstete Hauptlaboratorium eingeliefert. Während dessen spekulierte das Kapital auf hohe Profite und Bayer profitierte in der Tat **Carl Duisberg** persönlich war an der Realisierung des sogenannten **"Hindenburg – Programms"** beteiligt. Es bedeutete: **Mobilisierung des gesamten Wirtschafts- und Arbeitskräftepotentials für den Krieg.**

Bei Bayer stieg der Anteil der Kriegslieferungen am Gesamtumsatz von **0,29% 1914** auf **73,5% 1916.** Auch in der Sprengstoffproduktion - die so wurde kolportiert **Duisberg** im September **1914** abgelehnt hätte - ab Ende **1914 200 Tonnen** im Monat produzierte.

Ende des Krieges war **Bayer** der größte deutsche Sprengstoffproduzent und stellte mehr als ein Drittel des gesamten Bedarfs her. Auch Granaten wurden bei Bayer gefüllt.

Und bei **Bayer** ging man noch weiter. Um die Produktion sicherzustellen, wurde **von Carl Duisberg** auch der Vorschlag ins Spiel gebracht anstelle der **"Im Felde stehenden Arbeiter"** belgische Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter in der Chemiehölle schuften zu lassen. Und **Duisberg** gehörte auch einer Kommission an, die eine **"Wunderwaffe"** entwickeln sollte, die dank chemischer Reizstoffe gegnerische Soldaten aus den Stellungen vertreiben sollte.

Dem Kriegsministerium genügten solche Vorstellungen nicht, es verlangte im Dezember 1914 den Einsatz tödlich wirkender Kampfstoffe in Artilleriegeschossen, ein Einsatz der gegen das Völkerrecht verstieß.

Für den Profit der Reichen...

Am 27. Januar 1917 waren im Werk Flittard, wo der Sprengstoff verarbeitet wurde, sibirische Temperaturen. Das Thermometer zeigte 21 Grad minus an.

In einem Leitungskrümmer war Trinitrotoluol **(TNT)** - der Stoff für die Sprenggranaten - eingefroren. Ein **Meister** versuchte, die Vereisung durch Hammerschläge zu lösen. **60.000 Kilogramm TNT** flogen in die Luft, **töteten acht Arbeiter**, verletzten Hunderte, zerstörte das Flittarder Werk und auch Anlagen in Leverkusen. Für die Opfer hat man auf dem **Manforter Friedhof** eine große Grabstätte errichtet und der Filmregisseur **Kurt Maetzig** gestaltete diese Szene in seinem die Geschichte der IG-Farben behandelnden Film **"Götter"** zu einem **aufrüttelnden, mahnenden gegen das mörderische und friedensge-fährdende Profitstreben des Chemie-**

Die Kommision versuchte **"nach besten Kräften"** wie es in einer Publikation hieß, auch diesen Auftrag zu erfüllen. Technische Probleme verhin-derten dieses Umsetzung, bis das Kommissions-mitglied **Professor Fritz Haber** den Einsatz von **Chlorgas** vorschlug, welches statt aus Geschos-sen aus Gasflaschen abgeblasen wurde.

Dies geschah dann am 22. April 1915 bei Ypern in Flandern, eine verheerende Wirkung mit sich bringend.

Tausende **Soldaten erstickten und verreckten elend.**

Knete gegen Sozis

Die **Unternehmensleitung** förderte durch **ein geheimes Abkommen vom 14.05.1907** mit dem **"Reichsverband gegen die Sozialdemokratie"** den Aufbau eines nationalen Arbeitervereins in der **Gemeinde Wiesdorf.**

Der Reichsverband war von Vertretern der Schwerindustrie und den "Kartellparteien" - d. h. der Deutschkonservativen, der Freikonservativen und der Nationalliberalen - im Mai 1904 gegründet worden.

Der **Reichsverband** stellte in **Absprache** mit der **Direktion** einen **Agitator** an, dessen **Jahresgehalt** in Höhe von **3000 Mark** und dazugehörende Auslagen **die Farbenfabriken bezahlten.** Noch im gleichen Jahr unterzeichneten **Duisberg** und **Böttinger**, nicht aber **Bayer Jr.**, den Gründungsaufruf des **"Ausschusses zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine"**, der auch im **„Wiesdorfer Generalanzeiger"** abgedruckt wurde.

Offiziere und Ärzte bei Giftgasübungen 1915 – 1916 in Leverkusen

In allen **Bayer-Werken** arbeiteten bei Beginn des Krieges **10.600** Beschäftigte.

Im September 1914 waren es nur noch 6.700.

Wie wurde nun, die unter den Bedingungen der Kriegsproduktion verschärfte Ausbeutung ausgeführt ?

67 % waren deutsche Arbeiter, die bei den Militärbehörden reklamiert wurden,

19 % waren Frauen,

8 % **"angeworbene Arbeiter"**, vor allem aus Belgien,

5 % männliche Jugendliche,

1 % **Kriegsgefangene**

Bereits Ende **1907** kamen aber **Differenzen** zwischen **Bayer** und dem **Reichsverband** um die **Person des Agitators** auf. Allerdings kündigte man von Seiten des Unternehmens erst **1911** die Zusammenarbeit, als man **den verfolgten Zweck endgültig als gescheitert ansah, nachdem der Agitator des Reichsverbandes den Kampf gegen Industrie, Handel und Gewerbe aufgenommen haben soll.**

Der Vorsitzende des Reichsverbands, **Bovenschen,** glaubte, **daß die Sozialdemokratie nun wieder Oberwasser in Wiesdorf** gewinnen würde, **während Bayer der Ansicht war,** daß nur die **"eigene starke Faust"**, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften **"dauernd im Rücken saß"**, den Erfolg gebracht habe.

Polizei - Hiwis für Bayer

Die **Gemeindepolizei** wurde von **Bayer** als eine **Infor-mations-quelle für die Farbenfabriken** betrachtet. Es wird vermutet, daß über auswärtig angeworbene Arbeiter von der Polizeiverwaltung Informationen eingeholt wurden. Dabei wurde auch von **Bayer** selbst die **"schwarze Liste"** geführt, die z.B. nach dem Streik von **1904** alle streikenden Arbeiter enthielt, die dann in hundertfacher Ausführung dem **"Verband der Arbeitgeber im Bergischen Industriebezirk"** übergeben wurde. Und sicherlich auch an die Polizei.

Diese machte z.B. gemeinsam mit der **Feuerwehr des Betriebes - die 1895 die Rechte und Befugnisse einer Polizei im Werk übertragen bekommen hatte, - Razzien.**

So wurden z.B. **1912 / 1030 Arbeiter nachts aus dem Bett** geholt und überprüft, **184** von ihnen wurden dann festgenommen.

Kurt Tucholsky (1925)

RUHE UND ORDNUNG

Wenn Millionen arbeiten, ohne zu leben,
wenn Mütter den Kindern nur Milchwasser geben –
das ist Ordnung.
Wenn Werkleute rufen: »Laßt uns ans Licht!
Wer Arbeit stiehlt, der muß vors Gericht!« –
das ist Unordnung.

Wenn Tuberkulöse zur Drehbank rennen,
wenn dreizehn in einer Stube pennen –
das ist Ordnung.
Wenn einer ausbricht mit Gebrüll,
weil er sein Alter sichern will –
das ist Unordnung.

Wenn reiche Erben im Schweizer Schnee
jubeln – und sommers am Comer See –,
dann herrscht Ruhe.
Wenn Gefahr besteht, daß sich Dinge wandeln,
wenn verboten wird, mit dem Boden zu handeln –
dann herrscht Unordnung.

Die Hauptsache ist: Nicht auf Hungernde hören.
Die Hauptsache ist: Nicht das Straßenbild stören.
Nur nicht schrein.
Mit der Zeit wird das schon.
Alles bringt euch die Evolution.
So hat's euer Volksvertreter entdeckt.
Seid ihr bis dahin alle verreckt?
So wird man auf euern Gräbern doch lesen:
Sie sind immer ruhig und ordentlich gewesen.

Der Kaiser musste gehen....

...die Generäle blieben. So beschrieb der Schriftsteller Theodor Plievier die Zeit, die sich in Leverkusen wie nachfolgend darstellte

Aufgrund der katastrophalen Situation und der Aussichtslosigkeit der imperialistischen Kriegsführung kam es im Herbst 1918 überall im Deutschen Reich zu Hungerstreiks und Friedensdemonstrationen, die zunehmend politischen Charakter erhielten und die Abschaffung der Monarchie verlangten. Am 26. Oktober 1918 fand im Saal Menrath eine Volksversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) Wiesdorfs statt, auf der der Chefredakteur der **"Bergischen Arbeiterstimme"** zu ca. 800 Arbeitern sprach. In einer Resolution forderte die Versammlung einstimmig die sofortige Beendigung des Krieges, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die uneingeschränkte Presse- und Redefreiheit sowie die volle Amnestie für alle politisch und militärisch Verurteilten.

Rote Flagge auf dem Landratsamt

Anfang November begann in Kiel **"die Bolschewikibewegung an der Wasserkante"** - wie die bürgerliche **"Opladener Zeitung"** argwöhnte -, in deren Gefolge aufständische Matrosen nach Köln kamen und dort durch die Befreiung der politischen Gefangenen die revolutionäre Entwicklung in Gang setzten. Am Freitagmorgen, den 8. November 1918, erschienen in den umliegenden Orten und Gemeinden Delegationen des Kölner Arbeiter- und Soldatenrats, um mit den örtlichen Arbeiterführern weitere Aktionen und die Wahl von Räten vorzubereiten. In dem Sog der zurückkehrenden Soldaten schlossen sich auch die Soldaten des Opladener Maschinenparks der revolutionären Bewegung an und wählten einen Soldatenrat, während der **Landrat Lucas** aufgefordert wurde, am Landratsamt die rote Flagge zu hissen. Am Samstag verkündete dann ein Aufruf, daß sich auch in Wiesdorf ein Soldatenrat konstituiert hatte, der die Verwaltungsgeschäfte der Gemeinde und die Polizeigewalt übernommen hatte, bis ein Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Vorsitz von **Wilhelm Pfaff** (USPD) von der Wiesdorfer Arbeiterschaft gewählt wurde.

Zu keinem Zeitpunkt wurde in Leverkusen versucht, in die politischen Machtverhältnisse einzugreifen. Der Arbeiter- und Soldatenrat formulierte sein Selbstverständnis folgendermaßen:

" Wir bilden keine politische Partei, sondern betrachten uns als Hersteller und Bewahrer der öffentlichen Ruhe ... bis zur Bildung einer vom Volk anerkannten neuen Regierung. "

Das Hauptaugenmerk der Wiesdorfer Arbeiterführer war auf tagespolitische Aufgaben gerichtet: Verhinderung der drohenden Arbeitslosigkeit und Sicherstellung der Lebensmittelversorgung. In diesem Sinne fand am 12. November 1918 im Wiesdorfer Rathaus eine **"erweiterte ASR-Sitzung"** statt, an der auch Vertreter der Gewerkschaften und größten Industriebetriebe teilnahmen.

Teilnehmer unter anderen:
Artur Klein, Obmann bei Farbenfab. Bayer
Fr. Neußel, Obmann bei EUMUCO
Max Probst, DMV-Vertreter
Adolf Hermann, FAV-Vertreter
Dr. Carl Duisberg, Farbenfabriken Bayer
Direktor Guckel, Dynamit AG
Theodor Wuppermann, Wuppermann
Ing. Grünthal, EUMUCO

In dieser Zentralarbeitsgemeinschaft **"en miniature"** wurden unter Tagesordnungspunkt 6 die zukünftigen rechtlichen Arbeitsverhältnisse in den Betrieben geklärt: Neben der Abschaffung des unmenschlichen Akkord- und Prämiensystems erklärte sich die Kapitalseite **"im Prinzip"** mit der Einführung des Achtstundentages einverstanden. In arbeitsmarktpolitischer Hinsicht sollte die jeweilige Belegschaftsstärke - gegebenenfalls durch Notstandsarbeiten - gehalten werden; die zurückkehrenden Soldaten sollten als wertvolle Arbeitskräfte wieder eingestellt werden. Die Frauen hingegen sollten **"tunlichst ihrem Hausstand zugeführt werden"**; das galt auch für die übrigen Hilfskräfte, denen man eine Abfindung anbot, wenn sie freiwillig den Abkehrschein vorlegten.

Als ob nichts gewesen wäre...

Sämtliche Verhandlungen liefen auf einen möglichst reibungslosen Übergang von der Kriegs- zur Friedensproduktion hinaus, wobei den Arbeitern gewisse sozialpolitische und arbeitsrechtliche Verbesserungen zugestanden wurden.

Während man in Wiesdorf einträchtig mit Besitzern und Direktoren der Rüstungsindustrie verhandelte, ohne sie für die imperialistische Kriegsführung zur Verantwortung zu ziehen, bereitete man im Arbeiter- und Soldatenrat Solingen Maßnahmen vor, um die Farbenfabriken Bayer zu vergesellschaften und den Hauptverantwortlichen zu verhaften. **Carl Duisberg** war aber über diese Pläne informiert und setzte sich flugs nach Köln ab, wo er bei kaisertreuen Offizieren der zurückweichenden Armee und dem Oberbürgermeister **Konrad Adenauer** Schutz fand. Zur gleichen Zeit erhoben sich in Köln separatistische Bewegungen, die eine Loslösung der Rheinlande vom Deutschen Reich anstrebten und sich damit von der revolutionären Entwicklung abkuppeln wollten.

Räteherrschaft oder Nationalversammlung?

Die Kreisgeneralversammlung der USPD beschloß am 1. Dezember 1918:

" Die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung ist ein konterrevolutionäres Unternehmen... Vor der Einberufung der Nationalversammlung muß die Macht der kapitalkräftigsten wirtschaftlichen Beherrscher Deutschlands gebrochen werden. Das kann nur durch die Übernahme der zur Vergesellschaftung reifen, hochentwickelten Industrie geschehen. "

Ende November 1918 zeichnete sich in der Leverkusener Arbeiterschaft eine zunehmende Politisierung ab, die unter anderem auf Erfahrungen mit konterrevolutionären Bestrebungen beruhte: Monarchistische Offiziere hatten versucht, den Schlebuscher Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Vorsitz von **Gustav Schulze** (USPD) zu verhaften. Bis zum Jahresende stieg die Mitgliederzahl des USPD-Distriktes Wiesdorf von ca. 50 auf 1500 Mitglieder an.

Mit diesem Votum lehnte die Mehrheit der Arbeiter im Landkreis Solingen die sozialdemokratischen Ziele ab, eine Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen, ohne ihre ökonomische Basis anzutasten. Die Wiesdorfer Arbeiterbewegung plädierte vielmehr für einen Kompromiß zwischen Rätediktatur und parlamentarischer Demokratie: Auf einer SPD-Veranstaltung lehnten bei acht Gegenstimmen die rund 800 Versammelten die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung ab, nachdem ein Solinger USPD – Funktionär die Argumentation des SPD-Parteisekretärs **Mies** gründlich zerpflückt hatte.

Wahlergebnisse:

	KPD	USPD	SPD	Bürgerliche
Nationalver-Sammlung 19. Januar 1919	-	29,6	23,4	47,0
Kommunalwahl 12. November 1919	-	44,6	18,4	37,0
Reichstagswahl 6. Juni 1920	2,0	43,4	10,2	48,6
Preußische Landtagswahl 20 Februar 1921	27,2	6,1	13,3	53,4

Einmarsch alliierter Truppen in Wiesdorf

Bevor aber dieser Politisierungsprozeß in der Wiesdorfer Arbeiterschaft konkrete Formen annehmen und sich zu einer revolutionären Rätebewegung entfalten konnte, wurde der Novemberrevolution am 18. Dezember 1918 ein jähes Ende gesetzt: Unter dem Jubel des Bürgertums, das noch wenige Wochen zuvor mit **"Hurra gegen Engeland"** gezogen war, marschierten alliierte Truppen in Wiesdorf ein und setzten die Arbeiter- und Soldatenräte ab.

Die nun folgende siebenjährige Besatzungszeit war für die Leverkusener Arbeiterbewegung eine erhebliche politische Behinderung: Die britische Militärverwaltung intervenierte stets dann, wenn sie ihre militärischen Sicherheitsinteressen gefährdet sah. Dies ging in der Regel zu Lasten der sozialistischen Arbeiterschaft, indem die Tageszeitungen der USPD **("Bergische Arbeiterstimme")** wiederholt verboten und die KPD-Wiesdorf erst in der zweiten Jahreshälfte 1920 zugelassen wurde. Dessen ungeachtet konnten sich die fortschrittlichen Kräfte in Leverkusen zu einem entscheidenden Machtfaktor entfalten.

1921: Streik bei Bayer

Am Samstag, dem 29. Januar 1921, traten um 12 Uhr die Arbeiter des Bayerwerkes in den Streik, um für den Erhalt des Achtstundentages zu kämpfen. Was war geschehen? Wenige Tage zuvor war der 22jährige Fabrikarbeiter **Ernst Creutzburg** fristlos entlassen worden, weil er einige Überstunden abgefeiert hatte.

Entschlossene Kampfbereitschaft

Mit 3.505 zu 147 Stimmen erklärten sich die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter für Kampfmaßnahmen. Sie kämpften nicht nur für die Wiedereinstellung ihres Arbeitskollegen. Die Streikbereitschaft hatte grundsätzlichen Charakter: Es ging um die Verteidigung des Achtstundentages, das Symbol für die sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution.

In einem der ersten Flugblätter schrieben die Streikenden:

" Wenig ist uns geblieben von all dem, was wir erhofften in den Revolutionstagen 1918, und jetzt fühlt sich die Reaktion wieder stark und beginnt der Arbeiterschaft auch noch das Letzte zu nehmen. Bald hier, bald dort beginnt man systematisch den Achtstundentag illusorisch zu machen...

NICHTS ANDERES TRIEB UNS IN DEN STREIK ALS DIE BEDROHUNG DES ACHTSTUNDENTAGES. "

Die Offensive des Kapitals

Der Heißhunger des Chemiekapitals nach Mehrarbeit forderte die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit, um die Verluste des Versailler Vertrages auszugleichen. Viele Fabrikarbeiter mußten Überstunden machen, um angesichts der galoppierenden Inflation ihre Existenz zu sichern.

Der Angriff des Bayerkonzerns auf den **"schematischen"** Achtstundentag war begleitet von einem schrittweisen Zurückdrängen der materiellen Zugeständnisse, die **Carl Duisberg** in der Novemberrevolution hatte machen müssen: Bereits ein Jahr danach wurden durch den Rahmentarifvertrag wieder Leistungsgruppen eingeführt, und Ende 1920 arbeiteten die Handwerker wieder nach dem Akkordsystem. Dieser Angriff des Kapitals trug sehr große **"Früchte"**: Die Dividendenausschüttung stieg um mehr als das Doppelte.

Die schwankende Haltung der USPD

Der Abbau der sozialen und arbeitsrechtlichen Verbesserungen erfolgte unter ausdrücklicher Billigung des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes. So lehnte man das starre Festhalten am achtstündigen Maximalarbeitstag ab, damit die Unternehmen die Arbeitszeit den konjunkturellen Bedürfnissen anpassen konnten. Aber auch **"vor Ort"** zeigte der Betriebsratsvorsitzende **Gustav Buschmann**, USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), immer wieder Verständnis für die **"notleidende"** Industrie.

Buschmann repräsentierte die kleinbürgerliche Linie in der Wiesdorfer USPD, die beispielsweise

im **Kapp-Putsch (1920)** wortradikal auftrat:

"Nur über unsere Leichen geht der Weg der Reaktion!"

aber praktisch den Worten keine Taten folgen ließ; oder im Lohnsteuerstreik sich nur auf Verhandlungen mit der Bayer-Werksleitung beschränkte, um dann durch deren Hinhaltetaktik und Aussperrung der Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt zu werden.

Mit dieser Politik entfernte sich die USPD-Führung mehr und mehr von den Arbeitermassen, die sich zunächst in großer Zahl der USPD angeschlossen und in den Freien Gewerkschaften organisiert hatten.

Die Strategie der USPD vertraute allein auf die arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Garantien des **"neuen Staates"**, der Weimarer Republik, ohne deren unveränderte gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse antasten zu wollen. Dem gegenüber bekamen gerade die ungelernten Chemiearbeiter tagtäglich die Kapitalinteressen sehr schmerzlich zu spüren. Bereits bei der Wiedereinführung des Lohnleistungssystems traten sie in passiven Widerstand. Und bei der Verzögerungstaktik im Lohnsteuerkampf bildeten sie spontan einen Streikausschuß. Erst die knallharte Antwort der Bayerwerke brachte einen tiefergehenden politischen Bewußtseinsprozeß in Gang.

Der Klärungsprozeß in der Leverkusener Arbeiterschaft: Die Gründung der VKPD

Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit einem der größten Chemiekonzerne waren spontane und kurzatmige Kampfaktionen aussichtslos; es bedurfte einer organisatorisch gefestigten Arbeiterpartei, mit einer handfesten Strategie für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen. In Leverkusen zog der größte Teil der Arbeiterschaft die Konsequenz aus den Erfahrungen der Vergangenheit: Über 80 Prozent der USPD-Mitglieder schlossen sich mit den Kommunisten zur VKPD (Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands) zusammen. Nur ein **"Bäckerdutzend"**, vornehmlich der USPD-Funktionäre **(Adolphi, Buschmann, Heppekausen, Wiemar)**, bemühte sich, das Fähnlein aufrechtzuhalten, in dem sie versuchten, der Mitgliedermehrheit die Parteikasse vorzuenthalten. Aber die folgenden Wahlen bewiesen, daß auch in Wiesdorf kein Raum für eine weitere Arbeiterpartei mit einem **"dritten Weg"** existierte.

Die Betriebsratswahlen bei den Farbenfabriken Bayer im Jahre 1921

Zum zweiten Mal wählte die Chemiearbeiterschaft ihre Interessenvertretung nach dem neuen Betriebsrätegesetz. Mit ihrer Stimmabgabe erteilte sie der bisherigen Betriebsratspolitik eine deutliche Abfuhr: Zwar konnte die freigewerkschaftliche Liste erneut gegenüber den christlichen eine klare Mehrheit erringen, jedoch waren die gewählten Arbeiterräte in der Mehrzahl oppositionelle Vertreter, die zum Teil der neu gegründeten Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) angehörten.

Bei Bayer standen jetzt die Kommunisten **Hans Kromm, Fritz Schulte und Eugen Berghaus** an der Spitze des Betriebsrates! Diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses bedeutete das Ende des bisher praktizierten **"sozial-partnerschaftlichen"** Abbaus der sozialen Verbesserungen und mußte eine ent-sprechende Gegenreaktion seitens der FFB-Direktion zur Folge haben: Als äußeren Anlaß für die beabsichtigte Kraftprobe warf man am 22. Januar 1921 den Arbeiter **Ernst Creutzburg** auf die Straße und verbot kurz darauf in einem Rundschreiben an die Betriebsleiter das weitere **"Abbummeln der Überstunden".**

Die Provokationen der Bayer-Direktion

Es ging der Werksleitung also nicht um die Einhaltung der Arbeitszeit, denn durch eine konjunkturelle Flaute war die Zahl der geleisteten Überstunden sehr gering. Die wirkliche Ursache für den Konfrontationskurs wird aus einem Brief deutlich, den **Carl Duisberg** an den Vorsitzenden den Zentralarbeitgeberverbandes richtete:

"Wie Sie wissen, ist bei uns wilder Totalstreik. So dumm wie diesmal haben es die von Ihnen verhetzten Arbeiter des Bezirks Wiesdorf noch nie angefangen. Schon seit Wochen zerbrechen wir uns den Kopf, wie wir unseren Betrieb einschränken können... Es konnte uns also nichts Besseres passieren, als daß der Streik, der doch einmal kommen mußte, jetzt ausbrach."

Mit Blick auf die kommunistischen Arbeitervertreter fährt er fort, daß die Werksleitung

"endlich einmal die schon lange notwendige Siebung vornehmen (kann), die uns das letzte Mal, als wir gelegentlich der Verweigerung des Steuerabzuges die Fabrik stillegen mußten, nicht vornehmen konnten."

Die Chemiearbeiterschaft betrachtete die Entlassung **Creutzburgs** als prinzipielle Frage der Verteidigung des Achtstundentages und erklärte sich mehrheitlich für den Streik, der am Samstag, dem 29. Januar 1921, beginnen sollte. Jedoch auf einer Betriebsräteversammlung sprachen sich **Schulte und Berghaus** für die Verschiebung des Streikbeginns aus, da sie angesichts der Wirtschaftslage der Farbenfabriken Bayer keine großen Erfolgsaussichten erwarteten. Durch ein einheitliches Vorgehen aller gewerkschaftlich organisierten Chemiearbeiter (z.B. auch der Bauarbeiter) sollte eine bessere Ausgangsposition geschaffen werden.

Der Beginn des Arbeitskampfes

Am Samstagmittag holte eine Gruppe unter der Leitung von **Ernst Creutzburg** die Arbeiter aus der Schwefelsäurefabrik (Oleum) heraus, so daß die Öfen erkalteten und die Produktion für längere Zeit stillgelegt wurde. Damit war die **"Achillesferse"** der gesamten chemischen Produktion blockiert, und auf dieses Signal hin verließen die Chemiearbeiter die Betriebe. Der größte Streik in der Geschichte der Leverkusener Arbeiterbewegung hatte begonnen.

Bayer-Direktion und auch christliche Gewerkschaften waren einhellig der Meinung, **"unverantwortliche Elemente"** und **"Radikalinskis"** hätten gewaltsam den Streik vom Zaune gebrochen, und mit Blick auf die oppositionellen Arbeiterräte betrachtete man den gewerkschaftlichen Verteidigungskampf als **"Kommunistenputsch"**. Dem muß entgegengehalten werden, daß die Ortsverwaltungen sowohl des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) als auch des Fabrikarbeiterverbandes (FAV) mit Billigung der Gauleitung Kampfmaßnahmen zur Verteidigung des Achtstundentages beschlossen hatten. Facharbeiter und Fabrikarbeiter kämpften gemeinsam um ihr **"heiliges Recht"** des Achtstundentags.

Weil die Werksleitung in dem Vorgehen der streikenden Arbeiterschaft einen **"frivolen Tarifbruch"** zu sehen glaubte, sperrte sie sämtliche 8300 Arbeiter brutal aus. Auch gegenüber den kompromißlerischen christlichen Gewerkschaften vertrat sie den **"Herr-im-Haus"** Standpunkt: Erst wenn die überwiegende Mehrheit auf den gewerkschaftlichen und tariflichen Boden zurückgekehrt sei, sei man zu Verhandlungen bereit.

Die Phalanx von Werksleitung Gewerkschaften und Justiz

Die streikenden Chemiearbeiter und ihre Streikleitung kämpften von Anfang an mit dem Rücken zur Wand. Sämtliche arbeitsgerichtlichen Instanzen - **zuletzt der Zentrale Schlichtungsausschuß am 25. Februar 1921 - erklärten den Arbeitskampf für einen offenen Tarifbruch.** Aber viel verhängnisvoller war die Haltung der gewerkschaftlichen Hauptvorstände, die sich die legalistische Interpretation der Gerichte zu eigen machten und sich damit auf die Seite des Chemiekapitals stellten.

So erklärte der Fabrikarbeiterverband in Hannover den Arbeitskampf für einen **"wilden Streik"** und verweigerte die dringend erforderliche Unterstützung. Die gesamte öffentliche Meinung stellte sich gegen die Streikenden, und auch **Gustav Buschmann** distanzierte sich im Verlaufe des Arbeitskampfes und schloß sich der antikommunistischen Propaganda vom **"Kommunistenputsch"** an.

In dieser verzweifelten Lage versuchte die Streikleitung, die Arbeiterschaft der anderen Chemiekonzerne in Hoechst und Ludwigshafen zur Solidarität zu bewegen. Die VKPD initiierte eine umfassende Spendenaktion, die bis zum Ende des Streiks fast 250.000 Mark sammelte. Aber im Grunde blieb der Kampf regional begrenzt, auch wenn sich die Arbeiter einzelner Chemiebetriebe im Raum Köln solidarisch zeigten (Dynamit AG, Schlebusch; Chemische Fabrik Kalk; Stickstoffwerke in Knapsack).

Die Streikfront stand bis zum letzten Tag

Trotz des unnachgiebigen Konfrontationskurses und trotz der wachsenden materiellen Not streikten die Leverkusener Arbeiter volle fünf Wochen. Angesichts der sich täglich verschlechternden Lage der Streikenden schaltete sich sogar der Wiesdorfer Bürgermeister **Janz** (Zentrum) ein und sprach sein **"Wort zum Sonntag"**:

" Jedes Gemeinwesen muß zu Grunde gehen, wenn seine Bürgerschaft Gesetze, Verordnungen und Verträge mißachtet. Arbeiter und Arbeiterinnen, laßt Not und Arbeitslosigkeit nicht bis zur Verzweiflung wachsen. Bringt unser Gemeinwesen nicht an den Bettelstab. "

Trotz dieses Sperrfeuers kämpften die Arbeiter diszipliniert und einheitlich. Die Streikversammlungen im Erholungshaus waren stets von zwei- bis zweieinhalbtausend Arbeitern besucht.

Am 17. Februar 1921 entschieden sich in einer geheimen Abstimmung 3234 für die Fortsetzung und 522 für die Beendigung des Arbeitskampfes.

Die Arbeit der Streikleitung blieb nicht ohne Widerspruch: Auf der einen Seite votierten die christlich organisierten Arbeiter für Streikabbruch, während auf der anderen Seite eine wortstarke Minderheit der Syndikalisten unter dem Wortführer **Sneyden** für direkte Aktionen gegen die Bayerwerke eintrat. Die kommunistische Streikleitung blieb in der Arbeiterschaft fest verankert.

Am 20. Februar 1921 wurde ein neuer preußischer Landtag gewählt. In Wiesdorf wurde die VKPD mit 27,2 Prozent der Wählerstimmen zweitstärkste Partei nach dem Zentrum, während sich SPD und Rest-USPD mit knapp 20 Prozent begnügen mußten. In der Gemeinde Rheindorf, die in ihrer Sozialstruktur hauptsächlich von Fabrikarbeitern geprägt war, erhielt die VKPD sogar 38 Prozent.

Hunger zwang die Streikenden in die Knie

Nicht die **"große Koalition"** von Großkapital, Gewerkschaftsbürokratie und Klassenjustiz war der ärgste Feind der Streikenden, sondern die tagtäglich größer werdende materielle Not der Arbeitslosen. Eine Fortsetzung des Streiks wurde angesichts der geschlossenen gegnerischen Front von Tag zu Tag aussichtsloser.

Hinter dem Rücken der Streikenden begannen Ende Februar 1921 zwischen Vertretern des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes und der FFB-Werksleitung Verhandlungen, in denen die Kapitalseite gegenüber den machtlosen Gewerkschaftsvertretern ihre Einstellungsbedingungen **"erläuterte"**. Die Gewerkschaftsführung beugte sich kampflos dem Diktatfrieden, obwohl weitere arbeitsrechtliche Positionen dabei aufgegeben wurden. Dies geschah nicht ohne Gegenleistungen: **Gustav Buschmann** wurde kommissarisch als ein für beide Seiten akzeptabler Betriebsratsvorsitzender eingesetzt.

Die gerechteste Sache der Welt

Angesichts der aussichtslosen Situation beschloß die letzte Streikversammlung am 2.März 1921, den Arbeitskampf zu beenden. In einem der letzten Flugblätter der Streikleitung stand zu lesen:

" ARBEITER,
KLASSENGENOSSEN !
Laßt euch nicht beirren. Wir haben keinen Hehl daraus gemacht, daß dieser Kampf ein schwerer wird. Jeder Tag bringt neue Schwierigkeiten, Nichts-Nutzigkeiten, Verräterei. Wenn wir unterliegen, wird es ehrenvoll zu geschehen haben, aber unendlicher Haß wird die Niederdrücker begleiten. Hoch erhobenen Hauptes gehen wir unseren Weg. Unsere Sache ist die gerechteste der Welt... "

Trotz dieser Niederlage, die letztlich die Beseitigung des Achtstundentages (Anfang 1923) bedeutete, ist die kommunistische Bewegung sowohl im Betrieb als auch in der örtlichen Gewerkschaftsbewegung auf Jahre hinaus maßgebend geblieben.

Seit den ersten demokratischen Wahlen nach der Novemberrevolution konnte die KPD in Leverkusen immer mehr Arbeiter

von ihren politischen Zielen überzeugen. Die Wahlkämpfe fanden vor dem Hintergrund heftigster politischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen statt. Während des Höhepunkts der Inflation im Sommer 1923 mußten sich die Arbeiter gegenüber rabiaten Werkspolizisten und berittenen Schupos zur Wehr setzen. In der **„Bergischen Arbeiterstimme"** erschien am **31.01.1933** - wenige Tage vor dem Verbot durch die Nazis - ein Artikel über den Kampf des Jahres '23::

So kämpften die Kumpels 1923

Gewaltige Streikaktion gegen die Prozentpatrioten und Inflationsräuber — Der Dolchstoß der reformistischen Führung — Farbenkumpels, herangegangen an die Vorbereitung neuer siegreicher Kämpfe zur Abwehr aller Unternehmerangriffe

(Arbeiterkorrespondenz)

Leverkusen. Die kühne und aufrüttelnde Losung: „Schlagt Cuno an der Spree und Poincaré an der Ruhr", die vor 10 Jahren von der Kommunistischen Partei herausgegeben wurde, fand auch bei der Arbeiterschaft Leverkusens begeisterten Widerhall. Obwohl ohne direkte französische Besatzung, erkannten die Leverkusener Farbenkumpels, daß der Kampf der Prozentpatrioten vom Schlage der Stinnes und Thyssen, gegen die Versailler Tributräuber, um die Höhe der Profite auf ihre Kosten ausgetragen wurde.

Die Ausplünderung der werktätigen Volksschichten durch die Inflation, nahm immer fürchterlichere Formen an. Wenn die Kumpels nach Hause kamen, waren die paar Groschen Lohn wertlos geworden. Die Frauen konnten sich in dem dreckigen Haufen Papiergeld kaum noch aus. Das Einkaufen war gewissermaßen ein Glücksspiel, bei dem es für die Minderbemittelten meistens nur „Nieten" gab.

Als Folge des grenzenlosen Elends nach dem kaum überstandenen Schrecken des imperialistischen Krieges, erreichte die Verzweiflung ihren Höhepunkt. Noch mehr aber stieg die Wut und der Haß gegen das ganze Räubergesindel diesseits und jenseits des Rheins. Ein Gedanke beherrschte bald alle: **Schluß mit dem Hunger! Schluß mit der Raubwirtschaft! Wir haben keine Lust, wegen ein paar Prozent Profit zu verrecken.**

Im August 1923 besannen sich die Farbenkumpels auf ihre Kraft und Stärke, den einheitlichen und geschlossenen Kampf, der besten Waffe gegen jede Ausbeutung. Dem Beispiel der Arbeiter vieler Betriebe folgend, forderten sie eine Wirtschaftsbeihilfe, ferner wurden weitere Forderungen aufgestellt, die sich aus den damaligen Verhältnissen ergeben.

Trotzdem die IG.-Farben-Direktion selbst das Geld waggonweise drucken ließ, erklärte sie zynisch und frech, keine Mittel zu haben, um die Forderungen der Kumpels bewilligen zu können. Wie zum Hohn stellte die IG.-Farben-Direktion jedoch der Firma Wuppermann die nötigen Milliarden zur Verfügung. Dort hatten sich die Walzwerksarbeiter die Forderung auf sofortige Gewährung einer Beihilfe von 50 Millionen Mark für den einzelnen Arbeiter durchgesetzt.

Jetzt war es genug

Am nächsten Morgen wurde gestreikt. Einig und geschlossen verließen die Kumpels die Betriebe. Sofort versuchte die Direktion die geschlossene Front zu spalten. Als einer ihrer Trabanten, wurde der heutige sozialdemokratische Beigeordnete Wagner vorgeschickt. Mit Spott und Hohn überschüttet, mußte er unverrichteter Sache abziehen. Vielleicht erinnert er sich heute noch daran, daß ihm die Farbenkumpels ihre Abneigung auch fühlbar zu spüren gegeben haben.

Der Wiesdorfer Polizei wurde ebenfalls sehr rasch beigebracht, daß für sie keine Lorbeeren zu holen waren. 2000 Bauarbeiter hielten die Tore besetzt, die abgebrochenen Schippenstiele in der Faust.

Da leistete sich die Direktion eine Provokation, die wohl einzig dastand. Die streikenden Kumpels standen zu Tausenden auf der Straße am Kraftwerk-Neubau.

Plötzlich jagen zwei Motorwagen der Feuerwehr auf die Tausende zu. Alles springt zur Seite. Dann aber setzt ein Hagel auf die Autos ein: Mauersteine, eiserne Flanschen, Knüppel, Eisenrohre und alles sonst Erreichbare knallte auf Wagen und Mannschaften los.

Ein „Glück", für die Feuerwehrleute, daß die Autos weiterfahren konnten, vielleicht hätten sie keine Gelegenheit mehr gehabt, ein zweitesmal eine derartige Provokation zu verüben.

Die Straßen wurden darauf sofort durch schwere Eisenträger versperrt.

Die Direktion, die nunmehr merkte, was los war, besann sich in ihrer Bedrängnis auf die Hilfe ihrer Lakaien. Der Sozialdemokrat Dujsmann wurde vorgeschickt. Er war schamlos genug, den Kumpels das Angebot der Direktion zu unterbreiten:

5 Millionen Mark und ein Pfund Margarine

An die Ohrfeige, die er als Antwort dafür bekam, wird er vielleicht heute noch denken. Am anderen Tag fand auf dem Sportplatz Hemmelrather Weg eine Streikversammlung statt, eine Riesenversammlung, wie sie Wiesdorf noch nie gesehen hatte. Einmütig gelobten die Kumpels: Wir kriechen nicht zu Kreuzel! Die zugestellten Aufforderungen der Direktion, zur Arbeit zu erscheinen, wurden bei der Streikleitung abgegeben. Am nächsten Tag fand erneut eine Versammlung statt. Die Direktion hatte bekanntmachen lassen, daß sie unter den gegebenen Umständen das Werk nicht mehr weiterführen könne.

Der inzwischen gebildete Aktionsausschuß erklärte unter dem tosenden Beifall tausender Farbwerksarbeiter, dann mögen sich die Herren zum Teufel scheren, die Kumpels würden das Werk selbst leiten.

Durch Verrat bezwungen

Inzwischen war Kölner Schupo im Werk eingezogen. Der Verrat setzt von allen Seiten ein. Es ist unmöglich, all das aufzuzeigen, was in dieser Beziehung an Lumperei geleistet wurde. Den vereinten Bemühungen der Staatsmacht, der Direktion, der Bürokratie des ADGB. und der Führer der christlichen Gewerkschaften, gelang es am 4. Tage die Streikfront zu sprengen.

Der kurz vor dem Streik gegründete Wiesdorfer Ortsausschuß des ADGB. erließ einen Aufruf, der wohl das schamloseste und schuftigste Dokument an Arbeiterverrat und Knechtseligkeit gegenüber den IG.-Farbenkönigen darstellte, was man je gesehen hatte.

Die Front der Streikenden begann zu wanken. Wie schon erwähnt, wurden am vierten Tage die freien und christlichen Verbandsmitglieder in den Betrieb hineindirigiert.

Die einheitliche Front war zerrissen

Erwähnt sei auch, daß das passive Verhalten der Angestellten mit dazu beitrug, daß die Streikabwürger ihr Ziel erreichen konnten. Es hat noch tagelang gedauert, bis die „Ruhe" im Betrieb wieder hergestellt war. Die Kumpels hatten ihre Kraft und Stärke bewiesen. Die „Herren Vorgesetzten" waren freundlicher wie selten zuvor.

Wahlsieg der KPD 1924

In diesen Kämpfen konnte sich die KPD als entschiedener Vertreter der Arbeiterinteressen beweisen. Bei den Wahlen zum Stadtparlament im **Mai 1924** konnte man an der ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 83,6 Prozent ablesen, wie stark sich die Bürger für die politischen Auseinandersetzungen interessierten. Knapp 5.500 Arbeiter stimmten für eine kommunistische Kommunalpolitik, die sich nicht allein auf die Mittel des parlamentarischen Kampfes verlassen wollte. Der gewählte Fraktionsvorsitzende der KPD, **Fritz Schulte**, gab bei der ersten Sitzung des neugewählten Stadtrats die Erklärung ab:

> ***" Wir haben als Kommunisten den Wählermassen nichts versprochen, sondern klar und deutlich gesagt, daß wir nur in die Parlamente gehen, um auch von dieser Stelle aus den Kampf zur Niederringung der kapitalistischen Gesellschaft vorzubereiten. "***

Die KPD war mit 13 Sitzen die stärkste Fraktion, und zusammen mit den drei sozialdemokratischen Vertretern hätte die Arbeiterschaft eine überzeugende Mehrheit im Stadtparlament besessen. Doch die Frontlinie verlief anders.

Der Hauptpol im bürgerlichen Lager war - wie allerorts im katholischen Rheinland - die Zentrumspartei, um die sich auch die SPD gruppierte. In Anlehnung an die bestehenden Machtstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft gelang es der Sozialdemokratie, durch Koalitionsabsprachen mit dem Zentrum wichtige Posten in der Kommunalverwaltung zu besetzen **(Landrat Trimborn, Arbeitsamtsleiter Adolphi, Beigeordneter Wagner usw.)**. Die mangelnde demokratische Legitimation ersetzte die SPD durch die Taktik: **"Wählst du meinen Kandidaten, wähle ich deinen Kandidaten."**

"Schwarzer" Kommunismus

Dieser **"Großen Koalition"** stand 1924 erstmals eine Liste **"Christliche Zusammenarbeit"** mit **Christian Lützenkirchen** an der Spitze gegenüber, die als linke Abspaltung des Zentrums vor allem die katholischen Fabrikarbeiter anzusprechen versuchte. Trotz grundsätzlicher Kritik am sogenannten **"schwarzen Kommunismus"** kam es zwischen der **"Christlichen Zusammenarbeit"** und der **KPD** im Stadtparlament in Einzelfragen zur gemeinsamen Stimmabgabe. Die kommunalpolitischen Entscheidungen der KPD waren im wesentlichen von der katastrophalen Lage der ungelernten Arbeiterschaft und von deren besonderer Krisenbetroffenheit geprägt. Drastische Produktionseinschränkungen und Massenentlassungen bei Bayer ließen die Arbeitslosenzahlen in Leverkusen ins Unermeßliche wachsen: Von Januar 1923 bis Januar 1924 wuchs die Zahl der Arbeitslosen von 6 auf 1752; hinzu kamen 544 Kurzarbeiter.

Durch die kapitalistische Rationalisierung der im Dezember 1925 gegründeten IG Farben stieg die Zahl der Arbeitsunfälle sprunghaft an: Zwischen 1927 und 1929 wuchs die Zahl der verunglückten Chemiearbeiter von 1273 auf 2126. Aus diesem Grund war es nur verständlich, daß die KPD im Stadtparlament den Bau eines städtischen Krankenhauses forderte, nicht zuletzt mit der Absicht, eine sonst nicht vorhandene Kontrolle über die tagtäglich vorkommenden Arbeitsunfälle zu erhalten.

Das Wohnungsproblem in Leverkusen

Eins der brennendsten Probleme der Stadt war die übergroße Wohnungsnot. Jahr für Jahr wuchs die Wohnbevölkerung um ca. tausend Personen, da aus allen Teilen Deutschlands Arbeitsuchende nach Leverkusen kamen. Um die Jahrhundertwende hatten die Bayerwerke noch eifrig Werkswohnungen errichtet, um damit Arbeitskräfte anzulocken und als privilegierte Facharbeiter ans Werk zu fesseln. Doch in den zwanziger Jahren wälzten die Farbenfabriken die steigenden Sozialausgaben, die durch die arbeits- und wohnungssuchenden bzw. arbeitslosen Fabrikarbeiter massenweise entstanden, auf die Gemeinde ab. Im Verlauf der Inflation 1923 war jedoch auch den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften die Puste ausgegangen.

Nach der Wahl von 1924 übernahmen die KPD- und Vertreter der **"Christlichen Zusammenarbeit"** die Leitung der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und führten ein forciertes Wohnungsbauprogramm durch, das die Wohnungsnot spürbar linderte: Allein im Jahr 1928 wurden von der Baugenossenschaft 118 Häuser mit 485 Wohnungen errichtet. Die Genossenschaft bestritt damit drei Viertel der gesamten Bautätigkeit in Leverkusen und war ein gewichtiger konjunktureller Faktor für das örtliche Baugewerbe geworden.

Mehr noch: Mit dem Wohnungsbauprogramm verfolgten die Kommunisten zu Beginn der Weltwirtschaftskrise eine antizyklische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die zur Sicherung der Arbeitsplätze beitrug. Zwischen 1926 und 1929 sank die Arbeitslosenquote von 19 auf 7,5 Prozent.

Kommunalpolitik in der Krise

Mit dem Anschwellen der Arbeitslosenzahlen nach 1929 wuchs die Finanznot der Gemeinden ins Unermeßliche, auch in Leverkusen, da die Stadt Massen an Wohlfahrtsempfängern unterstützen mußte. Im Jahr 1932 betrug die Zahl der Krisenbetroffenen über 7000 Personen, und die Stadt Leverkusen mußte mehr als ein Drittel des gesamten Haushaltes für Wohlfahrtsunterstützung aufbringen.

Eins der ersten Opfer in Leverkusen war die öffentliche Bautätigkeit der Baugenossenschaft, indem die Stadt die erforderlichen Kredite für die Vorfinanzierung der jährlichen Bauprogramme blockierte.

In dieser Situation wurde im deutschen Reich jede zusätzliche sozialpolitische Ausgabe gestoppt. Das Kabinett **Brüning** verfolgte eine gezielte Deflationspolitik, die rigoros die Ausgaben der öffentlichen Hand kürzte.

Als die Kommunisten sich im Vorstand **(Vorsitzender Pauly)** zudem weigerten, die Mieten zu erhöhen, meldete die Stadtverwaltung kurzerhand am 13. Mai 1932 Konkurs an. Schon kurz darauf übernahm die eigens gegründete **"Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft " (GSG)** die Liquidationsmasse - unter der Leitung eines neuen Vorstandes, versteht sich. Durch dieses Manöver entledigte man sich **"elegant"** der unbequemen Kommunisten, die bis zuletzt von mehreren hundert Genossenschaftsmitgliedern unterstützt worden waren.

Die Rolle der Massenorganisatinen

Das tatkräftige Zupacken der kommunistischen Stadtvertreter fand in der Leverkusener Arbeitsbevölkerung ein positives Echo. Ein wichtiges Bindeglied waren die vielfältigen Arbeitervereine, Sport- und Kulturorganisationen. Diese Massenorganisationen reichten quasi in jeden Arbeits- und Lebensbereich des Arbeiters hinein. Der politisch interessierte Arbeiter konnte sich - seinen persönlichen Problemen und Freizeitinteressen entsprechend - einer oder mehreren dieser Organisationen anschließen und sich durch die aktive Mitarbeit mit der praktischen Politik der Arbeiterparteien auseinandersetzen.

Viele Arbeiter, die im Bayerwerk körperlich schwere und monotone Arbeit verrichten mußten, schlossen sich einem Arbeitersportverein an. Beim Fußballspielen oder Radfahren konnten sie sich körperlich und geistig erholen.

Aber dadurch wurden noch nicht die Bedingungen des kaptialistischen Arbeits- und Ausbeutungsprozesses geändert. So war es für die Arbeitersportvereine selbstverständlich, daß sie beispielsweise für den Erhalt des Achtstundentages kämpften oder für bessere Lebensbedingungen im kommunalen Bereich.

Fortsetzung umseitig

Proletarisches Kulturkartell

Mitte der 20er Jahre gründete sich ein Arbeitersport- und Kulturkartell, daß den Namen "Kulturkartell Wiesdorf eGmbH" führte und sich als Dachverband von 11 Arbeiterorganisationen verstand. In ihm arbeiteten mit:

Freie Sportvereinigung Wiesdorf,
Spielverein Wiesdorf,
Arbeiter-Turn- und Sportverein Manfort,
Arbeiterschützenbund Wiesdorf,
Arbeitertheaterverein,
Arbeiterabstinentenclub,
Arbeitersamariterbund ASB
Arbeitergesangsverein
Vertreter der Freidenker und der Weltlichen Schulen und der Arbeitermusiker

Das proletarische Kulturkartell wurde hauptsächlich von der KPD unterstützt, während eine kleinere Zahl von Organisationen (z.B. Touristenverein "Die Naturfreunde", Arbeiterradfahrerbund, Arbeiterschützenbund) der Sozialdemokratie näherstanden.

Dem Vorstand gehörten u.a. an:

Johann Großbach, Albert Heinze, Anton Jurkscheidt, Karl Schording, Max Müller

Fortsetzung ⇨

Die Frage des politischen Engagements spielt auch hier eine Rolle. Die Auffassung war: Sport ist kein Selbstzweck. Der Arbeiter bedurfte der körperlichen und geistigen Erholung von den Belastungen des kapitalistischen Arbeitsprozesses, aber durch Sport alleine konnten die Bedingungen dieses Prozesses nicht verändert werden. Somit war es - wie es 1928 in einem Artikel mit dem Titel "Arbeitersport und Arbeiterbewegung" erklärt wurde -" ein Gebot der Pflicht, sich aktiv am gewerkschaftlichen und politischen Kampf zu beteiligen", um für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu streiten. Aber schon allein der Bedarf nach ausreichenden Sportanlagen und Gerätschaften brachte die Arbeitersportbewegung in die kommunalpolitische Diskussion. Lange Jahre hindurch hatten z.B. die Arbeiterparteien im Stadtrat den Bau eines Freibades gefordert. Durch die Abwässer der Farbenfarbriken Bayer war die seit Anfang der 20er Jahre benutzte Rheinbadeanstalt unbenutzbar geworden. Mit der einsetzenden Wirtschaftskrise wurde mit der Forderung zwangsläufig auch die Finanzierungsfrage gestellt - die Pläne zur Errichtung eines Frei- und Hallenbades mußten nun verworfen werden - und als "Trostpflaster" wurden dann mehrere Staustellen in den kleinen Fluß Dhünn eingerichtet. Ein weiterer, nicht unerheblicher Hemmschuh war aber auch die Prüderie der katholischen Kirche, die es ebensowenig ertragen konnte, daß die "Naturfreunde" z.B. gemischte Zeltlager durchführten. Die unter dem Dach des "Kulturkartells" vereinten Verbände wirkten darüber hinaus - in Zusammenarbeit mit den Arbeitersamaritern – in Fragen des Gesundheitswesens und der Sexualaufklärung und – Hygiene mit.

Genossenschaft „Volkshaus"
G. m. b. H. Wiesdorf G. m. b. H.

Anschließend an unsere Werbewoche findet am Samstag, den 9. Juni 1923, abends 7 Uhr, in den Sälen von Steinacker, Kölnerstr., Knipper, Hauptstr., Menrath, Hauptstr., Grane, Manfort ein allgemeiner

Kunst- u. Werbeabend

statt bestehend in

Konzert, Tanz, humoristischen, gesanglichen und sportlichen Darbietungen.

Sämtliche Arbeiter-Sport- u. Bildungsvereine wirken mit.

Verbunden mit dieser Veranstaltung ist der

Reichs-Arbeiter-Sport- und Werbetag

Karten im Vorverkauf zum Preise von 1000 Mk. sind bei den Funktionären der Gewerkschaften und Parteien, sowie in den Festlokalen erhältlich.

Der Reinertrag ist für den Baufonds des Volkshauses bestimmt.

Wie das „Volkshaus" entstand

Die Kampfaufgabe um eine Verkürzung der Arbeitszeit war und blieb eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung der Arbeiterbewegung. Doch mit der Entwicklung zu einer breiten Sport- und Kulturbewegung mußten die Massenorganisationen Leverkusens immer wieder die Frage nach ausreichenden und genügend großen Räumlichkeiten zu Versammlungs- und Freizeitzwecken stellen. So war die Arbeiterjugend in den ersten Jahren behelfsmäßig in einer Baracke auf dem Hof der evangelischen Schule in Wiesdorf untergebracht. Parteien, Gewerkschaften und die übrigen Arbeiterorganisationen benutzten die Säle und Vereinszimmer in den Gaststätten Wiesdorfs. Diese Situation war für die Leverkusener Arbeiterbewegung aber untragbar, da sie zu jedem Termin hohe Saalmieten aufbringen mußten und mitunter die Räumlichkeiten für große Kundgebungen viel zu klein waren; der Versammlungsraum in der Gaststätte **"Menrath"** faßte nur 800 bis 1.000 Personen. Viele Gastwirte weigerten sich grundsätzlich, ihre Räume den Arbeiterorganisationen zur Verfügung zu stellen, oder sie machten ihnen Auflagen, daß z.B. die "Internationale" nicht abgesungen werden dürfte. Die Saalfrage war ein "Schmerzenskind der Wiesdorfer Arbeitervereine".(1)

Der Bau eines eigenen Gewerkschaftshauses stand bereits in den ersten Jahren nach der Novemberrevolution auf der Tagesordnung, da die Wiesdorfer Arbeiterbewegung von Jahr zu Jahr größer und breiter wurde. Am 21.08.1922 fand im Lokal Schweigert eine vom Ortsausschuß des ADGB-Opladen einberufene Versammlung statt, die eine "Genossenschaft Volkshaus eGmbH Wiesdorf" gründete. Dort wurde ein Vorstand und ein Aufsichtsrat gewählt.

Die Zusammensetzung des Vorstandes wie auch des Aufsichtsrates zeigte, daß alle Arbeiterparteien gemeinsam dieses Projekt unterstützen wollen. (2)

Im Inflationsjahr 1923 sank das Interesse der Arbeiter an dem Vorhaben der Genossenschaft merklich ab, da sie mit weitaus dringenderen Problemen zu kämpfen hatten, wie dies beim Hungerstreik der Chemiearbeiter vom August 1923 sichtbar wurde; so mußte die außerordentliche Generalversammlung vom Juli 1923 wegen "minimalem Besuch" mehrmals verschoben werden, obwohl eine eingehende Diskussion der Finanzlage erfolgen sollte. Mit der Beendigung der Inflation war auch das Vermögen der Genossenschaft entwertet worden und die Goldmark-Eröffnungsbilanz wies nur eine Haftungssumme von 4460 Mark aus, die von 222 Mitgliedern getragen wurde.

Dem Vorstand gehörten an:

1. Vorsitzender	Josef Fischer (SPD)
1. Kassierer	August Adolphi (USP (Rechts))
1. Schriftführer	Fritz Schulte (KPD)
Beisitzer	Ludwig Trein (SPD)
Beisitzer	Gottfried Linn (KPD)

Der Aufsichtsrat bestand aus:

Alfred Creutzberg (KPD) (Aufsichtsrat-Vorsitzender), Josef Attenberger (KPD), Matthias Klutz (KPD), Emil Kuckelsberg (KPD), Willibald Engel (KPD), Ernst Creutzburg (KPD), Karl Adler (KPD).

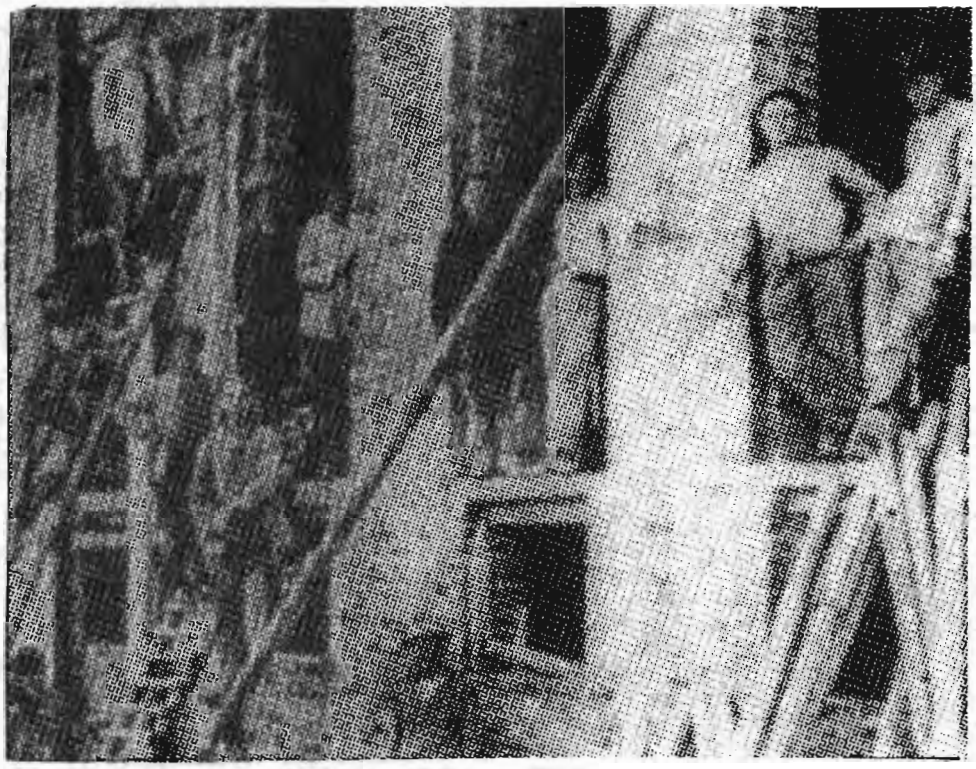
Erst im Jahre 1925 war man in der Lage, die Genossenschaftsarbeit im breiten Umfang wieder anzukurbeln. Vor allem galt es, neue Mitglieder zu werben, um wieder eine finanzielle Basis für den Bau eines Volkshauses zu schaffen. Am Jahresende konnte die Generalversammlung auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen, da die Mitgliederzahlen auf 634 Personen mit einer Haftungssumme von 12.680 Mark angestiegen war.

Die Bergerische Arbeiterstimme schrieb damals: "Nach zweijährigem Schlaf beginnt die Volkshaus-Genossenschaft wieder wach zu werden. Durch die sich immer mehr zuspitzende Lokalfrage seitens der einzelnen Arbeiter-Organisationen ist der Stein wieder ins Rollen gebracht worden. Die Schaffung eines eigenen Heims ist zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden."

In diesem Sinne beschloß das Proletarische Kulturkartell Ende 1925, die Genossenschaft durch Mitgliedsbeitritt, Werbeaktionen und Verkauf von Bausteinen aktiv zu unterstützen.

Es war allen Beteiligten klar, daß mit einer Bausumme von 13 Tausend Mark kein Haus in der gewünschten Größe zu errichten war. Und auch verschiedene Solidaritätsveranstaltungen (z.B. wie der Reingewinn des "Reichsarbeiter-Sport-Tages" vom 24. Juni 1928 in Wiesdorf) konnten keine entscheidende Verbesserung bringen. Aber durch die erfolgreichen Wahlen vom 04.05.1924 hatten die Arbeiterparteien eine günstige strategische Ausgangsposition, um von der Kommune entsprechende finanzielle Hilfe fordern zu können. Allerdings verfolgten inzwischen die beiden Arbeiterparteien getrennte Ziele, indem die Arbeiterwohlfahrt unter dem Vorsitz von **Ludwig Trein** seit 1927 auf die Errichtung eines sozialdemokratischen Jugendheims hinarbeitete.

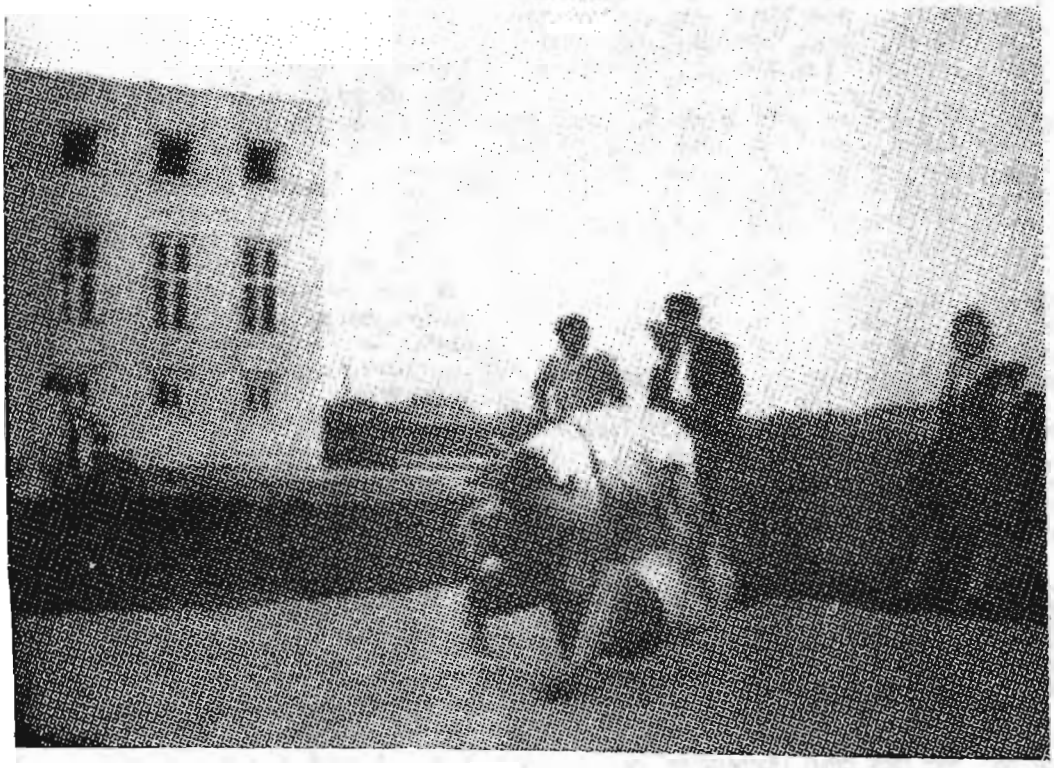
Anfang 1928 war bereits die erste Vorentscheidung gefallen, wonach die Stadt der Arbeiterwohlfahr und dem Kulturkartell Grundstücke am Neuenhof und am Hemmelrather Weg zur Verfügung stellen wollte (3), wobei das Kulturkartell ein Gelände von 6.000 m2 und die Arbeiterwohlfahrt ein Gelände von 4.500 m² zum Quadratmeterpreis von 0,25 Mark erhalten sollten. (4) Ende 1928 war die Grundstücksangelegenheit geklärt (5) und man wollte im Frühjahr 1929 mit dem Bau beginnen. Der Start verzögerte sich um ein ganzes Jahr. In der Stadtratssitzung vom 07.02.1929 stellte der KPD-Fraktionsvorsitzende **Heinrich Pauly** den Antrag, dem Kulturkartell eine Unterstützung von 20.000 Mark zu gewähren. In einem Kompromiß wurde der Antrag bewilligt (6), wobei die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden für ihre Jugendheime mit 45 bis 50.000 Mark unterstützt wurden und die Arbeiterwohlfahrt 15.000 Mark erhielt. Diesem Angebot stimmt der Stadtrat kurz vor den Kommunalwahlen (29.11.1929) zu, wobei vorgesehen war, die Summen im Verlauf von fünf Jahren auszuzahlen, sofern die Gesamtfinanzierung gesichert war. (7)



Erwerbslose beim Hausbau 1930

Im Jahr 1930 begannen die beiden Arbeiterorganisationen mit dem Bau ihrer Jugendheime. Am Hemmelrather Weg arbeiteten in der Zeit von Mai bis August unentgeltlich ca. 200 Erwerbslose und Arbeitersportler für die Errichtung des Rohbaues. Am 19.06.1930 war die erste Decke betoniert und Ende August stand das Volkshaus im Rohbau fertig. Sämtliche Arbeiterorganisationen, die der KPD nahestanden, beteiligten sich an der Arbeit und am 29.06.1930 fand eine große Benefiz-Veranstaltung der Arbeitersportler statt, um die weiteren Bauarbeiten finanziell zu unterstützen.(8)

Schon vor der offiziellen Eröffnung tagten Arbeiterorganisationen in diesem Haus, wie aus vielen Ankündigungen in der Arbeiterpresse zum Treff im "Jugendheim" sichtbar wurde. Auch die Nazis befassten sich mit dem Haus. Sie beobachteten das Geschehen und provozierten vor dem Bau.
Am 21.03.1931 wurde das Volkshaus von den Arbeiterorganisationen feierlich eingeweiht.



Benefizveranstaltung der Arbeitersportler vor fast fertigem Bau 1930

Anmerkungen:

1.) Solinger Volksblatt vom 27.02.1925

2.) Allerdings bat bereits einen Monat später **Adolphi** in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden, ihn .....wegen der "Vorkommnisse in letzter Zeit, besonders das Verhalten der kommunistisch orientierten Kollegen" ihn von seinem Amt zu entbinden.

3.) Sitzung des TechnA vom 06.01.1928

4.) Sitzung des TechnA vom 23.11.1928

5.)Sitzung des Fin+VerwA. vom 19.12.1928

6.)Sitzung des Fin+VerwA. vom 21.02.1929

7.) StR-Sitzung vom 27.06.1929
VerwB Leverkusen (1930/31)

8.) Nach einer Berechnung des Architekten **Fähler** betrugen die Baukosten ca. 73.000 Mark, wobei bei den Rohbauten ca. 13.000 Mark durch unentgeltliche Arbeit gespart wurden (Kulturvereinigung Archiv)

„Nie, nie wollen wir Waffen tragen...“

....so sangen die Arbeiterjugendlichen, während die Regierenden fleißig rüsteten.

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 hatten der SPD einen lawinenartigen Stimmengewinn gebracht, der sie mit 9,1 Millionen Stimmen zur stärksten Reichstagsfraktion werden ließ. Die Ursachen hierfür waren in der verbesserten Einkommenssituation der Arbeiterschaft zu finden. Vor allem war der Wahlsieg auf die konsequente Friedenspolitik der Arbeiterparteien zurückzuführen: So stimmten SPD und KPD im Reichstag gegen den Bau des Panzerkreuzers A. In ihrem Wahlaufruf sprach sich die SPD für die Sicherung des Friedens durch Abrüstung aus. Mit der Parole **"Kinderspeisung statt Panzerkreuzer"** hatte die SPD 1928 die Wahl gewonnen.

Auch im Raum Leverkusen verzeichnete die SPD einen beachtlichen Wahlsieg, der hier allerdings auf Kosten der KPD ging. Die KPD vermochte ihren **"Rekordgewinn"** von 1924 nicht zu wiederholen, da die Wahlbeteiligung mit 74 Prozent deutlich niedriger lag.

"Organisierter Kapitalismus"

In der Phase relativer politischer und ökonomischer Stabilität konnten die Gewerkschaften eine allgemeine Lohnsteigerung durchsetzen: Im Jahr 1924 betrug der Nominallohn eines Betriebsarbeiters bei den Farbenfabriken Bayer 61 Pfennig pro Stunde und lag damit etwa zehn Prozent über dem Vorkriegsniveau. Bis zu Beginn der Wirtschaftskrise konnte der Fabrikarbeiterverband den Grundlohn um durchschnittlich 6 Prozent pro Jahr erhöhen.

Eine relativ so erfolgreiche Tarifpolitik der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften, die in der Regel Lohnerhöhungen auf der Basis freier Vereinbarungen durchsetzten, weckte in der Arbeiterschaft Illusionen über die Durchsetzbarkeit von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems. Sie mündeten in der **Hilferding'schen These** vom **"Organisierten Kapitalismus"**, einem Kapitalismus, der durch stetige Konzentration und Zentralisation krisenfrei geworden sei und durch schrittweise Reformen in die sozialistische Gesellschaft umgewandelt werden können.

Mit großen Erwartungen verfolgte die Arbeiterschaft die Koalitionsverhandlungen, die die SPD wieder in die Reichsregierung bringen sollte. Mit Hilfe der Reichtsparteien kam es zur Wiederbelebung der **"Weimarer Koalition"** (SPD, Zentrum, DVP, DDP). Das Regierungsprogramm war ein einziges Zugeständnis an die großindustrielle Deutsche Volkspartei: Bereits nach dreimonatiger Regierungszeit des Kabinetts **Hermann Müller (SPD)** waren alle Wahlversprechen vergessen, und mit Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister wurden die Mittel für den Bau des Panzerkreuzers A bewilligt.

Die SPD verwies achselzuckend auf die fehlenden Mehrheiten im Reichstag wie auch im Kabinett. Aber mit reiner Wahlarithmethik läßt sich kein Klassenkampf führen. Die SPD lehnte auch ein von der KPD angeregtes gemeinsames Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau ab.

Das nachfolgende Präsidialkabinett **Brüning** (Zentrum) versuchte, mit drastischen Sparmaßnahmen und einer harten Deflationspolitik die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Mittels der Notverordnungen wurden die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt, die von steigender Arbeitslosigkeit und stagnierenden Löhnen stark betroffen war.

Der faschistische Erdrutsch:

Die Krise erfaßte nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso auch das Kleinbürgertum und den Mittelstand, die für die nationalsozialistische Propaganda sehr empfänglich waren. Der erdrutschartige Sieg der NSDAP bei den vorgezogenen Reichstagswahlen vom **14. September 1930** setzte für die Arbeiterbewegung die Frage des antifaschistischen Kampfes auf die Tagesordnung.

Fritz Schulte, der Bezirksleiter der KPD-Niederrhein, kommentierte das Wahl-ergebnis:

" Neben der Kommunistischen Partei konnten die Nationalsozialisten einen großen Stimmenzuwachs verbuchen. Breite Schichten des verelendeten Mittelstandes, der Beamten und Angestellten und zweifellos auch indifferente Arbeitermassen sind auf die demagogischen Phrasen der Hitlerpartei hineingefallen. In zäher und unermüdlicher Arbeit muß die Partei versuchen, in diesen Kreisen eine gute politi-sche Aufklärungsarbeit zu leisten, um auch diese Massen, die sich sehr bald enttäuscht von den Nazis wenden werden, für den Kommunismus zu gewinnen. "

("Bergische Arbeiterstimme", 19.9.1930)

Die Politik des "kleineren Übels"

Die Schlußfolgerungen der SPD auf diesen **"Sieg des Unverstandes"** ("Freie Presse" Düsseldorf, 6.9. 1930) gingen von der Überlegung aus, die noch vorhandenen Reste der Weimarer Republik mit ihren sozialen und demokratischen Errungenschaften vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu bewahren. Folglich war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit, durch Wohlverhalten **die Brüningsche Politik als** das **"kleinere Übel"** zu akzeptieren. Die SPD-Spitze erwartete, daß die Wirtschaftskrise schon bald abflauen und damit auch der Masseneinfluß der Faschisten zurückgehen würde.

In Wiesdorf errangen die Arbeiterparteien insgesamt nur ca. 6.500 Stimmen bei der Reichstagswahl, während 8670 Ja-stimmen für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau (Oktober 1928) abgegeben wurden.

Sozialdemokratische Wehrpolitik

Der Verzicht auf außerparlamentarische Mittel in der Frage der Friedenspolitik war für die SPD von prinzipieller Bedeutung: Nach ihrer Auffassung konnten gesellschaftspolitische Veränderungen nur durch ein Mitwirkung in der Regierung erfolgen. Dadurch orientierte sie sich mehr und mehr an bürgerlichen Zielvorstellungen und stellte ihre friedenspolitischen Forderungen zurück.

Diese totale Übernahme von Positionen des bürgerlichen Staates blieb in der SPD nicht ohne Widerspruch. Stärker als je zuvor artikulierte sich eine innerparteiliche Opposition, die auf dem Magdeburger Parteitag mit 147 zu 242 gegen die Richtlinien zur Wehrpolitik stimmte.

Auf dem Parteitag von 1929 hieß es in einer Debatte über Reichswehr und Aufrüstung unmißverständlich:

"Wir in Deutschland haben heute bereits zehnmal mehr an sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen als die russischen Proletarier in ihrem Lande!"

Der Parteitagsdelegierte **Blank** unterschied für die linken Unterbezirke Solingen/ Remscheid zwischen drei Strömungen in der SPD:

1. die regierungsorientierte Hauptströmung, die mit der Bejahung des Weimarer Staates auch die Reichswehr befürwortete, die lediglich **"demokratisiert"** werden sollte;

2. die linke Gruppierung um **Levi / Seydewitz,** die dem kapitalistischen Staat alle Mittel für eine Wehrmacht verweigerten, eine proletarische Bewaffnung aber grundsätzlich befürworteten;

3. die Gruppe der reinen Pazifisten, zu der **Adolphi** aus dem Wiesdorfer Ortsverein zählte. Aufgrund seiner Erfahrungen im ersten Weltkrieg lehnte er jede Gewaltanwendung ab; zudem befürchtete er zu Recht, daß die Reichswehr jederzeit bereit sei,

"gegen die Arbeiter vorzugehen und daß es immer noch fraglich ist, ob sie sich für die Republik einsetzen wird".

("Solinger Volksblatt", 10.5.29)

Das Ende des Kabinetts Müller

Die einsetzende Weltwirtschaftskrise verschärfte die politischen Gegensätze in der **"Großen Koalition"**. Zur Krisenbewältigung war das Großkapital nicht mehr länger bereit, die Sozialdemokratie in der Reichsregierung zu dulden. Die anschwellenden Wohlfahrtskosten angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen sowie die hohen Reparationszahlungen ans Ausland brachten das **Kabinett Müller** im März 1930 zu Fall.

Die große Bewährungsprobe der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik fand im März 1931 statt, als die Mittel für den Panzerkreuzer B im Reichstag zur Debatte standen und - rein rechnerisch schon - eine Mehrheit aus SPD und KPD die Bewilligung verhindern konnte.

Aber auf das **"Glatteis einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit"** wollte sich die SPD nicht locken lassen.

Die Alternative konnte - nach den Worten des **Chefredakteurs Schulz** des **"Solinger Volksblatts"**- nur lauten:

"Entweder Stimmenthaltung beim Panzerkreuzerentscheid oder Zulassung der legalen Macht an den Faschismus."

Die **"Sprachlosigkeit"** der Reichstagsfraktion verstand die SPD als ihren Beitrag zur Bekämpfung des Nationalsozialismus. Dabei nahm sie in Kauf, daß der Staatshaushalt durch Rüstungsaufträge zusätzlich enorm belastet wurde. Vor allem war die Finanzlage der Kommunen durch die äußerst hohen Wohlfahrtsausgaben in eine katastrophale Situation geraten.

Eklat im Leverkusener Stadtparlament

Diese Widersprüchlichkeit sozialdemokratischer Politik ließ bei den Etatberatungen im Leverkusener Stadtparlament am 30. März 1931 die Bombe platzen: **Der Fraktionsführer der Leverkusener SPD, Paul Rohmer, erklärte seinen Übertritt zur KPD.**

Zur Begründung führte er unter anderem aus:

" Ich kann diese Politik der Parteiführer nicht mehr decken. Sie haben vor den Wahlen den Arbeitern alles versprochen und nach den Wahlen alle Versprechungen über Bord geworfen, den Wehretat und die Panzerkreuzerserie bewilligt, 600 Millionen aus dem Sozialetat gestrichen, die Maidemonstrationen verboten, die Millionärsteuer abgelehnt, Lohn- und Gehaltsraub unterstützt, dem Faschismus den Weg bereitet. "

("Bergische Arbeiterstimme", 31.3.1931)

Die Reaktionen auf **Rohmers** Schritt folgten prompt: Anfang April wurde **Rohmer** als kaufmännischer Angestellter von der IG Farben AG entlassen. **Ernst Stortz, Gewerkschaftsfunktionär und Nachfolger Rohmers im Stadtparlament erklärte:**

" Herr Rohmer sei sehr krank gewesen und mit den Nerven ganz herunter. "

("Solinger Volksblatt", 1.4.1931)

Aber **Rohmers** Entscheidung ließ sich nicht als die krankhafte Tat eines linken Einzelgängers diffamieren: Schon im Reichstag stimmten neun Sozialdemokraten mit der KPD gegen den Panzerkreuzerbau. Selbst der Vorstand des Unterbezirks Solingen erklärte auf einer Sitzung,

" daß die Partei in bezug auf die Tolerierung der Regierung Brüning bis mindestens an die Grenze des politisch Tragbaren gegangen sei ;"

("Solinger Volksblatt, 20.4.1931)

zudem lehnte er alle disziplinarischen Maßnahmen gegen die Minderheit im Reichstag ab.

Arzt oder Totengräber des Kapitalismus?

Dennoch tat die SPD-Spitze alles, um die SPD-Linke auf dem Leipziger Parteitag von 1931 mundtot zu machen. Mit einem scheinradikalen Referat zur Wirtschaftslage von **Fritz Tarnow** wurde der Opposition der Wind aus den Segeln genommen. **Tarnow** hob die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus hervor, ohne allerdings die These vom **"organisierten Kapitalismus"** in Frage zu stellen.

Der "Dritte Weg" der SPD-Linken

Aber noch waren die Gegner des Tolerierungskurses in der SPD nicht ausgeschaltet. Somit schloß der Parteivorstand im Herbst die Wortführer der Opposition aus der Partei aus. Die Reichstagsmitglieder **Seydewitz** und **Rosenfeld** gründeten daraufhin die Sozialistische Arbeiterparteil (SAP), aber nur ein geringer Teil der SPD-Linken wollte dieser Neuauflage einer Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei folgen.

Fritz Tarnow sagte:

"Stehen wir an dem Krankenbett des Kapitalismus nur als Diagnostiker oder auch als Arzt, der versucht, die Krankheit zu heilen, oder als einziger Erbe, der kaum das Ende erwarten kann, und der am liebsten noch mit Gift nachhelfen möchte? Mir scheint, daß wir dazu verurteilt sind, beides zu sein: Der Doktor, der ernstlich zu heilen sucht, und zur selben Zeit müssen wir das Gefühl, daß wir die Erben sind, aufrechterhalten, die vorziehen würden, heute lieber als morgen das ganze kapitalistische System als Erbe zu übernehmen."

Am Vorabend der Machtergreifung

Unmittelbar nach dem SPD-Parteitag erließ **Brüning** eine weitere Notverordnung, die die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erheblich herabsetzte, die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurückschraubte sowie die Einführung der 40-Stunden-Woche (ohne Lohnausgleich) ermöglichte. Gegen diesen neuerlichen Sozial- und Lohnabbau forderte der ADGB Opladen den Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes auf,

" mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den außerparlamentarischen Kampf gegen die Notverordnung zu organisieren und durchzuführen "

("Solinger Volksblatt", 20.6.1931).

Doch die Neugründung von Splitterparteien, wie der SAP oder der sogenannten KPO (Opposition) war nur ein Beispiel für die Situation der Arbeiterbewegung am Vorabend der faschistischen Machtergreifung. Trotz aller Anstrengungen der bewußtesten Arbeiterfunktionäre konnte die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht rechtzeitig überwunden werden. **Auch Parteiübertritte zur KPD**, wie das Beispiel von **Paul Rohmer** oder auch namhafter SPD-Spitzenfunktionäre wie **Adelheid Torhorst** (Düsseldorf) und **Walter Oettinghaus** (Hagen) konnten die verhärteten Fronten nicht aufbrechen. Erst die schmerzlichen Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand und des zweiten Weltkrieges ermöglichten die Verständigung - wenn auch die Grundtorheit unseres Jahrhunderts, der Antikommunismus, selbst heute noch nicht ausgerottet ist.

Bergische Arbeiterstimme

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands — Sektion der 3. Internationale

Solingen, Dienstag, den 31. März 1931

Schluß mit der Partei des blutigen Ausnahmezustandes!

Leverkusener SPD.-Führer erklärt seinen Uebertritt zur KPD.

Er appelliert an alle SPD.-Arbeiter, ihm zu folgen — Stürmischer Beifall auf den Parlamentstribünen — SPD.-Funktionär erklärt: „Er wird nicht der Letzte sein, der zu euch geht!"

Das giftige Königreich am Rhein

Der „rasende Reporter" Egon Erwin Kisch über die IG Farben in Leverkusen

Egon Erwin Kisch schildert darin seine Sichtweise, seine Erfahrungen, die zugleich seine tiefe Verbundenheit mit den einfachen Menschen, mit den Arbeitern deutlich werden lässt. Der Bericht, der am 4. September 1927 in der Berliner KPD Zeitung **„Die rote Fahne"** erschien und der in Leverkusen wenig bekannt ist, wird auch deswegen hier veröffentlichst, weil er nicht nur historische Sichtweise vermitteln soll, sondern auch zum Nachdenken über heutige Erscheinungen und Entwicklungen anregen soll, die mit dem alles beherrschenden Bayer – Konzern (als Nachfahre der IG Farben) verbunden sind.

Der nachfolgende Text ist ein Dokument. Ein Dokument über das Leben in Leverkusen, das Leben und die Arbeit der Menschen, die von den IG Farben beherrscht wurden. Der begnadete Journalist und Schriftsteller

---

So wie überall hängen aus Fenstern und auf den Leinen weißgewaschene Hemden zum Trocknen. Nur fallen hierorts dem Ankömmling blaue, grüne, violette Flecken auf den Wäschestücken auf. Ihm wird bald Aufklärung: Die Haut der Menschen, die im Alizarinblock der IG-Werke von Leverkusen arbeiten, wird vom Farbstoff imprägniert, und die Poren schwitzen einen Teil der aufgesogenen Farbe nachts oder am Sonntag auf die Wäsche, aus der die berühmte Farbe nimmermehr herausgeht.

Nicht nur an der Wäscheleine sieht man, in welchem Betrieb der Farbenkumpel beschäftigt ist, man erkennt auch an seiner Gesichtsfarbe, ob er ein "Indianer" ist, das heißt mit braunen Farben hantiert, oder ein "Grünspecht". In Leverkusen kann man an einem Abend blaue Hände schütteln, grüne Hände, rote Hände...

Daß es die Haut lebender Menschen ist, an denen sich die Unverwüstlichkeit der eigentlich zur Färbung von Textilien dienenden Chemikalien offenbart, ist für die Betroffenen bedauerlich. Aber schlimmer wirken die Dämpfe, die beim Verkochen der Farben in die Lungen dringen, gefährlicher die Bleivergiftungen, die oft Geisteskrankheit zur Folge habenden Arsenwasserstoffgase im Litadone-Betrieb, die vitriolhaltigen Brandwunden und Erblindungen in der Abteilung, in der Zinkschlamm gemischt wird, das Chlor, das gleichfalls die Gehirnzellen zersetzt.

Mit Schutzbrillen und Gasmasken kann man manchen Unfall verhüten, aber fast niemand setzt sie auf: Man will schnell arbeiten, um eine Höhe der Prämienzulage und der Akkordleistung zu erreichen, die dem Arbeiter und seiner Familie erst das Existenzminimum verschafft. Bei Unfällen hat´s dann die Betriebsleitung leicht, die "eigene Schuld" des Arbeiters festzustellen.

Auch den, den der Unfall verschont, verschonen die Chemikalien nicht: Erschütternde Blässe und Abgezehrtheit sind bei den Arbeitern von "Jammerkusen" die Regel; selbst die jungen Mädchen, die das Verpacken der pulverisierten Farben besorgen und die im Photobetrieb die Filme und Photopapiere herstellen, haben durch das Gift beziehungsweise die ewige Dunkelheit alle Jugend aus Augen und Wangen verloren.

Im Kriege - es muß nicht gerade ein Krieg sein, an dem Deutschland teilnimmt, die Entente braucht nur Aufträge zu geben - werden in dem Riesenwerk von Leverkusen noch ganz andere Gefahrenmomente hinzutreten. Die militärische Sachverständigenkommission hat in ihrem Bericht über die Kriegsmittelherstellung festgestellt: "Die Farbenfabriken können sehr schnell auf Giftgasproduktion umgestellt werden. In der Farbenindustrie werden zahlreiche Erzeugnisse hergestellt, die Grund- und Zwischenprodukte zur Herstellung von Giftgasen und im technischen Kriege unmittelbar verwendbar sind. Die Farbenfabriken können ohne weiteres den Zwecken des Krieges dienen."

Den Pikrinblock bei Flittard hat die Ententekommission schleifen lassen, ebenso die benachbarten Forts des Festungsgürtels, der, mit Fesselballons und Luftabwehrgeschützen ausgestattet, wohl weniger zum Schutze Kölns als zum Schutze dieses lebenswichtigen, das heißt todeswichtigen Betriebes gehörte. Trotz dieser Schleifung wird das Pikrinwerk im Augenblick irgendeines Mobilmachungsbefehls fröhliche Urständ feiern, und Garnisonsdienstfähige werden die Pikrinsäure in Granaten füllen, um der Front zu entgehen und grüne Haare und quittengelbe Wangen und vergiftete Organismen als Lohn erhalten. Wenn nicht gar wieder eines Tages ein Kessel mit der Granatfüllung explodiert, wie am 27. Januar 1917 zum Geburtstag Kaiser Wilhelm II. um elf Uhr vormittags, beinahe ein Erdbeben hervorrufend, tausende Fenster der weiten Umgebung zersplitternd, sechs Menschen tötend.

Nicht mehr darum, daß Krupp zu Essen etwas habe, wird sich`s im nächsten Krieg handeln, sondern vor allem wird die IG verdienen. Schrapnelle, Ekrasitgranaten, Mörser, Feldgeschütze - alter Plunder! All das wird in gasförmigen Aggregatzustand verwandelt. Durch die Luft wird nicht mehr geschossen werden, sondern aus der Luft mit Luft, freilich mit einer Luft, die ganze Ländereien mit Mensch und Tier und Halm und Gras erstickt, verpestet. Schon gibt es bessere Patente als Gelbkreuz und Blausäure, und wenn auch Amerika sein fürchterliches Levisite angeblich ins Meer versenkt hat, so steht der Menschheit ein

gewiß nicht minder schauerliches Leverkusenite bevor.
Daß die Rezepte der IG nicht nur von Deutschland, sondern auch gegen Deutschland angewendet werden, dafür ist gesorgt. Die Spionage blüht, trotz aller Pinkertons, in und um Leverkusen, in der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu Mannheim-Ludwigshafen, im Leunawerk in Halle, in der Agfa-Farbenfabrik zu Wolfen, in den Stickstoffwerken Piesteritz und Griesheim-Elektron, und was der Spion nicht an die Entente verkauft - verkaufen die Spitzel und Lockspitzel zu höherem Preis an die Entente. Zum ständigen Repertoire des Düsseldorfer Gerichts gehören die Wirtschaftsspionage und Industriespionage von Leverkusen; aber ob die militärische Ententekommission zum Dank für die großzügig zugelassene Aufrechterhaltung einiger Betriebe nicht irgendwelche besonderen Geheimnisse erhalten, ob nicht zu Nutz und Frommen der höheren Tantieme manches ans Ausland, zum Beispiel an den amerikanischen Dupont-Trust verkauft wurde und ob bei der Konferenz der britischen Industriellendelegation zu Leverkusen mit dem Transportminister Ashley eine Beteiligung Englands am deutschen Chemietrust, eine Zusammenarbeit mit der British Dyestuff Corporation, eine deutsch-englische Interessengemeinschaft in der Erzeugung von Stickstoff, Oleum und Kunstseide, und wegen Kriegslieferungen an Rumänien, Polen und Lettland gegen Sowjetrußland Beschlüsse gefaßt worden sind, braucht die profane Welt ja gar nicht so genau zu wissen.
Die Bevölkerung von Wiesdorf-Leverkusen wird von den herrlichen Zeiten, denen uns die Interessengemeinschaft entgegenführt, nicht unvorbereitet getroffen werden, sie ist an allerhand gewöhnt. Trotzdem die Giftschwaden erst in einer Höhe von dreißig bis siebzig Metern von den Schornsteinen freigegeben werden, spürt man, besonders an heißen Tagen, überall den atembeklemmenden Hauch. Und das Mauerwerk des ungeheuren Betriebs abschreitend, bekommt man eine Musterkollektion von Gasen in Lungen und Nase. Mit dem Geruchssinn allein könnte ein chemischer Spion den Lageplan des Werkes feststellen. Schwefelgas, Ammoniak, Oleum, Azetylen, Natrondämpfe, Chlorgas und vor allem die Schädlingsmittel Uspulum, Solbar, Certan und die anderen zur Vernichtung von Insekten hergestellten, aber vielleicht auch zur Vernichtung von Menschen verbesserbaren Gase sagen ihm von außen, in der Frohnhofstraße, an den Ruinen des von der IG längst aufgesogenen Ultramarinwerks von Carl Leverkus oder in der Antoine-Laurent-Lavoiser-Straße, welcher Betrieb sich jenseits der Schutzmauer versteckt.
Und auch am Ufer wird die Brise des Rheinstroms von der Ausdünstung der Fabrik vollkommen überwältigt. Hier genießt man eine jener Ansichten vom Niederrhein, von denen George Forster nichts ahnte, als er die seine beschrieb, eine Außenansicht des Leverkusener Werkes, die lebhafter ist als die Höfe, auf denen nur Materialhaufen, Kippwagen stehen, wo in den Objekten Giftmischereien betrieben, Hexenkessel geheizt werden. Den schmalen Kai zwischen Umfassungsmauer und Fluß durchschneiden Schienenstränge, überwölben die Riesenkrane und ihre Schwebebahnen, Hügel von Kohle und Sand erheben sich nahe dem Ladeplatz der Zillen, farbige und farblose Farbenkumpels in brauner Zuchthauskluft - "Säureanzug" und Holzpantinen - holen sich die Gipse, Kiese und anderes Rohmaterial, das sie in das sie selbst vergiftende Gift zu verwandeln haben. Stromabwärts sieht man die Kirchtürme Rheindorfs, stromaufwärts den Kölner Dom, der klein und niedrig und fern wirkt unter den Schloten und Kranen und Kühltürmen, mit denen die Machthaber der Neuzeit sinnfälliger und gewinnbringender als die des Mittelalters dem armen Volk ihre Macht und seine Ohnmacht vor Augen führen.
Die blauweiße Fahne mit dem Königlich Bayerischen Löwen, der schon zu den Zeiten, als ein Herr Friedrich Bayer (u.Co.) hier die Teefarbenfabrik gegründet hatte, das Firmazeichen war, weht vom Giebel der Duisbergschen Villa - Seine Majestät geruhen zum Séjour auf dem Stammschloß zu weilen.
Von dem Luxus, der darin herrschen soll, erzählen die Leute von Wiesdorf-Leverkusen die phantastischsten Dinge. "Naive Vorstellungen von der Verwertung des Reichtums!" - "Eine aus demagogischen Gründen ausgesprengte Tendenzlüge?" Wenn sie`s ist, dann kommt sie auch nicht im entferntesten an die offizielle Tendenzlüge heran, mit der man durch des Chemiekönigs alleruntertänigsten Bürgermeister von Wiesdorf-Leverkusen verkünden ließ, daß Geheimrat Duisberg während der Rheinlandbesetzung im Keller seiner Villa hausen mußte, da die oberen Räume von der Kontrollkommission bewohnt waren! Nach einer Zeit, da Millionen Menschen jahrelang im Lehmboden der Schützengräben hockten, in einer Zeit, da das Ruhr- und Rheinland von Truppeneinquartierungen heimgesucht war, läßt sich der Herr Geheimrat als Märtyrer, als Held einer Legende feiern, weil er in seinem Schlosse einige vornehme Geschäftsfreunde aus dem Ausland beherbergte! Hätte er wirklich mit seinen Parterreräumen oder mit dem Souterrain vorliebnehmen müssen - er hat doch nicht als Elender in feuchten Kellerwänden, er hat doch immer komfortabler gewohnt als alle seine - Direktoren; denn sonst hätte der mit Automobilen begabte Herr ja einfach ein feenhaftes Appartement in einem Hotel des nahen Düsseldorf, des nahen Köln gemietet.
In Respektdistanz von der Villa: das Fabrikkasino für die Belegschaft. Auch das Gesellschaftshaus gibt es, wo die Arbeiteraristokratie der Werkmeister verkehrt, und ein Gemeinschaftsheim für die Kumpels. Theatervorstellungen, Kinovorführungen, Sportveranstaltungen, einen Park "für die Arbeiter", die Bibliotheken, Werkvereine, Sprachenkurse und dergleichen sind reich dotiert, wie denn die Verwaltung von Leverkusen den Ehrgeiz hat, den "berühmten Wohlfahrtseinrichtungen" von Krupp in Essen den Rang abzulaufen. Darum heißt auch die gelbe Werkzeitung "Erholung", darum wimmelt es auch von Denkmälern der "Wohlfahrt" und der "Caritas", auf dem Feierabendbrunnen spielt ein gut genährter Arbeiter aus Stein zufrieden die Harmonika, und der Juliabrunnen ist zu Dank dafür erreichtet, daß die Fabrikantengattin Julia Bayer dem ersten Arbeiterbezirk "erlaubte", ihren Namen zu tragen. Dagegen gibt es in Wiesdorf-Leverkusen keine Leninstraße; obwohl die zuständige Kommission diese Benennung rechtsgültig beschlossen hat, führt der Bürgermeister als Chef der Polizeiverwaltung einfach die Umbenennung nicht durch. "Wir haben wenig von den Wohlfahrtseinrichtungen", meinen die Leute, "wir haben ja keine Zeit dazu und sind abends zu müde."
Wäre es wirklich, wie sie und wie Richard Dehmel in seinem kleinbürgerlichen Proletariergedicht meinen "nur Zeit", was ihnen mangelt, so wäre es halb so schlimm. Aber vor allem soll die Aussicht auf diese Wohltätigkeitsgaben (die sich übrigens auf den Menschenabfall nicht erstrecken, so daß es zum Beispiel keine Spur eines richtigen Krankenhauses gibt) den Arbeiter nur von seinem Schicksal ablenken, ihn an die Arbeitsstätte fesseln, ihn seiner Freizügigkeit berauben, ihn vom Klassenkampf abhalten, ihn willfährig und widerstandsfähig machen, auf daß er ausharre in giftigen Wolken und neue erzeuge gegen die Interessengemeinschaft mit den Proletariern aller Länder und für die Interessengemeinschaft der Farbenindustrie und ihrer Dividenden.

entnommen:
E.E. Kisch „Mein Leben für die Zeitung"
1926 – 1947 Journalistische Texte 2
Aufbauverlag Berlin Weimar 1983 Seite 47 ff

Fritz Schulte - Arbeiterfunktionär aus Wiesdorf

Am 6. Februar 1995 befaßt sich der Rat der Stadt Leverkusen mit einem Bürgerantrag, in dem u.a. anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Krieg und Faschismus gefordert wurde, jenen Frauen und Männern zu gedenken, "die aktiv - schon vor der Machtübertragung an die Nazis - gegen den Faschismus kämpfen". Zwei Männer wurden genannt, **ARNOLD SCHULZ**, (über den an anderer Stelle noch berichtet wird) und **FRITZ SCHULTE.** Am 13.Februar 1995 teilte die Stadt mit, daß "die Anregungen aus dem Bürgerantrag in die Beratungen der interfraktionellen Arbeitsgruppe aufgenommen (werden). Es wird geprüft, ob eine Anregung/ einige Anregungen umgesetzt werden kann/können". (1)
Der Brief schloß mit dem Satz:

"Der Bürgerantrag ist damit formal als erledigt anzusehen".

"Formal erledigt" und **"geprüft"** bis zum heutigen Tag - ohne Ergebnis - wurde u.a., ob eine Straße oder ein anderes städtisches Objekt nach **FRITZ SCHULTE** benannte werden soll. Denn noch immer ist in Leverkusen der Name des Wiesdorfer Arbeiterfunktionärs unbekannt.

Wer war **FRITZ SCHULTE?**

Er wurde am 28. Juli 1890 in Hüsten in Westfalen geboren. Als junger Mensch ging er in's Rheinland, wo er sich bei den Farbenfabriken Bayer verdingte. Das Erlebnis des Ersten Weltkrieges ließ ihn zu einem aktiven Streiter gegen den Krieg und gesellschaftliche, wie soziale Mißstände werden. Er wurde Mitglied in der KPD und leitete die Ortsgruppe Wiesdorf ab 1920. Dort wurde er auch 1921 in den Gemeinderat gewählt, ebenso wählten ihn seine Kollegen bei Bayer in den Betriebsrat, wo er mit seinen KPD – Genossen, zu den konsequenten Arbeitervertretern gehörte. Wie an anderer Stelle geschildert war er bei dem Streik 1921 einer der Aktiven, der sich bemühte, entsprechend den konkreten Bedingungen - ohne scheinrevolutionäre Phrasen - den Kampf gegen die übermächtigen Bayer-Werke und ihre Direktion zu führen.

Das dieser Arbeitervertreter von den Arbeitern geachtet wurde, macht nicht nur daß Ergebnis der Kommunalwahlen vom 4.Mai 1924 deutlich, wo die Kommunisten rund 5500 Stimmen (1921:2458) bekamen und **Fritz Schulte** als Fraktionsvorsitzender von 13 KPD-Stadträten wirkte. Auch die Arbeiter, die im FAV (Fabrikarbeiter-Verband) organisiert waren, sahen in ihm ihren Vertreter.

In einem Bericht der Polizeiverwaltung Wiesdorf an den Landrat (betitelt: betrifft Vorgänge in der Zahlstelle Wiesdorf des Fabrikarbeiterverbandes) heißt es, daß sich "seit dem Streik in Leverkusen (die) bestehenden Reibungen der Kommunisten gegen die Mehrheitler zugespitzt" hätten. Hier sei eingefügt, daß über Zahlen nichts zu erfahren ist, was also den Begriff "Mehrheit" relativiert. Es wird berichtet daß am 3. Januar 1924 die Oppositionszahlstelle Wiesdorf des Fabrikarbeiterverbandes Deutschland gegründet worden wäre. "Ferner", so heißt es wörtlich "ist der Kommunist **SCHULTE** der seinerzeit vom Centralvorstand in Hannover aus dem Verband ausgeschlossen wurde, einstimmig wieder aufgenommen worden und soll in den neuen Vorstand gewählt sein..." (2)

Das dies weder den Bayer-Bossen noch den konservativen und reaktionären Stützen der Gesellschaft paßte - wird man nicht nur annehmen dürfen, sondern auch feststellen können.
In einem Landratsbericht an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf wird über **SCHULTE** u.a. berichtet, daß er einer der "Vertrauensleute" sei, der kurz vor Weihnachten 1923 bei einer "Anleitung kommender Kampfhandlungen" zugegen gewesen wäre.
Es scheint als wollte man den Wiesdorfer Stadtverordneten als **"Radikalinski"** darstellen. Dabei hatte er nie mit seiner Meinung hinterm Berg gehalten, in seinen Reden im Stadtparlament, auf Versammlungen und Kundgebungen geißelte er die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und rief zum Kampf - sowohl im Parlament, wie außerparlamentarisch - für die Niederringung der kapitalistischen Gesellschaft auf.

Sein Einsatz für die Interessen der Wiesdorfer Menschen führte ihn ab 1924 in die Bezirksleitung Niederrhein der KPD, sowie ab 1925 in den Kreistag. Auf Versammlungen und Kundgebungen war **SCHULTE** als Redner anzutreffen (so u.a. bei der Kundgebung der Chemiearbeiter am 17. August 1923 am Hemmelrather Weg (3)). Als am 27./28. Juni 1925 das 35.jährige Jubiläum der Solinger Arbeiterzeitung "Bergische Arbeiterstimme" in Wiesdorf gefeiert wurde, sprach auf dem Marktplatz vor der versammelten Menschenmenge der französische Genosse **PIERRE**.

Fortsetzung auf Seite 21

Vielfältiges Arbeitersport – und – Kulturleben in Leverkusen

Sportorganisationen:

Arbeiterradfahrverein "Freiheit" (gegründet 1904)
Freie Turnerschaft Manfort
Arbeiter-Turn- und Sportverein Manfort
Arbeiter-Sport- und Spielverein Rheindorf
Arbeiter-Turn-und Sportbund Wiesdorf (gegründet 1919)
Spielverein Wiesdorf (gegründet 1919)
Touristikverein "Die Naturfreunde" Schlebusch (gegründet 1919)
Freie Sportvereinigung Wiesdorf (gegründet 1919)
Touristikverein "Die Naturfreunde" Wiesdorf (geg.1921)
Arbeiterschießverein Schlebusch (gegründet 1928)
Akrobatengruppe Schlebusch
Arbeiterfußballverein Manfort (gegründet 1929)
Arbeiterschützenbund Wiesdorf
Arbeiter- Turn- und Sportverein Schlebusch (geg. 1929)
Freie Sportvereinigung Bürrig (gegründet 1929)
Arbeiter-Turn- und Sportverein Bürrig (gegründet 1930)
Arbeiter- Athletenverein (gegründet 1930)
Arbeiterkegelklub Bürrig
Arbeiterradfahrer- u. Kraftfahrerbund "Solidarität" Leverkusen (gegründet 1930)
Kraftsportverein Wiesdorf
Motorradclub Küppersteg
Wiesdorfer Schwimmerein

Arbeiterkulturorganisationen:

Freie Volksbühne Wiesdorf
Agitpropgruppe "Rote Gasbomben" (seit Ende der zwanziger Jahre bestehend, Vorsitzender Max Müller, KPD)
Vereinigung der Arbeiterfotografen (VdAF) (gegründet 11.Oktober 1939, Vorsitzender Karl Schording, KPD)
Arbeiter-Theater-Verein Wiesdorf
Freier Radiobund Leverkusen (geg. 8.5. 1931)
Arbeiter-Esperanto-Club, Wiesdorf
Arbeiter-Schach-Club Wiesdorf (geg. Mai 1924)

Sozialpolitische Organisationen der Arbeiter in Leverkusen:

Komitee der werktätigen Frauen
Einheitsverband für proletarische Sexualreform und Mutterschutz
Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arso)
(gegr. 13.September 1928, 5000 Mitglieder, Vorsitzender: Heindrichs (ChrSRP- Christlich Soziale Reichspartei)
Erwerbslosenausschuß Wiesdorf (ab 1929, Vorsitzender: Arnold Schulz)
Mieterschutzverein Wiedorf (gegründet 17.April 1920 Vorsitzender: Trein (SPD), 400 Mitglieder)
Mieterschutz Leverkusen (gegründet 20.Juni 1930, Vorsitzender: Deitenbach)
Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit
Bund der Kinderreichen
Dissidentische Fürsorge
Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen
Zentralverband der Alters- und Invalidenversicherungsempfänger
Verein der Gartenfreunde (der auch Kleintierzüchter, wie Geflügel und Kaninchen betreute)
Konsumgenossenschaft "Hoffnung" mit sechs Verteilerstellen
Arbeitersamariterbund (ASB)

Proletarisches Blasorchester vor dem „Volkshaus" 1931

Arbeitermusikvereine:

Arbeitergesangverein Leverkusen (die Leitung hatte Musikdirektor Paul Dick, der aber ansonsten nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun hatte)
Arbeitermusikverein Wiesdorf, später: Proletarisches Blasorchester (Nachfolger der Fanfarenkapelle des Roten Frontkämpferbundes, Leitung hatte der Düsseldorfer Musiker Willi Stein (KPD))
Bandoniumclub Bürrig
Männergesangsverein Leverkusen
Volkschor Wiesdorf

Freidenkerbewegung

Die beiden Ortsgruppen Schlebusch und Wiesdorf des VfFuF (Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung) hatten ein umfangreiches Betätigungsfeld. Hauptziel war, die Arbeiterschaft dem Einfluß der Kirche zu entziehen – entsprechend der verkürzten Formel, wonach Religion Opium fürs Volk sei - und eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Erziehung anzubieten.
Aus diesem Anspruch ergab sich:

1.) Daß der VfFuF - sich für eine strikte Trennung von Schule und Kirche einsetzte und die Freie Schulbewegung (weltliche Schule und Jugendweihe in Leverkusen) eifrig unterstützte.

2.) sich um die Betreuung der Jugendlichen (Dissidentische Fürsorge) und deren Erholung zu bemühen. So fanden Kinderferientransporte z.B. nach Thüringen statt.

3.) für die Beseitigung des **§ 218 StGB** zu kämpfen und damit aktiv in der Frauenbewegung mitzuwirken, z.B. bei der Sexualaufklärung.

4.) für die Durchsetzung der Feuerbestattung einzutreten und in Wiesdorf bei härtestem Widerstand von Kirche und der Zentrumspartei für den Bau eines Krematoriums zu plädieren.

Durch diese Arbeitsgebiete wurden die Mitglieder des VfFuF unmittelbar an die Kommunalpolitik herangeführt. Vor allem stellte die Krematoriumsfrage die Freidenker vor grundsätzliche gesellschaftspolitische Entscheidungen, da trotz wiederholter 2/3 Mehrheitsbeschlüsse des Stadtrates der Bau des Krematoriums durch Hinhaltemanöver und einstweilige Verfügungen verhindert wurde. In all den Fragen bestand zwischen den Arbeiterparteien lange Jahre hindurch eine sachliche Übereinstimmung. Aber mit der Verabschiedung des Konkordats (1929) durch die sozialdemokratische geführte preußische Regierung - stand die grundsetzlich Frage von Schule und Kirche. Die SPD postulierte eine politische Neutralität in der Erziehung und wirkte in diesem Sinne in der Freien Schulbewegung. Unter dem Vorwurf "Konkordats-Sozialisten" spaltete sich die Frei-denkerbewegung dann auch in Leverkusen. 1930 bildete sich der Verband der proletarischen Freidenker (gegründet 20. Januar 1930, ca. 200 Mitglieder, Vorsitzender: Arnold Schulz (KPD)) und der Deutsche Freidenkerverband (DFV) (gegründet: Anfang 1930, Vorsitzender: A.Knöpfle (KP-Opposition)).

Fritz **SCHULTE** verlas dann die Rede auf deutsch. (4) Interessant ist hierbei eine Information des Regierungspräsidenten an den Minister des Inneren vom 4. Juli 1925 über die "Jubiläumsfeier der Bergischen Arbeiterstimme in Wiesdorf": "...Anschließend war ein Umzug durch die Kolonie der Farbwerke geplant, der ausfiel, weil ihn die Polizei im Einvernehmen mit der Fabrikleitung verboten hatte." (5)

Fritz SCHULTE wurde als Abgeordneter der Arbeiterschaft Leverkusens 1928 auch in den Preußischen Landtag gewählt. Als Leiter des Bezirkes Niederrhein wirkte er in diesem wichtigen Parteibezirk. Dabei war er offensichtlich davon beseelt konsequent gefaßte Beschlüsse umzusetzen und die Partei zu befähigen, einheitlich und geschlossen aufzutreten. **Fritz SCHULTE** der jetzt seine Anschrift in Düsseldorf hatte (Parteihaus Düsseldorf, Kölner Strasse 44) (6) - seine Frau und sein Sohn wohnten weiter in Wiesdorf auf der Myliusstrasse 54 - erschien nun öfter in der Öffentlichkeit um auf Massenversammlungen die Politik der KPD zu erläutern. So sprach er auf der "LLL-Feier" (Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Feier) am 20. Januar 1929 im Apollo-Theater in Düsseldorf neben **Max HOELZ**. (7)

Beim 12.Parteitag der KPD, der vom 9. bis 16. Juni 1929 in Berlin-Wedding tagte, wurde der Wiesdorfer als Bezirkssekretär dem Politbüro des ZK der KPD angegliedert. Auf dem Parteitag hatte er in der Diskussion über den Bericht des Vorsitzenden **Ernst THÄLMANN** das Wort ergriffen und auf die Bedeutung auch der Arbeit mit christlischen Arbeitern verwiesen. Zugleich übte er Kritik am ZK und der Gewerkschaftsabteilung im Umgang mit dem Beschuß des Essener Parteitages über "Anti-Zentrums-Arbeit". (8). Es scheint als ob **SCHULTE** hier seine Erfahrungen mit den Christen im Wiesdorfer Gemeindeparlament einbringen wollte. Stadtgeschichtlich interessant ist auch, daß - sicherlich auch mit Zutun von **Fritz SCHULTE** - am 11. Mai 1928 der KPD-Vorsitzende **ERNST THÄLMANN** in Wiesdorf gesprochen hatte (9).

In einem Bericht des Polizei- an den Regierungspräsidenten wird über Ausführungen von **Fritz SCHULTE** anläßlich einer Tagung einer erweiterten Unterbezirksleitung Barmen vom 25.Juni 1929 ausgeführt, daß er einen Bericht vom Parteitag der KPD gab.

Danach "schilderte (er) es als ein erfreuliches Zeichen, dass auf dem 12. Parteitag mit großer Stimmenmehrheit der Weg für die Partei auf Grund der Beschlüsse des 6. Weltkongresses freigemacht worden sei." Er betonte die Notwendigkeit der Einheit der Partei und begrüßte die Orientierung auf die Jugend und die Frauen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen setzte er sich mit der "Kriegsschuldlüge" auseinander, die von den "vaterländischen Verbänden" in den Vordergrund gestellt würden. Wörtlich heißt es da: "Am 1. August werde in ganz Deutschland eine Antikriegskundgebung der KPD stattfinden. Alle Arbeiter müssten zu dieser Kundgebung herangezogen werden, um der Bourgeoisie zu zeigen, dass die deutsche Arbeiterschaft, für einen Krieg nicht mehr zu haben sei." Er teilte noch mit, daß am 4. August in Leverkusen ein große Antikriegskundgebung des Bezirkes Niederrhein stattfinden würde. (10)

Lea Grundig, Diskussion auf der Straße, 1930

Auch im Jahr darauf spielte die Antikriegskampagne in der Arbeit der KPD eine wichtige Rolle, so sprach **Fritz SCHULTE** zu der Thematik am 7. September 1930 anläßlich des 16. internationalen Jugendtages der KPD, welcher in Düsseldorf stattfand.(11) Über die Antikriegskundgebung am 1. August 1931 weiß der Düsseldorfer Polizeipräsident am 5.8.1931 mitzuteilen, daß auf dem Münsterplatz, wo 1500 Personen anwesend gewesen wären, "ein Teil des Demonstrantenzuges wegen Ansingen eines verbotenen Liedes" aufgelöst worden wäre. Im übrigen nahm der Zug einen ruhigen Verlauf. Er erreichte auf dem Dreieckplatz sein Ende, wo der Bezirksleiter des Bezirkes Niederrhein, **Fritz SCHULTE** eine Ansprache hielt, in der er auf die Bedeutung des 1. August als Antikriegskundgebungstages... hinwies". (12) Neben dem Kampf gegen den Krieg, gegen Sozialabbau richteten die Kommunisten ihr Augenmerk zunehmend auf faschistische Tendenzen. So wurden z.B. am 22. / 23. 11. 1930 in allen Kreisen Wochenendschulungen unter dem Thema: "Der Faschismus" veranstaltet. (13) Bereits am 14. August 1930 hatte in der Tonhalle in Düsseldorf eine Versammlung stattgefunden, die von ca. 4000 Teilnehmern besucht worden war und auf der neben dem Hauptredner **Hermann Remmele**, ZK-**Mitglied der** KPD und MdR, **Fritz Schulte** sprach. Er informierte die Teilnehmer darüber, "dass die Hakenkreuz-Führer feige gekniffen hätten (sich einer Diskussion zu stellen, wie die KPD-Bezirksleitung den Nazi-Gauleiter **Florian** aufgefordert hatte) ... und ... gleichzeitig ihre Mordhetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ... Verstärken".(14)

Trotzdem versuchten kommunistische Politiker durch Diskussionen eventuelle Sympatisanten der NSDAP über die Demagogie dieser "sozialistischen Arbeiterpartei" aufzuklären. So u.a. in Leverkusen wo der kommunistische Stadtverordnete **Arnold SCHULZ** versuchte in einer Naziversammlung zu sprechen, was jedoch unterbunden wurde. (15)

Im September 1930 war **Fritz SCHULTE** im Wahlkreis 22 Düsseldorf-Ost als KPD-Kandidat in den Reichstag gewählt worden, ebenso wie im Juli 1932 (allerdings hier im Wahlkreis 23 Düsseldorf-West) (16). Auch in dieser Funktion setzte er sich für die Interessen der Arbeiter und ihrer Familien ein. In einer Protestversammlung in der Stadthalle in Elberfeld (5.1.31) sprach einem Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten zu folge, der Reichstagsabgeordnete "vor etwa 900 über den Lohn- und Steuerraub der sozialfaschistischen Regierung. Es sei festgestellt, daß die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie für die Diktaturmaßnahmen voll verantwortlich seien." (17)

Fortsetzung auf Seite 22

Seine Erfahrungen mit der konkreten sozialdemokratischen Regierungspolitik bzw. die der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre ließen ihn zu einem erbitterten Gegner dieser Politik werden. Auch als späterer Bezirksleiter der RGO kämpfte er gegen diese Politik, die die Lasten der Krise den schmalen Schultern der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung aufbürdete. **Fritz SCHULTE**, lebte nun öfters in Berlin, während seine Familie weiter auf der Myliusstrasse wohnte. In Berlin erlebte er auch die Machtübergabe an die Faschisten. Als zentrales Leitungsmitglied der KPD wird er in jenen Tagen mancherlei Probleme - die den Übergang der Organisation in die Illegalität mit sich brachten - zu lösen gehabt haben. Das seine Arbeit aber offenbar anerkannt wurde belegt die Tatsache, daß er nach der Verhaftung **Ernst THÄLMANN'S** (3. März 1933) durch Politbüro-Beschluß gemeinsam mit **Hermann SCHUBERT** und **Walter ULBRICHT** beauftragt wurde, die illegale Arbeit in Deutschland mitzuleiten. (18) Mit der Familie übten die Parteigenossen der KPD Solidarität. ⇨⇨ **SCHULTE** lebte in der Illegalität, von den Nazis gejagt durch einen Haftbefehl des Amtsgerichts Opladen (Az sg 388/33) und durch den Oberreichsanwalt in Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrat (14a/8 J 611/29). (20) Ende Dezember geht er in die Emigration nach Prag. Hier in der CSR traf er mit **Max REIMANN** zusammen, der damals illegaler Bezirksleiter der RGO Niederrhein war. Bei dem Gespräch schilderte **REIMANN** "rückhaltlos" die Situation, in welcher sich die Antifaschisten im Reiche befanden und vertrat die Meinung, "dass die RGO in Düsseldorf nicht mehr existiere und dass diese Arbeit ganz aufgegeben werden sollte". (21) **SCHULTE** teilte diese Auffassung nicht. Er, **REIMANN**, hätte sich in dieser Frage mit **SCHULTE** überworfen. Wir wissen nicht wie es damals Fritz **SCHULTE** zu Mute war. Wußte er - Anfang 1934 - daß am 4. Nov. 1933 seine **Frau Gertrud** geb. **Schorn** und sein **Sohn Fritz** in Leverkusen von der Gestapo verhaftet worden waren? Das sie anschließend in "Schutzhaft" genommen wurden? Wußte er, daß seine Wohnung Ziel von Haussuchungen war?

Im Archiv der Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn, befindet sich ein Zeugnis, daß in Leverkusen eine Hausdurchsuchung stattfand. Dabei wurde das Protokoll des 12.KPD-Parteitages, vom 9.-16. Juni 1929 in Berlin-Wedding", beschlagnahmt. In der FES Signatur ARB 638 P KPD trägt es auf der ersten Innenseite den handschriftlichen Bleistiftvermerk: Beschlagnahmt bei **Fritz Schulte**, Leverkusen.

Um die Zeit wo **Fritz SCHULTE** mit **Max REIMANN** in der CSR sprach, erschien im "Deutschen Kriminalpolizeiblatt", Nr. 1755 vom 17. Januar 1934 eine "Ausschreibung" einer Person - welche 1,72 - 1,75 m groß war, blonde, dünne Haare hatte und in einer "Strafsache zur Vorbereitung zum Hochverrat" gesucht wurde. Das abgedruckte Bild stellte den langjährigen Wiesdorfer Arbeiterfunktionär dar. Nach einer Zeit in Paris, kam **Fritz SCHULTE** 1935 nach Moskau, wo er als Kandidat des Präsidium der EKKI (Exekutiv Komitee der Kommunistischen Internationale) bis zum VII. Weltkongreß der KI tätig war. (22)
Nach seinem Ausscheiden aus dem ZK der KPD, nach der "Brüsseler Konferenz" (Oktober 1935), arbeitete er in einem Moskauer Betrieb.

Gestapo-Bericht vom 4.11.1933. Dort heißt es u.a.:
"In der letzten Zeit wurde vertraulich mitgeteilt, daß allmonatlich eine fremde Person bei der Familie Schulte (...) vorspreche. Im weiteren wurde mitgeteilt, daß die **Ehefrau SCHULTE** sowie ihr **Sohn Fritz** ein sehr gutes Leben führen, ob schon sie Wohlfahrtsunterstützung beziehen. Man ist der Annahme, daß es sich bei der fraglichen Person, die bei der **SCHULTE** allmonatlich erscheint, um einen kommunistischen Kurier handelt, welcher zweifellos die Verbindung direkt mit dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten **Fritz SCHULTE** hat." (19)

In einem Gestapobericht wird festgehalten, daß **SCHULTE** sich in der Zeit vom August 1936 bis Januar 1937 im Emigrantenlager Woronzonopol 3 bei Moskau und im "Deutschen Klub" in Moskau aufgehalten haben soll. (23) In einem anderen Gestapo-Bericht wird in einer Vernehmung ausgesagt, daß er "mit **Hermann SCHUBERT** den oppositionellen Flügel der KPD gegen die Volksfrontpolitik (führte)". Er sei ausgebootet worden und war als Leiter der deutschen Sendung von Radio Moskau vorgesehen. Jedoch habe er Forderungen gestellt. "Zur Hauptsache" so heißt es dann wörtlich, "scheiterte er jedoch an der Abneigung von der Parteileitung"." (24) Am 10.Januar 1938 wird die Einstellung der steckbrieflichen Fahndung vollfügt. Der Oberreichsanwalt schreibt an das "Geheime Staatspolizeiamt": "Mit Rücksicht darauf, daß mit einer Rückkehr des **SCHULTE** vorerst kaum zu rechnen sein wird, beabsichtige ich, von einer nochmaligen Erneuerung des Steckbriefes abzusehen..." (25) Mit Datum des 2./3. März 1938 wird der kämpferische Kommunist, der aktive Leverkusener Arbeiterfunktionär ausgebürgert (26). Die Tragik seines Lebens spiegelt sich auch hier wieder. Einige Tage vorher, im Februar 1938 war er in der Sowjetunion - das Land für das er vehement eingetreten war, das Land in dem er seine Hoffnungen auf ein besseres Leben für die Arbeiterklasse gesehen hatte - verhaftet und am 7. April 1941 durch ein Sondertribunal der NKWD zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. (27) Die Gestapo hatte zu diesem Zeitpunkt ihn - wie andere - in einer "Sonderfahndungsliste UdSSR" vom Jahresanfang 1941 erfaßt. (28) Dort wurden auch seine Decknamen veröffentlicht, unter denen er nach Gestapo - Ansicht illegal gearbeitet hat (29). **Fritz SCHULTE** mußte nun in einem Arbeitslager in der Sowjetunion seine "Strafe" - unter schwersten Bedingungen - ableisten. Dort kam er im Jahre 1943 um. (30) Im selben Jahr war auch sein **Sohn Fritz**, der in die Hitler – Wehrmacht gepreßt worden war, "gefallen".
Erst am 26. März 1956 wurde dieser Kommunist durch das Militärtribunal des Moskauer Militärbezirks rehabilitiert.
Zu der Zeit mußten sich die Kommunisten in der Bundesrepublik auf ein erneutes Verbot ihrer Partei einstellen. Das in solcher Periode wenig Chancen bestanden, die Hintergründe, das Geschehen selber allseitig aufzuarbeiten, wird sicherlich einleuchten.
In Leverkusen selber hat man sich dieses Arbeiterfunktionärs, des Stadtverordneten, Betriebsrates, Kreistags-, Landtags- und Reichstagsabgeordneten bis heute nicht erinnert.

Anmerkungen:

1.) Brief der Stadt Leverkusen - Amt für Rats- und Bezirksangelegenheiten vom 13. Febr. 1995 an den Autor.
2.) Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSTA D) Regierung Düsseldorf 16944 - 5
3.) HSTA D Reg. D 16944-15
4.) HSTA D Reg. D 16944-137
5.) HSTA D Reg. D 16944-144
6.) HSTA D Reg. D 17208-4, HStA D Reg. D 17209-1
7.) HSTA D Reg. D 30651 a- 27 lokalhistorisch interessant der Hinweis in gleicher Akte - 34, daß am 22. Januar 1929 in Burscheid Max HOELZ in einer Versammlung sprach
8.) Protokoll 12. KPD-Parteitag, 9.-16.Juni 1929 Berlin-Wedding, S.150
9.) Ernst Thalmann - Eine Biographie. Frankfurt/M. 1981, S.376
10.) HSTA D Reg. D 30651 a-210
11.) HSTA D Reg. D 30651 a-156
12.) HSTA D Reg. D 30651 a-145
13.) Bergische Arbeiterstimme, Mo. 17.11.1930 (BAS)
14.)HSTA D Reg. D 30651 a-161
15.)BAS 21 August 1930
16.)MdR - Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik - Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933 - 1945, herausgegeben von Martin Schumacher, Düsseldorf 1991, S.519 (nachfolgend: MdR)
17.) HStA D.Reg.D 30651 a-289
18.) Ernst Thälmann - Eine Biographie, Frankfurt/M. 1981, S.663
19.) MdR, S. 519 f., Anmerkung 2
20.) MdR, S. 519 f. (nachfolgendes daraus)
21.) HStA D. Reg. D RW 58 - 27375-35
22.) In den Fangen des NKWD-Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin, 1991, Seite 213 (nachfolgend: in den Fängen...) In dieser Veröffentlichung ist ein gravierender Fehler. Die Mitteilung: "Seit 1921 Stadtverordneter in Düsseldorf", ist falsch.
23.) MdR. S.519 f.
24.) HStA D RW 58 - 7287 - 60
25.) MdR, S. 519 f.
26.) In den Fängen..., S.213
27.) MdR, S.519 f.
28.) ebenda, Es handelte sich um die Namen: Fiedler, Winter, Brandt. In der Veröffentlichung: "In den Fängen..." S.213 wird noch der Deckname Fritz Schweitzer angegeben.
29.) In den Fängen..., S.213
30.) MdR, S.519 f.

Leverkusen unter dem Faschismus

Während die meisten Leverkusener nach dem 30. Januar 1933 sich auf die Situation einstellten und nach und nach aktive Mitläufer der Nazis wurden - die dann allerdings nach der Befreiung vom Faschismus behaupteten, von dem was die Faschisten verbrochen hatten, nichts, aber auch gar nichts gewußt zu haben; während man bei den Unternehmen frohlockte, daß endlich mit den marxistischen Störern aufgeräumt wurde; wurde der Terror gegen Antifaschisten immer intensiver. **Arnold Schulz** berichtete in einem Leserbrief Jahre später darüber und nannte auch Zahlen der Verfolgung. Darüber ist an anderer Stelle berichtet. (Seite 33)

Arbeiter die ersten Opfer

Getreu seines Versprechens deutschen Industriellen gegenüber, die der "Führer" der Nazis, **Adolf Hitler**, am 27. Januar 1932 im Industrieclub zu Düsseldorf - unter stürmischen und langanhaltendem Beifall - abgegeben hatte wurde mit der "Ausrottung des Marxismus" begonnen. Arbeiter, kleine Leute, nach und nach auch Menschen anderer sozialer Schichten, waren die ersten, die von den Nazis verfolgt wurden.

Und sie waren es auch, die versuchten etwas gegen die "Machtergreifung" zu tun. In den Betrieben wurde z.B. heftig darüber debattiert, ob man nicht gegen diese Entwicklung - ähnlich wie es ja 1920 beim Kapp-Putsch sogar mit Erfolg geschehen war - den Generalstreik ausrufen sollte.
Die KPD trat dafür ein. Die Gewerkschaft, der ADGB und die SPD waren da anderer Ansicht, obwohl auch deren Mitglieder vereinzelt Kampfmassnahmen forderten. In Leverkusen legten trotzdem die Arbeiter von EUMOCU - wie die Zeitzeugin **Cilly Müller** (siehe Seite 33) berichtete- die Arbeit aus Protest nieder. Leider bleib dies eine einzelne Aktion. Mit dem 30. Januar 1933 begann die faschistische Herrschaft über Deutschland, über Leverkusen.

Erst holten sie die Kommunisten...

so begann eine Erklärung, die der langjährige evangelische Kirchenvertreter **Martin Niemöller** anläßlich eines Jahrestages der Machtübertragung an die Faschisten abgab um dann daran zu erinnern, daß dann die Sozialdemokraten folgten, was ihn nicht aktiv werden ließ, ebenso als sie die Katholiken holten "denn ich war ja kein Katholik". "Als sie mich holten war keiner mehr da der protestieren konnte". In dieser Erklärung ist die geschichtliche Erfahrung sehr konkret wiedergegeben, und gibt auch Hinweise auf die notwendige Einigkeit im Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus heute.

1988 wurde von der Stadt Leverkusen eine Veröffentlichung herausgegeben, in der die Historikerin **Eva Wollf** versuchte, die vielfältigen Geschehnisse in der Zeit von 1933 bis 1945 in der Farbenstadt darzustellen. In ihrem Resümee kommt sie zu der Schlußfolgerung, daß die Bürgerinnen und Bürger, die sich aufgrund ihrer weltanschaulichen, politischen und religiösen Bindungen der Integration durch die Nazis widersetzten nicht vergessen werden dürften. "Neben den vielen Einzelpersonen", so stellt sie abschließend fest, "sind besonders katholische Pfarrgemeinden - und nach anfänglicher Kooperation Teile der evangelischen Christen zu nennen, denen es gelungen war, "durch ihren aktiven Einsatz um den Fortbestand der kirchlichen Einflußsphären ein Gegengewicht zum Nationalsozialismus zu bewahren." Dann fährt sie fort: "Vor allem Erwähnung finden müssen die Männer und Frauen aus den Reihen der Kommunisten, Eisenbahngewerkschafter und Zeugen Jehovas, die unter Einsatz ihres Lebens Widerstand zu leisten versuchten. Ihre Leistung für die Bewahrung christlicher und menschlicher Werte, sozialistischer Traditionen und gewerkschaftlicher Solidarität, welche die Kontinuität einer demokratischen und sozialen Emanzipationsbewegung sicherten, kann nicht hoch genug bewertet werden. Ohne sie wäre ein demokratischer Neubeginn nach dem am 14./15. April 1945 erfolgten Zusammenbruch des Dritten Reiches im heutigen Stadtgebiet nur schwer möglich gewesen. Dennoch konnten diese Kräfte die sich aus dem Nationalsozialismus ergebenden vielfältigen Kontinuitäten personeller, gesellschaftlicher und rechtlicher Art nicht verhindern."

"Kommt ein Führer, so muß diesem unbedingt gefolgt werden!"

Was geschah in den Jahren bei Bayer?
Bayer war am 2. Dezember 1925 mit über 25% des Grundkapitals beteiligt gewesen, als die "IG Farben" aus der Taufe gehoben wurde. Jahrelanges Streben - besonders auch von **Bayer-Boss Carl Duisberg** - die bestmöglichen Verwertungsbedingungen für das Kapital weltweit zu sichern führten zur Bildung dieser "Interessengemeinschaft".
Und die war bestrebt ihren Einfluß auf Entscheidungen der Politik zu sichern. In fast jeder großen Partei der Weimarer Republik waren Vertreter zu finden, die direkt oder indirekt von den IG Farben abhängig waren.

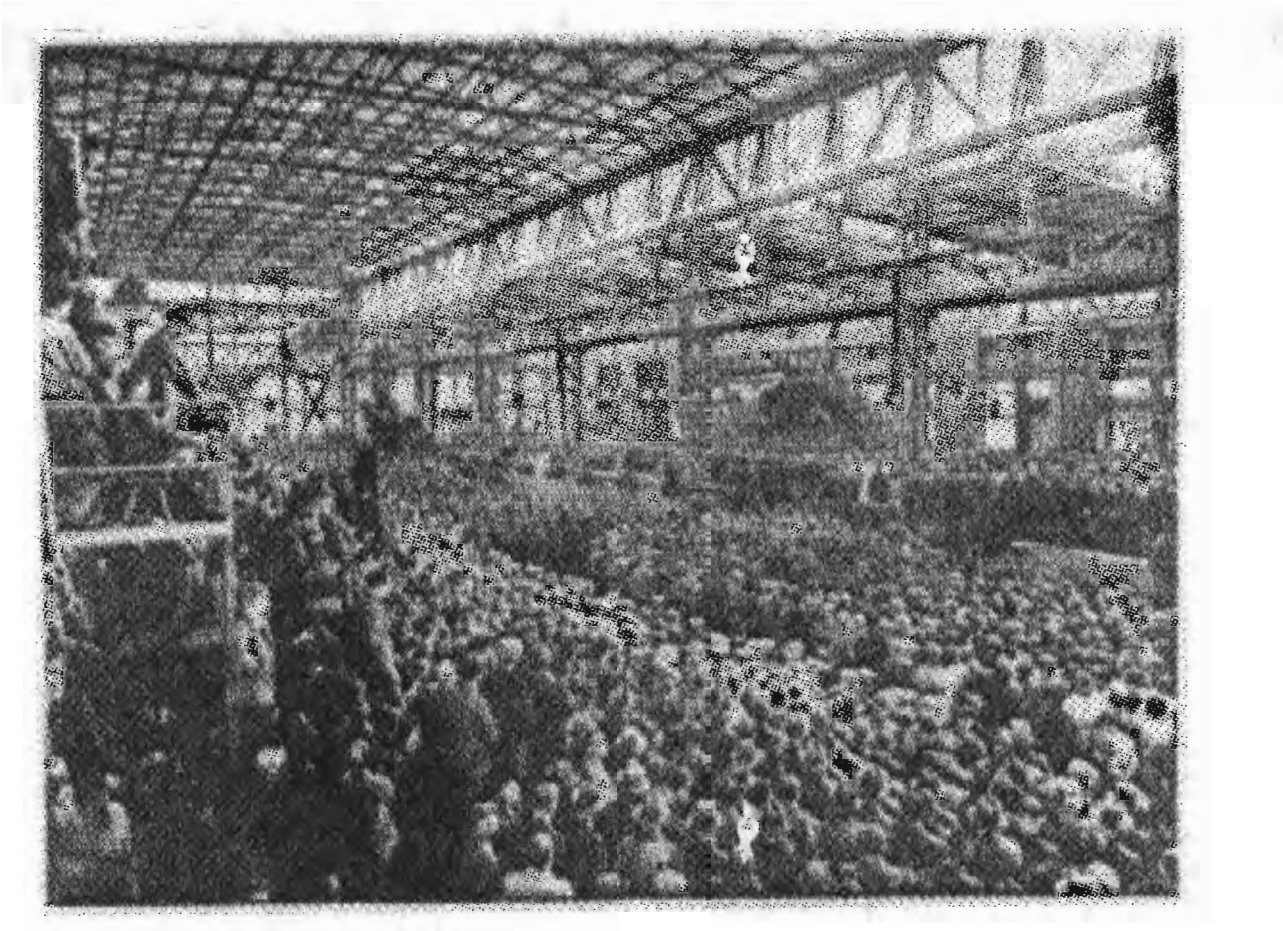
Entsprechend dem Grundsatz des Aufsichtsratsvorsitzenden der IG Farben, **Carl Duisberg** - der auch ab 1925 Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie war - waren viele Politiker in allen Parteien (außer der KPD) sehr eng mit den IG Farben verbunden. Man sprach vom "System Duisberg". So waren unter anderem folgende Parlamentarier Vertreter der IG Interessen:
Wilhelm Kalle, **Paul Moldenhauer**, **Hermann Hummel**, **Clemens Jammer**.
Überdies war **Moldenhauer** ab Dezember 1929 mehrere Monate Finanzminister und der Agrarexperte der IG, **Herrmann Warmbold**, sogar längere Zeit Wirtschaftsminister ab Oktober 1931. Jedoch stand für Regierungsämter nur die "zweite Garnitur" der IG-Spitze zur Verfügung. **Hermann Schmitz**, der Finanz- und Wirtschaftsberater **Brünings** war, wollte trotz mehrmaligen Bittens kein Ministerium übernehmen.

Und obwohl man nach außen hin sich parteipolitisch neutral gab, machte man doch in trautem Kreise Äußerungen, die deutlich machten, wo das Herz schlug, daß ihnen an einem "Führer", einem "starken Mann" sehr gelegen war.

Carl Duisberg auf der Gründungsversammlung der "Staatspolitischen Vereinigung" 1926 in Berlin:
"Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken habe ich aufgegeben. Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch planmäßige Beeinflußung."

Carl Duisberg bei der 100 Jahrfeier der IHK Düsseldorf 23. Juni 1931:
"Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden."

In dem Zusammenhang soll auch zu der gern kolportierten Entlassung des damaligen Nazi-Gauleiters von Köln **Robert Ley** aus den IG Farben etwas gesagt werden. **Ley** war als Chemiker bei IG Farben/Bayer entlassen worden, weil seine antisemitischen Ausfälle jüdische Aufsichtsratsmitglieder der IG Farben beleidigt hätten. Als er am 1. Januar 1928 aus dem Konzern ausschied, bekam er noch drei Jahre lang sein



Betriebsappell in Leverkusen Bild aus einer IG Farben Veröffentlichung von 1938

Gehalt und eine Vergütung von insgesamt fast 15000 Mark jährlich. (1) Fürwahr eine lukrative "Entlassung" und ein Hinweis darauf, das es zweifellos Verbindungen zwischen den IG Farben und den Nazis gab. (2.)

Übrigens fand der Konzern auch nichts dabei - und zwar ein Jahr vor der sogenannten "Reichskristallnacht" - alle jüdischen Direktoren zu entlassen. Rund ein drittel des Aufsichtsrates wurde seiner Aufgaben enthoben - einige wurden dann später deportiert und starben in KZs oder Ghettos. (3)

Die zweite Verbindung war noch enger. Im Jahre 1928 trat **Heinrich Gattineau** in Leverkusen in den Dienst der IG Farben und stieg dort schnell auf. **Carl Duisberg** machte ihn zum Leiter seines Sekretariats, später wurde er Leiter der Zentralabteilung für Wirtschaftsfragen im Bayer-Werk. Ab 1931 wirkte er in der Pressestelle des Konzerns in Berlin, war für die Verbindungen zu Parteien und Verbänden zuständig. **Gattineau** hatte als Mitglied des "Bundes Oberland", eines Vorläufers der SA, der am Hitlerputsch (9.11.1923) teilgenommen hatte, persönliche Bekanntschaft mit **Rudolf Heß**, dem späteren "Stellvertreter des Führers", dem späteren "Stabschef der SA" **Ernst Röhm** und dem Putschisten General **von Epp**. Er war wie geschaffen für eine auf unauffällige, diskrete auf persönliche Kontakte bauende Verbindungen zwischen der Nazipartei und den IG Farben. Und die Kontakte wurden fleißig genutzt - sowohl zum Segen des Profits der IG Farben, wie zum Nutzen der faschistischen Politik, die immer mehr auf einen Krieg hinsteuerte, obwohl der "Führer" Friedensschalmeien blies. Die IG Farben waren in der Vorbereitung und Durchführung des Aggressionskrieges gegen andere Völker voll mit dabei.

Hitler bedeutet Krieg

Bei der letzten Präsidentenwahl der Weimarer Republik hatten die Kommunisten die Parole herausgegeben **"Wer Hindenburg wählt - wählt Hitler - wer Hitler wählt - wählt den Krieg!"** Damals sahen viele dies nicht. Doch es bewahrheitet sich. Der Reichspräsident **Hindenburg** ernannte den ehemaligen Gefreiten **Hitler** - der zu dem erst einige Monate vorher "deutscher Staatsbürger" geworden war - zum Reichskanzler und der begann sein politisches Programm umzusetzen - in dem ein Angriffskrieg gegen andere Völker formuliert war und daß - wie schon geschildert - durchaus auf heißes Interesse finanzkräftiger Kreise stieß.

Doch es gab auch Menschen in Leverkusen - die sich dieser Entwicklung in den Weg stellten. In Gesprächen wurde von diesen Menschen versucht die faschistische Phrasologie zu entschleiern, mit Flugzetteln - selbst hergestellt - oder Flugblättern, die von illegalen Widerstandsorganisationen herausgegeben worden waren und zum Teil auf gefahrvollen Wegen aus dem Ausland ins deutsche Reich kamen; mit Parolen, die nachts an Wänden oder anderen Stellen die Gegnerschaft zum Faschismus deutlich werden ließen; mit illegalen Zusammenkünften auf denen diskutiert wurde, wie noch besser mit den bescheidenen Mitteln gegen das verbrecherische Naziregime gekämpft werden kann; mit vielfältigen und hohen Opfermut erfordernden Aktionen gegen den Faschismus anzukämpfen.

Auch bei Bayer

Und in diesem Kampf waren die Arbeiter ein großer Aktivposten. Auch Mitglieder der Organisationen, die dem Proletarischen Kulturkartell angehört hatten, waren dabei. Eine große Bedeutung für den antifaschistischen Kampf gewann der Beitrag der Antifaschisten, die bei dem Reichsbahnausbesserungswerk in Opladen bei der Verbreitung und Weiterleitung von antifaschistischen Schriften und Informationen mitwirkten. Dabei kam es zur Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlichster Auffassungen und im

Verlaufe der Entwicklung wurden immer mehr Menschen - auch Christen - aktiv gegen den deutschen Faschismus. Und auch im IG Farben-Konzern wo die Belegschaft nicht nur durch Betriebsappelle (siehe Seite 24) und die Werkzeitschrift "Von Werk zu Werk" auf die damalige "Leitkultur" getrimmt wurde, sondern auch einer strengen Kontrolle unterlag, gab es Widerstand.

Bei den IG Farben in Leverkusen - wie auch in anderen Betrieben - wurde das schon immer "gepflegte" Bespitzelungs- und Überwachungssystem vervollkommnet. So meldete der Werkschutz der IG Farben, daß im Juli 1939 ein Bayer – Werker sich vor Arbeitskollegen negativ über die Presseberichterstattung der Nazis geäußert habe und ausgeführt hätte, das "alles was über Rußland in den deutschen Zeitungen stünde, gelogen (sei)". Damit wurde die Untersuchung der Gestapo übergeben. Und das war kein Einzelfall.
Nach der Faschistischen Machtübertragung wirkte bei der IG Farben eine illegale RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) mit 45 Mitgliedern, die u.a. Zusammenkünfte abhielt und Flugblattverteilungen gegen die Faschisten organisierten. In ihrer illegal verbreiteten Flugschrift "Der Farbenkumpel", Ende 1933 setzten sie sich mit der sozialen Demagogie des Nazis wie dem Lohnraub durch höhere Abzüge, Verteuerung, sowie Kritik an der "DAF" (Deutsche Arbeiterfront), fehlende Presse-Versammlungs- und Listenfreiheit. Die Arbeiter wurden aufgefordert, den "Volksbetrug am 12. November 1933" ("Reichstagswahl" und "Abstimmung" über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, trotz Naziterror gehen zwei Millionen Deutsche nicht zur Wahl und mehr als drei Millionen stimmen gegen die Nazis) durch Streichung der "Faschistenliste" zu boykottieren. In einem weiteren "Farbenkumpel" wurde auch mit einer Umdichtung des faschistischen Horst Wessel-Liedes versucht die Arbeiter zum Nachdenken und zum Handeln zu bringen.

"Farbenkumpels Horst-Wessel-Lied"

"Die Fahne hoch, der Fettpreis ist gestiegen
der Hunger der SA wird eben noch gestillt.
Schon rappeln die Sammelbüchsen über allen Straßen
und Hitlers Kampfprogramm ist bald erfüllt.
Die Tür zu den braunen Bataillonen
die Taschen zu, dem Sammelbüchsenmann
das Hakenkreuz hat schon verschlungen Millionen
die nun der Arbeitsmann berappen kann.
Wir ziehen nochmals den Hungerriemen enger
von Margarine sind wir schon befreit
und unser Hals wird lang und lang und immer länger.
Oh Arbeitsvolk wann wirst du mal gescheit.
Oh Arbeitsvolk wann wirst du bloß gescheit."

Der Bürgermeister berichtet im Dezember 1933 der Gestapo, daß "innerhalb der IG in Abständen von 14 Tagen kommunistische Abzeichen (Hammer und Sichel) angemalt worden seien". Trotz Verfolgung und Verhaftungen gelang es eine Widerstandsgruppe - die im November 1935 fünfundzwanzig Mitglieder hatte - bei der IG zu verankern. Neben Kommunisten gehörten der Gruppe - die am Jahresende 31 Mitglieder hatte - Sozialdemokraten und sieben ehemalige christliche Gewerkschafter an, die Mehrzahl waren parteilose Antifaschisten. In der Folge- und verschärft unter den Bedingungen des Krieges ging die antifaschistische Arbeit bei den IG-Werk zurück. 1937 wurden von der Gestapo 37 IG-Farben-Kumpel wegen ihrer antinazistischen Haltung und Aktivitäten festgenommen. Auch in anderen IG-Werken waren es hauptsächlich Menschen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die als Gegner den Nazis ein Dorn im Auge waren und folglich terrorisiert wurden.

Eine Aufstellung der "Schutzhaftverfahren in Dormagen, Februar bis September 1933", belegt , das alle 11 Verhafteten der Arbeiterklasse angehörten, sieben arbeitslos, zwei bei der IG Farben Dormagen beschäftigt waren - wovon einer danach von IG Farben entlassen wurde. (nach: Historisches Jahrbuch der Stadt Dormagen 1988/89, S.115)
In der gleichenQuelle (S.121,122)

Doch der Widerstand reichte nicht. Als die Nazis den 2. Weltkrieg vom Zaune brachen, war IG Farben sofort dabei, Vertreter des Konzerns reisten hinter der Truppe, die fremde Länder überfielen, her, um die dortigen Besitzverhältnisse und andere Informationen über chemische Betriebe zu lokalisieren und um entsprechende Schlußfolgerungen für die IG Farben vorzubereiten. Von Anbeginn des Krieges an strebte die Konzernleitung danach den Arbeitskräfteausfall infolge der zum Heer eingezogenen Arbeiter, durch ausländische Arbeitskräfte auszugleichen. Das geschah durch "Anwerbung" und durch Zwangsrekrutierung. Im Werk Leverkusen arbeiteten in der Zeit des Krieges mehrere tausend aus ihrer Heimat und von ihren Familien getrennten Arbeitssklaven.
Für diese Zwangsarbeiter hat sich über fünfzig Jahre die IG Farben - die nach der Auflösung durch die Alliierten - als IG Farben I.L. (in Liquidation) weiterbesteht und Aktionärsversammlung abhält, - ebenso wie die aus der IG Farben-Auflösung hervorgegangene - "neue" - alte Bayer nicht interessiert.

Noch im Sommer 1998 erklärte der Bayer-Konzern, daß die Entschädigung der Zwangsarbeiter für ihn kein Thema sei (4).

„Nach wie vor gilt unser restloser Einsatz den Aufgaben, die unser Führer uns weiterhin stellen wird. Ihm und seinen Soldaten gilt unser aller Heimatgruß.
Heil Hitler
Hermann Schmitz
Vorstandsvorsitzender IG Farben"
September 1940

„Im August 1939 brach der Krieg aus. Für ein Unternehmen wie die IG (...) bedeutete der Krieg den härtesten Schlag, der es treffen konnte. Wieder waren, wie 1914, alle im Ausland befindlichen Werte gefährdet, wieder sollte die in 20 Jahren Aufbauzeit geschaffene Weltverkaufsorganisation aufs Spiel gesetzt werden. Gleichwohl hat die IG für ihr um seine Existenz ringendes Land ihre selbstverständliche Pflicht bis zum bitteren Ende getan."

(**Fritz ter Meer** in seinem Buch "Die IG Farben" über den II. Weltkrieg)
Fritz ter Meer war oberster IG-Verantwortlicher für das Buna–Werk Auschwitz

„Aber erst im Kriege vermochte die deutsche Chemie, die große Probe auf ihre Bewährung zu liefern. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß ein moderner Krieg ohne die Ergebnisse, die die deutsche chemische Industrie unter dem Vierjahresplan erzielte, unvorstellbar wäre."
(**Dr. von Schnitzler**, Zentralausschußmitglied des Vorstands der IG, 10. Februar 1943)

Als in den USA - aber auch in Deutschland immer mehr das Thema in die Schlagzeilen geriet - wobei übersehen wird, daß schon direkt nach der Befreiung vom Faschismus die Rede von der Wiedergutmachung für alle Opfer des Faschismus war - und Bayer einen Imageverlust für seine Konzernpolitik im Ausland sah, änderte man die Haltung.

Man ließ sich als Gründungsmitglied der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft lobpreisen. Doch noch immer ist die skandalöse Geschichte nicht beendet. Denn noch immer sitzt der Bayer-Konzern auf dem Geld und hat noch keinen Pfennig ausgezahlt.
Noch immer wird deutlich, wie in den

Jahren nach der Befreiung von Krieg und Faschismus in dem Lande, von dem die größten Verbrechen gegen das eigene Volk wie gegen andere Völker ausging, mit diesen Opfern, mit den Opfern des Faschismus umgegangen wird.

Anmerkungen:

1.) Ruge, Wolfgang Das Ende von Weimar, Berlin 1983, S. 145

Über Ley schreibt Eva Wollf in Ihrer Dokumentation Seite 591:

Robert Ley wurde als Sohn eines evangelischen Kleinbauern am 15.2.1890 in Niederbreidenbach, Kreis Gummersbach, geboren. Nach seinem mit dem Abitur abgeschlossenen Besuch der Oberrealschule in Elberfeld studierte er Chemie in Jena und Bonn. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete er sich freiwillig zur Artillerie "und erhält noch 1914 mit besonderer Erwähnung im Divisionsbefehl das EK II" (vgl. Kiehl, Walter, Mann an der Fahne, Kameraden erzählen von R. Ley, München 1938, S.7). Im Jahr 1916 wechselte Ley zu den Fliegern, im Juli 1917 wurde sein Flugzeug über Flandern abgeschossen. Ley geriet in französische Gefangenschaft, aus der er erst 1920 entlassen wurde. In Münster schloß Ley sein Studium mit dem Dr. phil. als Nahrungsmittelchemiker ab und trat 1921 sein Arbeitsverhältnis als Chemiker im organisch-analytischen Laboratorium bei den Farbenfabriken Bayer in Wiesdorf an. In Wiesdorf begann seine Betätigung für die völkische Bewegung. 1924 wurde er Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Wiesdorf des Völkisch-Sozialen-Blocks. Nach dem Übertritt des völkischen Verbandes zur NSDAP wurde Ley mit der Leitung des Gaues Rheinland-Süd der NSDAP betraut; im gleichen Jahr gründete er den Westdeutschen Beobachter in Köln, 1929 den Oberbergischen Boten in Gummersbach. Aufgrund einer Beschwerde eines jüdischen Aufsichtsratsmitgleides der IG-Farben über Leys Judenhetze wurde sein Arbeitsverhältnis nach vergeblichen Einigungsversuchen zum 1.1.1928 aufgelöst. Im gleichen Jahr wurde Ley in den preußischen Landtag gewählt, im September 1930 in den Reichstag. Nach der Teilung des Gaues Rheinland-Süd 1931 trug man ihm das neu eingerichtete Amt eines Reichsinspekteurs und damit die Mitarbeit in der Münchener Reichsleitung an. Im Dezember 1932 wurde Ley als Nachfolger G. Strassers Stabsleiter der Politischen Organisation, 1934 Reichsorganisationsleiter. 1945 wurde er vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg angeklagt. Der Verurteilung entzog der sich durch Selbstmord.

In dem Zusammenhang ist auch die Mitteilung des Historikers Olaf Groehler in "Der lautlose Tod" Berlin, 1980, Seite 308 interessant. Danach hatte Ley gemeinsam mit Joseph Goebbels und Martin Bormann im Herbst 1944 - angesichts der sich abzeichnenden Niederlage der deutschen Faschisten - die Entfesselung des Gaskrieges gefordert. Ley hatte den Vorschlag eingebracht - vor allem in Hinblick auf die demoralisierende Wirkung des Nervengiftes Tabun. Es sollte an der deutsch-sowjetischen Front an der Weichsel auf 750 Kilometer eingesetzt werden, um den Vormarsch der Roten Armee aufzuhalten.

2.)
In diesem Zusammenhang sollte auch nicht übersehen werden, daß sich auch auf der unteren Ebene, am Ort Hinweise auf eine Verbindung zwischen den IG Farben und der Nazi-Bewegung finden lassen. So waren, laut Eva Wollf S.34 die sieben Gründungsmitglieder des "Völkisch-Sozialen Blocks" - einem Vorläufer der NSDAP Akademiker - unter ihnen Robert Ley -, die Mehrzahl von ihnen standen als Chemiker mit diesem in direkter Verbindung. Auf Seite 592 heißt es: "Auch der die Opladener Ortgruppenführung kurzzeitig führende Dr. Herdickerhof arbeitete bei den IG Farben, Werk Leverkusen, im gleichen Laboratorium wie Dr. Ley."
Und auch aus dem Werk Dormagen der IG Farben liegen Hinweise vor, die sichtbar machen, daß auch untere Nazi-Chargen bei IG Farben unterkamen. Der Dormagener Ortgruppenleiter der NSDAP, Wilhelm Möllers, der von den Nazis dann zum Bürgermeister von Dormagen ernannt wird, war 1928 - obwohl ohne Ausbildung - bei den IG Farben als kaufmännischer Angestellter angestellt. Mitglied der NSDAP war er seit August 1930. (zitiert nach: Historisches Jahrbuch der Stadt Dormagen 1988/89, S.113)

3.) IG Farben - Von Anilin bis Zwangsarbeit Herausg.: Coordination gegen Bayer-Gefahren, 1995, S.57

4.) Express, Köln, 3. September 1998

Funktionäre der Leverkusener Arbeiterbewegung:

PAUL ROHMER wurde 1897 geboren und war bei den Farbenfabriken Bayer als kaufmännischer Angestellter beschäftigt. 1931 wurde er, der Freidenker und Mitglied der Freien Schulgemeinschaft war und der SPD angehörte, für die er ab 17.11.1929 im Rat saß, dort entlassen. Seit 13.Juli 1930 Fraktionsführer der SPD im Stadtrat, erklärte er am 30.3.1931 seinen Übertritt zur KPD. Im Faschismus verfolgt gehörte er nach der Befreiung von Krieg und Faschismus dem Stadtrat von 1952 bis 1954 an. Er wirkte auch als Geschäftsführer der "Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft". Er starb 1961.

Am 2.Juni 1931 erschien in der "Bergischen Arbeiterstimme" ein Nachruf des Leverkusener Bürgermeisters, in dem mitgeteilt wrude, daß am 30.Mai im Alter von 52 Jahren "nach langem, schwerem Leiden" die Stadtverordnete **CHRISTINE SCHMELEFSKI** verstorben ist. "Seit dem Jahre 1924", so heißt es dort, "war sie Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und in einer Reihe von Ausschüssen tätig. In diesen Ehrenämtern hat Frau Schmelefski mit großem Eifer an dem kommunalen Geschehen unserer Stadt mitgewirkt. Wir bedauern den Heimgang einer Frau, die sich durch praktischen Blick und zuvorkommende Hilfsbereitschaft das Vertrauen und die Wertschätzung weiter Kreise der Einwohnerschaft erworben hat. Die Stadt wird ihr Andenken stets in Ehren halten."

Einem Nachruf der KPD Leverkusen-Wiesdorf ist zu entnehmen, das sie eine "rastlose Kämpferin" gewesen sei, die als einfache Arbeiterfrau seit 1921 Mitglied der KPD war und "Pionierarbeit in allen proletarischen Massenbewegungen" geleistet hätte. In dieser Eigenschaft und als "jahrelang einzige Arbeiterfrau im Leverkusener Stadtparlament" und die manchen ihrer männlichen Kollegen an Tatkraft überragte (wie es in dem Nachruf weiter hieß) wird man sie als einer der Mütter des Volkshauses bezeichnen dürfen.

In einem Leserbrief an den "Leverkusener Anzeiger", der am 5.Juni 1967 erschien, erinnert **Arnold Schulz** an zwei weitere Funktionäre der Arbeiterbewegung, die mit dem Volkshaus und der Kulturvereinigung verbunden sind.

Arnold Schulz unterbreitete den Vorschlag zwei Straßen nach **Heinrich Pauly** und **Josef Fischer** zu benennen.

Er schreibt: "Beide genannten Personen waren von 1918 bis nach 1933 und auch nach 1945 in Leverkusen als Kommunalpolitiker erfolgreich tätig. Nach 1933 wurden beide Kommunalpolitiker von den Nazis inhaftiert und verfolgt. Nach 1945 nahmen beide Kommunalpolitiker ihre Tätigkeit wieder auf. Gemeinsam mit dem damaligen Bürgermeister **Dr. Claes** und anderen demokratischen Bürgern unserer Stadtgemeinde schaufelten die beiden Kommunalpolitiker den Schutt von den Straßen der Stadt Leverkusen und setzen ihre ganze Kraft ein für den Aufbau einer neuen demokratischen Stadtverwaltung in Leverkusen."

Arnold Schulz bemängelte, daß kein Straßenname an die verdienstvolle Tätigkeit der beiden Kommunalpolitiker erinnert -

bis heute nicht !

Der Raub des „Volkshauses" durch die Nazis

Die "Bergische Arbeiterstimme" berichtete am Dienstag, den 10. März 1931 über die "Vorbereitung eines Naziüberfalls auf das Jugendheim". In dem Bericht wird "höchste Alarmbereitschaft für Antifaschisten" gefordert und die Arbeiter aufgefordert, die Abwehr des geplanten Angriffs auf das Arbeitereigentum zu organisieren. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß am Sonntag, den 8. März vom Fenster des Volkshauses aus beobachtet wurde, wie der **Nazimann Maletz** das Haus fotografierte und ausspionierte. Daraufhin seien Arbeitersportler hinausgelaufen und hätten den Flüchtenden gestellt, der seine Unschuld beteuert habe. Ein Fotoapparat war nicht mehr vorhanden, wahrscheinlich sei er bei der Flucht weggeworfen worden. Man habe dem Nazi eine Tracht Prügel verabreicht, zwei Arbeiter seien zur Beobachtung zurückgeblieben, die Anderen seien ins Haus zurückgekehrt. Plötzlich tauchten aus der Ziegelei (die Gegend des heutigen Vogelsfeldchens) Nazis auf, die die beiden Arbeitersportler überfielen und verschleppten.
Unter den Nazis befanden sich der Ziegeleibesitzer und der Manforter **Polizeibeamte Förster**, der sich in Zivil befand. Mit der Pistole bedrohte er die beiden Arbeiter, die nach einiger Zeit durch den Einsatz ihrer Kameraden befreit werden konnten.

Nachdem die **deutschen Faschisten** am **30. Januar 1933** die Macht übertragen bekommen hatten, wurden immer offener Maßnahmen gegen Linke und Demokraten beschlossen und durchgeführt. Besonders nach der Provokation des **"Reichstagsbrandes"**, der von den **Nazis** und den offiziellen Stellen, den Kommunisten in die Schuhe geschoben werden sollte, steigerte sich der Terror.
In einem Bericht des **Polizei - Oberinspektors Glocke vom 28. Februar 1933,** der über die **Besetzung des Hauses durch die Nazis am 28.02.1933 informierte,** wird dies deutlich:

In einem weiteren Schreiben, wird darüber informiert, das „mit Rücksicht auf die Vorgänge in Berlin", (es werden Brandstiftungern genannt) die „Sammelstätten der Kommunisten einer ganz besonderen Beobachtung zu unterziehen" sind, da sie „beabsichtigen..." Terrorakte... zu veranstalten." Deshalb sei das Haus zu schließen.

(Zitiert nach Akten HStA Düsseldorf BR 1021-430 – auch die weitere Schilderung ist wenn nicht anders angegeben der Quelle entnommen.)

Mit dem Datum vom 4. März 1933 gibt der **Kriminalkommisar Kaping** einen Bericht über die Durchsuchung aller Räume und einer "Inventuraufnahme".

Am 28.02.1933 wurden im Volkshaus u.a. beschlagnahmt:

28 Tische, 6 große Tische, 221 Stühle, 3 kleine Tische, 5 Schränke, 4 Feldbetten, 1 Musikbühne mit Treppe, 1 Bank, 12 Lampen, 9 Kugellampen, 1 Buffet mit Zubehör, 2 Wandtafeln, 5 Bilder, 1 defekte Stehlampe, 1 Wanduhr, 11 Kleiderleisten, 1 Geldschrank.

Dabei wurde ein Verzeichnis angefertigt, wobei "Sachen, welche dem Verein gehörten, die dem Kulturkartell angegliedert sind" in einem besonderen Raum versiegelt wurden, sie wurden zu dem Zeitpunkt noch nicht der, seit dem 3. März im Heim hausenden SS (Schutzstaffel) übergeben.
In der "Inventuraufnahme", der "Nachweisung über beschlagnahmtes Vermögen staatsfeindlicher Organisationen und Einzelpersonen" wird der geschätzte Wert des "Wohn -, und Wirtschaftsgebäudes, 2 - stöckig, unterkellert" mit 20.000 RM angegeben. Weiter finden sich in der "Nachweisung" Hinweise auf die Ausstattung der Räume, jedoch keine Hinweise auf die "geplanten Terrormaßnahmen" der Kommunisten, wie es ja publiziert worden war, wie Flugblätter oder sogar Waffen und Sprengstoff.
Die Nazis richteten sich nun in dem ehemaligen Volkshaus ein. Kurzzeitig wurde das Haus als "Horst Wessel Haus" bezeichnet, dann wurde es "Hermann Göring Heim" genannt. Hier fand die Führerschule der SA - Standarte 53 ihre Unterkunft.
Während dessen wurde das "Kulturkartell" durch Verfügung des Landrats in Opladen auf Veranlassung des Staatspolizeiamtes Düsseldorf am 2. Juli 1933 als "staatsfeindlich" aufgelöst. Am 14. Dezember 1933 erfolgte auch die Streichung der Genossenschaft aus dem Register des Amtsgerichtes Opladen , wo sie als "Genossenschaft mit beschränkter Haftung" seit dem 7. September 1927 eingetragen war.
Auch das "Vermögen" der Organisation wurde von dem Nazistaat kassiert.
Am 28.02.1933 war der Bestand des Kontos 1779 (Kulturkartell) bei der Sparkasse Leverkusen mit 7,60 RM angezeigt worden. Der Landrat in Opladen machte sich unter dem Datum vom 15. November 1933 bei der Regierung in Düsseldorf dafür stark, die "Einziehung des sichergestellten Betrages anzuordnen". Begründet wurde dies von ihm mit der Feststellung, das "das Kulturkartell Leverkusen in sich sämtliche kommunistischen Nebenorganisationen vereinigte" und somit "dürfte eine Beschlagnahme des bei der Sparkasse in Leverkusen befindlichen Guthabens von 7,60 RM berechtigt sein."
Doch nicht nur materiell wurde dem "Kulturkartell" durch die Nazis Schaden zugefügt. Schlimmer waren der faschistische Terror gegen Mitglieder der Vereinigung.

Einige Mitglieder des "Kulturkartells", die von den Nazis verfolgt wurden:

Josef Fischer	7 Monate Leverkusen in Lüttringhausen
Georg Holdenried	6 Jahre, 9 Monate, Leverkusen, Börgermoor, KZ Sachsenhausen, Hameln
Anton Jurkscheid	2 Monate Wuppertal
Max Müller	15 Monate Inhaftierung, Neusüstrum, Kemna, Düsseldorf Derendorf
Paul Rohmer	12 Monate, Leverkusen, Kemna, Neusüstrum
Arnold Schulz	5 Jahre, Leverkusen, Kemna, Esterwegen, KZ Sachsenhausen
Gertrud Schulz	4 Wochen Leverkusen
Gertrud Schulte	6 Wochen Leverkusen
Rudolf Strauss	11 Jahre, Leverkusen, Börgermoor, Lüttringhausen, KZ Buchenwald

Als Funktionäre und aktive Mitstreiter in der Arbeiterbewegung, als konsequente Antifaschisten, die jahrelang vor dem Faschismus gewarnt hatten, gehörten sie zu den ersten Opfern der Nazis, die nun 12 Jahre lang das Haus - welches unter Mühen und großer Opferbereitschaft von den Arbeitern Leverkusens errichtet worden war - okkupierten.

Wie ein „kommunistischer" Geldschrank – Nazis, Polizei und Beamte auf Trab hielt !

Am 27. August 1935 meldet der Landrat aus Opladen dem Regierungspräsidenten, daß "die Angelegenheit erledigt" sei. Doch nicht ganz, der wies nämlich seine Kasse am 1.10.1935 an, den Betrag von 6.- RM auf den Haushaltstitel "Kap. 23 Titel 60 für 1935" anzuweisen. Was war der Hintergrund dieser - viele Behörden und Beamten in Trab haltenden, jahrelangen - Aktion?
Am 2. März 1933 hatte die Ortspolizeibehörde Leverkusen bei der KPD - die im Volkshaus ein Büro hatte - dort einen Geldschrank beschlagnahmt. "Wegen staatsfeindlicher Einstellung der KPD" wie es hieß und sicherlich auch in der Absicht, die reichlich vermuteten Gelder und eventuelle Geheimpläne für kommunistischen Terror in dem Safe zu finden. Der Wert des Schrankes wurde auf 200 RM geschätzt. Doch - wie daran kommen?
Amtlicherseits wurde nach dem viele Wochen vergangen waren und nachdem der Herr Regierungspräsident verfügt hatte, das der "eingezogene Geldschrank der Staatspolizeistelle in Düsseldorf zum Dienstgebrauch zur Verfügung zu stellen" (1) sei - ein Polizeiinspektor und ein Kriminalkommissar nach Leverkusen gesandt, die zwei teilten zwei Tage später, am 23.11.1933 mit, daß der Geldschrank, da der Schlüssel fehle nur durch Aufschweißung geöffnet werden können, zu dem für seinen vorgesehenen Verwendungszweck "Geheimakten aufzubewahren" zu klein sei und somit die Kosten für die "Aufschweißung, Instandsetzung und Transport von Leverkusen nach Düsseldorf in keinem Verhältnis zu seinem Wert stehe". Damit müsse auf eine "Verwendung des Geldschrankes hier verzichtet werden". (2)
Mit Datum vom 12. Dezember 1938 mischte sich nun auch die "Gauleitung Düsseldorf der NSDAP, Ortsgruppe Leverkusen – Wiesdorf ein. An den Landrat in Opladen wurde die Mitteilung gemacht, das seit der Beschlagnahme der Schrank sich im Besitz der NSDAP befände und da er dringend benötigt werde, solle man den Geldschrank der Nazipartei überlassen.(3)

Fortsetzung Seite 28

Unter dem 2. Februar 1934 wandte sich der Regierungspräsident an den "Preussischen Ministerpräsidenten, Geheime Staatspolizei, Berlin" um ihn von dem Vorgang in Kenntnis zu setzen und auf die "größeren Unkosten" verweisend, die die weitere Behandlung erbringen würde, und um "Entscheidung" bat, "ob der Geldschrank kostenlos der Ortsgruppe Leverkusen der NSDAP belassen werden kann. (4)

Anfang Mai 1934 erhielt der Landrat in Opladen Post vom Regierungspräsidenten, der mitteilte, daß der Preußische Finanzminister, der zwischenzeitlich auch mit der Angelegenheit eines staatsfeindlichen Geldschrankes befaßt worden war, ihn beauftragt habe, "den beschlagnahmten und zugunsten des Preußischen Staates eingezogenen Geldschrank zu verkaufen".

Vom Landrat forderte er - mit Frist bis 20. Mai 1934 - einen Bericht an, "zu welchem Zwecke die Ortsgruppe der NSDAP in Leverkusen den Schrank benutzen will". Weiterhin verlangte er die Auskunft darüber, wenn der Schlüssel fehle und der Schrank aufgescheißt werden müsse, "dürfte er doch für seine Zwecke wertlos sein". (5)

Mit Verspätung - am 6. Juni 1934 - heißt es in der Antwort des Landrates: (6)

„Ueber den bei der K.P.D. in Leverkusen beschlagnahmten Geldschrank hat der Bürgermeister folgendes berichtet:

"Die Beschlagnahme des Geldschrankes der K.P.D. Leverkusen erfolgte im Büro der K.P.D. Das Büro befindet sich in einem Zimmer des früheren K.P.D. - Jugendheimes, jetzige SA.-Führerschule der Standarte 53, Leverkusen-Wiesdorf, Hemmelratherweg 68. Dort selbst steht der Geldschrank auch heute noch. Derselbe ist zweiteilig, hat also 2 Türen, wovon die Schlüssel fehlen. Nach dem Verbleib derselben sind bereits vor Monaten von der Kriminalpolizei Ermittlungen angestellt worden, da sich in dem unteren Teil des Geldschrankes Akten des früheren Kulturkartells befanden, welche in einem hier schwebenden Strafverfahren unbedingt benötigt wurden. Da die Schlüssel nicht ausfindig gemacht werden konnten, ist das Schloss der unteren Tür von einem hiesigen Schlossermeister geöffnet worden. Die obere zweite Tür ist bis jetzt nicht geöffnet worden, da diese nur aufgeschweisst werden kann. Nach den Angaben des Schlossermeisters kann diese Arbeit nur in einer Werkstatt durchgeführt werden. Ausser den Reparaturkosten ist also auch noch mit Transportkosten zu rechnen."

Ein Abschätzungsgutachten, das durch die Bauverwaltung der Stadt Leverkusen eingeholt wurde, ist in der Anlage beigefügt. Hiernach beträgt der Wert des Schrankes ca. 40 - 50.- RM. Die Ortsgruppe Leverkusen der NSDAP., welche den Schrank zur Aufbewahrung von wichtigen Aktenstücken verwenden wollte, tritt zurück, da der Kaufpreis und die sonstigen Unkosten zu hoch sind. Der Leiter der SA.-Führerschule der Standarte 53 ist jedoch bereit, den Geldschrank in seinem jetzigen Zustand für den Preis von 40.-RM zu kaufen. Der Geldschrank soll zur Aufbewahrung von wichtigen Befehlen usw. Verwendung finden.""

Offenbar verfuhr man dann so. Doch im Juli 1934 berichtete der Landrat an den Regierungspräsidenten, daß der Leverkusener Bürgermeister mitgeteilt habe, das der Kaufpreis von 40 RM noch nicht an die Regierungskasse von der SA-Standarte überwiesen worden wäre. (7)

Am 21. September 1934 geht seine Meldung an den Regierungspräsidenten, das der "Leiter der SA-Führerschule in Leverkusen **(Obertruppführer Moll)** von der Polizeibehörde in Leverkusen wiederholt aufgesucht und dringend gebeten worden sei" die 40 RM zu begleichen. "Angeblich" so heißt es da, sei "das Geld bei SA-Standarte 53 in Solingen angefordert", aber bis jetzt noch nicht gezahlt worden. (8)

Den Heiligabend des Jahres 1934 nutzt ein Beamter im Landratsamt in Opladen um dem Herrn Regierungspräsidenten folgendes mitzuteilen: (9)

„Der beschlagnahmte Geldschrank der K. P.D Leverkusen ist seinerzeit von dem Obertruppführer **Moll** der SA.-Führerschule Leverkusen zum Preise von 40.-Rm gekauft worden. **Moll** ist im letzten halben Jahr von der Polizeibehörde in Leverkusen in Abständen von ca. 8 Tagen telefonisch und mündlich aufgefordert worden, den Betrag von 40.- RM einzuzahlen. Obwohl **Moll** in jedem Falle versprach, den Betrag von 40.- RM sobald wie möglich beizubringen, hat er das Geld bisher aber nicht abgeliefert. Inzwischen ist **Moll** als Leiter der SA.-Führerschule abgesetzt worden.

Der jetzige Leiter der SA.-Führerschule Leverkusen, SA.- Truppenführer **Weber,** wurde aufgefordert, für die Einzahlung des Betrages Sorge zu tragen. Er gab an, dass nur die SA. -Brigade Wuppertal-Elberfeld die Mittel bewilligen könnte, wobei er versprach, sich sofort mit der SA.-Brigade in Verbindung zu setzen. Bis heute hat aber auch **Weber** nichts mehr von sich hören lassen.

Es ist kaum zu erwarten, dass von der Sa.- Führerschule der Barbetrag von 40.- RM für den Geldschrank bezahlt wird. Ich habe daher die Polizeibehörde Leverkusen angewiesen, nach anderen Interessenten Umschau zu halten. Ueber das Ergebnis werde ich in Kürze berichten."

Rund dreieinhalb Wochen später wurde in einem "Nachtrag" mitgeteilt, das der fragliche Geldschrank verschiedenen Personen zum Kauf angeboten worden sei, jedoch der Schrank für 40 RM nicht abzusetzen sei. Der Althändler Schott aus Leverkusen hätte sich bereit erklärt, den Geldschrank als Schrott - für 2 Pfennig pro Kilo - aufzukaufen. Da jedoch das **"Gewicht des Geldschrankes noch nicht feststeht, kann auch der Gesamtpreis noch nicht angegeben werden".** Der Regierungspräsident wurde um Entscheidung gebeten, ob der Geldschrank als Schrott verkauft werden könne. (10)

Der entschied dann, daß eine Besichtigung an Ort und Stelle vorzunehmen sei. Diese fand dann am 8. Februar 1935 - in dem - nun von den Nazis seit fast zwei Jahren okkupierten ehemaligen Volkshaus statt. Am 13. Februar teilte er die Vereinbarung mit: "Der Geldschrank wird", und da er offensichtlich durch seine Erfahrungen gewarnt war, fügte er hinzu, "falls die Fa. Pelz, die ihn hergestellt hat, einen Schlüssel nachliefern kann, dem Landratsamt in Opladen zum Dienstgebrauch überweisen." (11)

Der Opladener Landrat setzte nun am 25. März 1935 den Regierungspräsidenten mit folgendem Text ins rechte Bild: (12)

„Bei den örtlichen Verhandlungen am 8.2.1935 wurde vorgesehen, dass der Geldschrank gegebenenfalls für die Staatliche Abteilung des Landratsamtes Verwendung finden sollte. Zur Wiederherstellung der Verwendungsfähigkeit muss der Schrank von einem Fachmann der Firma **Peltz** geöffnet werden. Es entstehen dadurch nach Angabe der Firma etwa 70.- RM Unkosten, wozu dann noch die Transportkosten von Leverkusen nach Opladen kämen. Ob der Betrag von 70.- Rmk hinreichen wird, konnte mir die Firma **Peltz** noch nicht genau sagen. Es wurde mir erklärt, dass vor allen Dingen auch ein neues Schloss in den Schrank hineingebaut werden müsse. Unter diesen Umständen bitte ich von der Uebereignung des Schrankes an die Staatliche Abteilung abzusehen und zu genehmigen, dass der Schrank, da andere Abnehmer nicht zu ermitteln sind, dem Althändler **Schott** zu einem Schrottpreis überlassen wird. Ich nehme dieserhalb auch Bezug auf meinen Bericht vom 17.1.1935 - St.A.232-10-. Inzwischen wird mir nach einer Mitteilung des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin ein Panzerschrank von Amtswegen geliefert."

Offenbar gestreßt - würde man heute sagen - wurde eine Einigung angestrebt, hatten sich doch schon über zwei Jahre die verschiedensten Dienststellen mit einem kommunistischen Geldschrank befassen müssen, wobei angemerkt werden soll, daß auch noch immer eine Anerkennungsgebühr, so hieß es in den Schreiben - für weitere beschlagnahmte Sachen seitens der Regierung verlangt wurde, die dann in Höhe von 10 RM von der Stadt Leverkusen auf die Regierungskasse am 24. April 1935 eingezahlt wurde. (13)

Doch zurück zum Geldschrank. Mit einem dicken Stempeldruck **"Sofort"** wird der Herr Regierungspräsident am 10. August 1935 über folgendes informiert: (14)

„Die zunächst vorgesehene Ueberlassung des Geldschrankes an den Althändler **Schott** ist insofern auf Schwierigkeiten gestossen, als Schott den Abtransport aus der 1. Etage des Hermann-Göring-Heims infolge des Gewichtes des Schrankes und der damit verbundenen Gefahr für die Transportarbeiter nicht glaubte vornehmen zu können. Auf der Suche nach einem anderen Abnehmer meldete sich schliesslich wieder die SA. und erklärte sich bereit, den Schrank zum Schrottpreis zu übernehmen. Jedoch zögerte auch die SA. mit dem Abtransport und mit der Bezahlung des sich aus dem Gewicht des Schrankes ergebenden Schrottpreises.

Um die Angelegenheit endgültig zum Abschluss zu bringen, habe ich die Polizeibehörde in Leverkusen angewiesen, den Schrank nunmehr dem Althändler **Schott** zu überlassen, sofern die SA. nicht

binnen 3 Tagen den Schrank übernimmt, abtransportiert und den fälligen Betrag zahlt. Dabei werden dem Althändler Schott gegebenenfalls Arbeitskräfte von der Stadt zur Verfügung gestellt werden."

Dann endlich am 27. August 1935 - man liest die Erleichterung aus den Zeilen - das die "Angelegenheit erledigt" sei – kann der Landrat dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf die frohe Kunde übermitteln, das der 300 Kilogramm schwere Geldschrank zum Preis von 6. RM an den Schlossermeister **Grein** verkauft wurde.

Nach über zwei Jahren Arbeit von vielen Beamten wurde die Regierungshauptkasse um 6 RM "reicher".

Anmerkungen:

1. Brief des Regierungspräsidenten Düsseldorf an Landrat in Opladen vom 21.November 1933 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf BR 1001/435 I - 75 Nachfolgend: HStA D
2. Brief der Staatspolizeistelle beim Regierungspräsidenten Düsseldorf an den Geschäftsbereich I C im Hause vom 23.November 1933 HStA D Br 1001/435 I - 76
3. Brief der NSDAP Gauleitung Düsseldorf an den Landrat in Opladen vom 12. Dezember 1933 Ortsgruppe Leverkusen HStA D Br 1001/435 I - 77
4. Brief Regierungspräsident Düsseldorf an Preußischen Ministerpräsident, Geheime Staatspolizei, Berlin vom 2.Februar 1934 HStA D Br 1001/435 I - 79
5. Brief Regierungspräsident Düsseldorf an Landrat Opladen vom 3.Mai 1934 HStA D Br 1001/435 I - 82
6. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf vom 6. Juni 1934 HStA D Br 1001/435 I - 83
7. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf vom 17.Juni 1934 HStA D Br 1001/435 I - 84
8. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf vom 21. Sept.1934 HStA D Br 1001/435 I - 85
9. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf vom 24. Dez.1934 HStA D Br 1001/435 I - 86
10. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf vom 17. Jan. 1935 HStA D Br 1001/435 I - 87
11. Vermerk Regierungspräsident vom 13. Februar 1935 HStA D Br 1001/435 I - 88
12. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf 25. März 1935 HStA D Br 1001/435 I - 89
13. Vermerk Regierungspräsident Düsseldorf vom 24.April 1935 HStA D Br 1001/ 435 I - 91
14. Brief Landrat Opladen an Regierungspräsident Düsseldorf vom 10. Aug. 1935 HStA D Br 1001/ 435 I - 93

Der Regierungs-Präsident Tg 1506/2.2.34 79

Aktenzeichen: I C 3404/Rhein-Wupper 71c. Düsseldorf, den 2. Februar 1934

Bei der Antwort wird Angabe des obigen Aktenzeichens erbeten.

Regierungshauptkasse: Reichsbankgirokonto Postscheckkonto Essen 147

Postfach Fernruf 36011

An
den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten
Geheime Staatspolizei
Berlin SW 11
Prinz-Albrechtstraße 8

6 FEB 1934

Betrifft: Abgabe eines eingezogenen Geldschrankes an die NSDAP.

Ohne Erlaß.

Berichterstatter: Landrat i.e.R. Dr.v.Busse.

.....

Die NSDAP., der Ortsgruppe Leverkusen, hat hier den Antrag gestellt, ihr den bei der KPD., Ortsgruppe Leverkusen beschlagnahmten Geldschrank zu überlassen. Der Geldschrank ist von mir durch Verfügung vom 8.11.1933 - I C 3404/ K.P.D. (veröffentlicht im Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 265 vom 11.11.1933) zugunsten des Preußischen Staates eingezogen worden.

Es handelt sich um einen kleinen Geldschrank, zu dem der Schlüssel fehlt. Die Herstellungsfirma des Schrankes ist nicht festzustellen. Der Schrank müßte, da er verschlossen ist, zunächst aufgeschweißt werden. Eine Verwertung des Schrankes wird nur mit größeren Unkosten verknüpft sein. Die Kosten für Aufschweißung, Instandsetzung und Transport würden den Wert, der in der Nachweisung nach Muster A mit 200 RM angegeben ist, weit übersteigen.

Ich bitte um Entscheidung, ob der Geldschrank kostenlos der Ortsgruppe Leverkusen der NSDAP. belassen werden kann. Von mir wird der Antrag befürwortet.

In Vertretung:
gez.Bachmann.

Beglaubigt:
Rep.

Die Moorsoldaten

Wohin auch das Auge blicket,
Moor und Heide nur ringsum.
Vogelsang uns nicht erquicket,
Eichen stehen kahl und krumm.
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten
ins Moor.

Hier in dieser öden Heide
ist das Lager aufgebaut,
wo wir fern von jeder Freude
hinter Stacheldraht verstaut.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Morgens ziehen die Kolonnen
in das Moor zur Arbeit hin.
Graben bei dem Brand der Sonne,
doch zur Heimat steht ihr Sinn.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Heimwärts, heimwärts jeder sehnet,
nach den Eltern, Weib und Kind.
Manche Brust ein Seufzer dehnet,
weil wir hier gefangen sind.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Auf und nieder gehn die Posten,
keiner, keiner kann hindurch
Flucht wird nur das Leben kosten,
vierfach ist umzäunt die Burg.
Wir sind die Moorsoldaten ...

Doch für uns gibt es kein Klagen,
ewig kann's nicht Winter sein.
Einmal werden froh wir sagen:
Heimat, du bist wieder mein.
Dann ziehn die Moorsoldaten
nicht mehr mit dem Spaten
ins Moor!

Das Lied entstand im KZ Börgermoor, wo auch Leverkusener Antifaschisten in haftiert waren. Mitverfaßt und bekannt gemacht hatte es der Düsseldorfer Schauspieler Wolfgang Langhoff.

Wer waren die Opfer, die Toten durch den Faschismus in Leverkusen ?

Im Archiv der VVN – Bund der Antifaschisten befindet sich eine Liste mit 97 Namen aus Leverkusen (ohne Opladen) von Widerstandskämpfern, rassisch und religiös Verfolgten, worin auch Angaben über die Haftdauer zu finden sind. In einer weiteren Liste sind die Toten des braunen Terrors aus Leverkusen vermerkt, diese Opfer waren:

Heinrich Auweiler, Das Rheindorfer KPD-Mitglied lebte seit 1933 illegal in Berlin und betätigte sich im Widerstand unter dem Decknamen "Arnold" in Berlin und Süddeutschland. Im Alter von 30 Jahren - und in Folge der erlittenen Verfolgungen - verstarb er am 2. April 1938 in Zürich.

Heinrich Assenmacher, nach seiner "Schutzhaft" im KZ Esterwegen, verstarb er nach 15 Monaten qualvoller Haft im Jahre 1937 im KZ Sachsenhausen.

Adolf Badler, wurde als rassich verfolgter Mensch im Lager Bergen-Belsen ermordet, ebenso],

Sophie Badler, im KZ Bergen-Belsen (beide kamen nach Eva Wolff in Sobibor um)

Gressler, der Ratskellerwirt wurde 1933 im "Ratskeller" von einem SA-Mann erstochen.

Ernst Hahn, der Hitlergegner war denuziert und von der Gestapo wegen seiner Äußerungen ins KZ Sachsenhausen eingeliefert worden, wo er 1944 verstarb.

Wilhelm Hänseler, der Wiesdorfer Kommunist wurde wegen seiner politischen Einstellung zum Strafbattalion 999 eingezogen und ist 1944 in Jugoslawien umgekommen.

Josef Hoech, der Wäschereivertreter wurde mehrfach von der Gestapo festgenommen. Seit März 1945 wird er vermißt.

Fritz Josat, ist im April 1945 - als Nazigegner bekannt - in der Nähe seiner Wohnung von HJ-Mitgliedern erschossen worden.

Franz Kail, der am 30.November 1886 in Österreich (Mondsee bei Salzburg) geborene, kam 1922 nach Schlebusch, wo er aktiv in den Arbeiterorganisationen (Gewerkschaft, u.a.) wirkte. Als Mitglied der KPD war er im Gemeinderat von Schlebusch und Abgeordneter des Kreistages in Solingen. Die Faschisten klagten ihn 1933 des "Hochverrats" an - jedoch es kam zu keiner Verurteilung. Im November 1937 kam es zu einer erneuten Anklage, wobei auch hier eine Bestrafung ausblieb. Im April 1938 wurde sein Verfahren wiederaufgenommen, auf legalem Wege wanderte er dann nach Holland aus. In Amsterdam und Hilversum wurde von einem Hilfskomitee unterstützt und nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in das neutrale Holland, lebte er weiter bei der solidarischen sozialdemokratischen Familie NOORDA in Hilversum. Am 22.März 1941 wurde FRANZ KAIL verhaftet und am 6.Juni 1941 ins Polizeigefängnis Düsseldorf eingeliefert. Von dort wurde er in KZ Sachsenhausen überführt, wo er am 13.Mai 1942 sein Leben ließ.
>> An diesen kommunistischen Kommunalpolitiker erinnert in Schlebusch die dortige "Franz Kail-Strasse". <<

Edith Kindervater, die rassisch Verfolgte verstarb 1938 in Köln im Lager Müngersdorf.

Wilhelm Köller, war nach einer Denunziation als Hitlergegner ins KZ Sachsenhausen eingeliefert worden, wo er m 26 Januar 1939 umkam.

Ernst Loth, wurde im Lager Lublin 1944 umgebracht.

Fritz Schulte, der Antifaschist und Wiesdorfer Politiker emigrierte über Paris und Prag in die Sowjetunion, wo er dann in einem Straflager umkam - siehe dazu biographische Notizen auf Seite 19.

Frida Schulz, die Bibelforscherin ließ noch 1945 ihr Leben im KZ Ravensbrück.

Max Schroer, ein Sportler wurde am 7. August 1936 (in Berlin huldigte man den Olympischen Spielen) von einem SA-Mann erstochen.

Karl Sieger, der Antifaschist wurde 1945 im Keller seiner Wohnung von der Feldgendarmerie erschossen.

Otto Simon, als rassisch Verfolgter 1942 im KZ Auschwitz-Birkenau umgekommen.

Theodor Schmidt, ein Arbeiterfunktionär, der besonders im sozialen Bereich aktiv war und auf der Heidehöhe wohnte, wurde am 13. April 1945 in der Wenzelnberg-Schlucht bei Langenfeld mit weiteren 70 Häftlingen ermordet.

Leo Rosenthal, Dr., der weltbekannte Chemiker bei den IG Farben/Bayer war im Dezember 1938 fristlos entlassen worden. Mehrfach verhaftet und verhört, suchte er nach Ablehnung der Auswanderung den Freitod.

Käthe Rosentahl, nach dem Tod ihres Mannes verzog sie nach Opladen, wurde später nach Polen zwangsverschickt, seitdem gilt sie als vermißt.

Günther Weyer, wegen Unterstützung jüdischer Flüchtlinge wurde er von einem Feldgericht in Ungarn verurteilt und standrechtlich erschossen.

Soweit aus der Liste der VVN, die Ende der fünfziger Jahre erstellt wurde und die den Kenntnisstand jener Jahre wieder-gibt.

Ein Opfer war auch der polnische "Fremdarbeiter" **MARION BOLONSKI**, der angeblich wegen Beziehungen zu einem deutschen Mädchen im Reuschenberger Wald – November 1942 erhängt wurde. Er war wie viele, als Zwangsarbeiter in der Farbenstadt zur Arbeit gepresst worden.

Und der junge **Günter Wehrmeister**, der nicht mehr als Soldat verheizt werden wollte, und deswegen am 19. März 1945 von Faschisten in der Nähe von Schloß – Morsbroich standrechtlich erschossen wurde, gehört auch zu diesen Opfern und Toten.

Nachfolgend soll stellvertretend für die Naziopfer der damals selbstständigen Stadt Opladen - die seit der kommunalen Neugliederung 1974 zu Leverkusen gehört - erinnert werden an:

Fritz Vollerthun, wurde am 1. März 1903 in Elbing geboren, kam ins Rheinland arbeitete als Schweißer. In Opladen war er Funktionär der KPD und wurde von der Bevölkerung ins Stadtparlament gewählt. Nach der "Machtergreifung" lebte er illegal, wurde im Februar 1934 verhaftet und wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 2 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach der Haftentlassung betätigte er sich weiter als Antifaschist. Durch eine Denunziation einer Opladenerin wurde er Silvester 1942 erneut verhaftet und vom sogenannten Volksgerichtshof in Berlin wegen "Abhören von Feindsendern, Verbreitung von Nachrichten, kommunistischer Propaganda - und Hetzreden" am 16. Mai 1943 zum Tode verurteilt. Nachdem der Landrat des Rhein-Wupper-Kreises die Befürwortung eines Gnadenerweises abgelehnt hatte, wurde er am 11.10.1943 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Auf einen Bürgerantrag antwortend - der u.a. die Ehrung dieses Kommunalpolitikers aus Opladen vorschlug - teilte die Stadt Leverkusen mit, daß man die "isolierte Würdigung einer einzelnen Person des Widerstandes" -angesichts der Quellenlage für wenig sinnvoll- halte. Wieso **??????**

Die Verfolgten des Naziregimes - besonders die VVN - bemühte sich das ehrende Gedenken an die Naziopfer auch als Mahnung für den aufkommenden Neofaschismus der fünfziger und sechziger Jahre wachzuhalten. Im Juli 1968 machte die VVN Leverkusen in einer Pressemitteilung bekannt, das der Rat der Stadt Leverkusen einen "vorbildlichen Beschluß" gefaßt hätte. Ein Antrag der VVN-zwecks Aufstellung eines Gedenksteins für die Opfer des Naziregimes- wurde beraten und einstimmig angenommen. "Mit der Aufstellung dieses Gedenksteines" so heißt es in der VVN-Mitteilung, "wird ein langjähriger Wunsch aller noch lebenden Naziopfer in Leverkusen, seine Erfüllung finden. Der Gedenkstein wird folgend Inschrift tragen: "Den Opfern der Gewaltherrschaft 1933 - 1945 zum Gedenken".

Seit jener Zeit steht der Mahn- und Gedenkstein auf dem Manforter Friedhof.

Zu den Toten gehören nicht zuletzt, auch die im Buch von Eva Wolff genannten jüdischen Bürger, die nach Deportationen in die Vernichtungslager der Nazis umkamen.

1945 in Leverkusen

> Erinnerungen der Ehrenvorsitzenden der Kulturvereinigung Leverkusen e. V.

Cilly Müller <

Aufgezeichnet 1995

„Wenn ich an die Zeit des Kriegsendes zurückdenke, dann gehen mir viele Dinge durch den Kopf, die man ja damals sehr intensiv erlebt hat. Ich glaube, damals empfanden viele Menschen bei Ende des Krieges ein großes Aufatmen, viele fühlten sich befreit - auch wenn sie nicht wussten wie es weiter gehen sollte.

In Leverkusen endete die Naziherrschaft am 15./16. April. Daran muss ich zuerst denken, wenn ich mich fünfzig Jahre nach der Befreiung von Krieg und Faschismus erinnere. Und dann denke ich natürlich daran, dass es gerade auch die Leverkusener Arbeiterschaft war, die von Anfang an gegen die Faschisten kämpften, ich möchte nur an den Streik bei Eumuko Anfang 1933 **(2)** erinnern.

Und ich denke daran, was uns und Millionen Menschen in vielen Ländern erspart geblieben wäre, wenn der Machtantritt der Nazis hätte verhindert werden können. Dann wäre auch **Günter Wehrmeister** am Leben geblieben. Fanatische deutsche Faschisten haben ihn am 19. März 1945 in der Nähe von Schloß Morsbroich erschossen, sein Freund wurde schwer verletzt. Die jungen Männer hatten offensichtlich keine Lust sich noch in der Endphase der zusammenbrechenden Naziherrschaft **„verheizen"** zu lassen. **(3)**

Und ich erinnere mich auch daran, dass auch andere keine Lust mehr hatten, den Krieg zu verlängern. Da waren z.B. bei der Firma Wuppermann Soldaten untergebracht, die dort Panzer reparieren sollten. In den Frühjahrstagen 1945 äußerten sie unverblümt ihre Meinung, dass der Krieg verloren sei und sie nichts mehr reparieren würden. Auch in dem Haus, wo ich damals wohnte, - auf der Friedrichstraße -, hatten die meisten keinen Glauben mehr an den **„Endsieg"**. Dabei waren es besonders die Frauen, die wenig Sympathie für die Nazis zeigten. Sie waren es auch, die in unserem Haus weiße Betttücher raushingen, als die amerikanischen Kampftruppen - trotz der sinnlosen, am Tag vorher erfolgten Sprengungen der Autobahnbrücken, sogar die kleine Dhünnbrücke war gesprengt worden - in Leverkusen einrückten. **(4)**

Nach und nach erschienen auch in den anderen Häusern unserer Straße weiße Fahnen. Allerdings- und das möchte ich auch erwähnen - gab es auch manche Frau, die während der Nazizeit sich als **"treue Volksgenossin"** gab - nun beim Einmarsch der Amerikaner aber nichts mehr davon wissen wollte. Jetzt versteckten sich auch stadtbekannte Nazis oder sie ergriffen die Flucht, **der Manforter Nazi – Ortsgruppenleiter Josef Wipperfürth** erschoss sich auf der Rathaustreppe. **(5)**

Es geschah es auch, dass amerikanische Besatzungssoldaten bei solchen Leverkusenern, die sie als Nazis ansahen, in Wohnungen eindrangen und Möbel und andere Wohnungsgegenstände aus dem Fenster warfen.

Die Antifaschisten begannen sofort den demokratischen Neuaufbau zu organisieren. Bereits am 3. Mai 1945 hatte sich bei den IG Farben – Werken ein Betriebsrat gebildet **(6)** der konkrete Forderungen aufstellte, wie die Situation der arbeitenden Menschen verbessert werden könnte. Unter den Betriebsräten befand sich der Kommunist **Georg Holdenried.**

Auch bei der Firma Wuppermann hatte sich ein Betriebsrat gebildet, dort war der Kommunist **Josef Kromm**, Betriebsratsvorsitzender. **(7)**

Überhaupt bildeten sich damals in vielen Betrieben von Leverkusen und Opladen - damals war der heutige Leverkusener Ortsteil ja noch selbständige Kreisstadt - Betriebsvertretungen, wo Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, gemeinsam nach Möglichkeiten der Überwindung der Probleme suchten, die der Faschismus verschuldet und hinterlassen hatte.

Wir Frauen wirkten dabei auch mit. Nachdem die Nazis unser Heim, welches wir in den dreißiger Jahren errichtet und am 21. März 1931 eingeweiht hatten, im März 1933 uns klauten nun fluchtartig verlassen hatten, konnten die ehemaligen Vorstandsmitglieder des "Proletarischen Kulturkartells" **Josef Fischer** und **Heinrich Pauly** sowie **Arnold Schulz** glaubhaft machen, das sie die Eigentümer des Hauses waren. Die Besatzungsmacht akzeptierte dies. Wir Frauen richteten dort eine Nähstube ein, wo wir aus Restpostenstoffen Kinderkleidung nähten. Auch zu Hause nähte ich.

"In den Jahren 1933 bis 1945 fanden 21 Bürgerinnen und Bürger Leverkusens den Tod durch Nazimord: In Konzentrationslagern, Gefängnissen, Gestapokellern oder auf den Straßen der Stadt. Sie wurden erschossen, vergast, erhängt oder totgeschlagen. Viele Mordtaten der Nazis aus dieser Zeit an Leverkusener Demokraten sind bisher ungesühnt geblieben. So blieb der Mord an dem Fremdarbeiter **Marion Bolonski,** der angeblich wegen Beziehungen zu einem deutschen Mädchen im Reuschenberger Wald erhängt wurde. Polizeibeamte und SA-Leute waren bei der Ermordung zugegen. Aber Grabstätte und Gebeine des Erhängten konnten bis heute nicht gefunden werden.

Im Keller seiner Wohnung wurde der **Antifaschist Sieger** erschossen. Unter den Kugeln der Nazimörder starb in der Nähe seiner Wohnung der **Arbeitersportler Fritz Josat.** Von einem SA-Mann erstochen wurde der **Wirt des Ratskellers, Gressler.** Das gleiche Schicksal erlitt der **Sportler Schroer.** Der weltbekannte Chemiker der Bayerwerke, **Rosenthal,** beging angeblich nach seiner Verhaftung Selbstmord. Aber bei seiner Beisetzung waren Gestapo-Leute auf dem Friedhof, um eine Öffnung des Sarges zu verhindern.

Der SS-Bandit Elkemann Reusch erschoss einen Antifaschisten in einer Gaststätte. Wie gesagt, alle diese Mordtaten blieben bislang ungesühnt.

Inhaftiert und zum Teil verurteilt wurden von **1933 bis 1945** in Leverkusen **197 Personen**, unter ihnen **27 Frauen** und **7 Kinder unter 14 Jahren.**

Zusammengezählt verbrachten sie mehr als 300 Jahre hinter Kerkermauern und Stacheldrahtzäunen des "Dritten Reiches". Die Zahl der im Krieg nach Leverkusen verschleppten Männer, Frauen und Jugendlichen aus der Sowjetunion, aus Polen und anderen Ländern konnte bisher nicht genau festgestellt werden.

Jedenfalls fanden mindestens **190 dieser Zwangsverschleppten auf dem Friedhof in Leverkusen-Manfort ihre letzte Ruhestätte.**

Dank der Aktivität der VVN wurde für diese Naziopfer inzwischen eine würdige Ehrenstätte auf dem Friedhof errichtet." (1)

Eine Episode fällt mir dabei ein.

Wenige Tage nach der Befreiung erschienen bei mir in der Wohnung zwei russische Frauen, die als Zwangsarbeiterinnen in Leverkusen schuften mussten, und nun auf ihre Heimreise warteten. Sie brachten Stoff mit und baten mich, ihnen daraus Kleider zu machen, was ich dann auch tat. Als **"Lohn"** brachten dann die beiden Frauen amerikanisches Weißbrot - welches sie wahrscheinlich bei der Befreiung von US-Soldaten bekommen hatte - mit. Dieses Brot war eine Bereicherung für unseren kargen Speisezettel. Ich habe mich damals darüber gewundert wie die Frauen an meine Adresse gekommen waren. Offensichtlich wussten sie, dass man in der Zeit des Faschismus menschlich gehandelt hatte, dass man Antifaschistin war. Übrigens hört sich dass mit dem Schneidern einfach an - jedoch was gab es alles für Probleme. Man setzte halt vorhandene Materialien ein, denn irgendwo schnell was kaufen, weil irgendwas fehlt, das ging ja damals nicht. Das waren die vielen **"kleinen"** Schwierigkeiten, mit denen man zu tun hatte. Daneben waren solche Fragen, wie es weiter gehen würde in Deutschland, ob die Verantwortlichen aus Gesellschaft und der Wirtschaft, die das Elend und Chaos verschuldet hatten zur Rechenschaft gezogen würden, ob die Betriebe wieder in Gang kamen und die Arbeiterschaft mitbestimmen konnte, ob ein neues demokratisches Leben entstehen könnte u.v.a. Fragen im Mittelpunkt der Erörterungen der antifaschistischen Kräfte - und dies über Parteigrenzen hinweg.

Wie schon geschildert, hatten die Nazis in Leverkusen und der Umgebung mancherlei Verbrechen begangen. Wenige Stunden vor der Befreiung wurden einige Kilometer von hier, am **Wenzelnberg** bei **Langenfeld**, **71 Menschen** - Insassen aus bergischen Haftanstalten, darunter langjährige Widerstandskämpfer **(8)** von der Gestapo ermordet. Dieser **Massenmord** vom **13. April 1945** wurde bekannt - Solinger Nazis mussten die Leichen ausgraben, weil sie vor dem Ohligser Rathaus beigesetzt werden sollten - und wir gingen von Leverkusen aus zum Wenzelnberg, um dort die Mordstätte in einen sauberen und ehrenvollen Zustand zu bringen. Später waren gerade auch die **VVN - Mitglieder** aus dem **Rhein-Wupper-Kreis** und **Leverkusen** diejenigen, die sich für die Errichtung einer Gedenkstätte einsetzten. **(9)**

Einen wichtigen Beitrag leisteten die Antifaschisten auch in der Gründung von Gewerkschaften, die sie als Einheitsgewerkschaften verstanden. Im August 1945 trafen sich in Opladen Gewerkschafter um die Gründungen vorzubereiten. **(10)**

Am 2. September wurde in Leverkusen und einen Tag später in Opladen die Einheitsgewerkschaft gegründet. **(11)** Auf einer Versammlung im September im Opladener Landratsamt bildete sich die Kreisgewerkschaft. **(12)**

Unsere Genossen wie **Artur Jakobs** - der spätere langjährige DGB-Kreisvorsitzende, der allerdings in den fünfziger Jahren aus der KPD austrat, wie **Arnold Schulz** waren aktiv beteiligt. In dem Zusammenhang möchte ich auch an unseren Genossen **Hugo Paul** erinnern - der aus Wermelskirchen kam und später Wiederaufbauminister des Landes Nordrhein-Westfalen war - der aktiv an der Initiierung der Gewerkschaften in unserem Gebiet beteiligt war. **(13)**

So wie am Aufbau der Einheitsgewerkschaft - die übrigens sich **"Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Bezirk Rhein-Wupper"** nannte **(14)** - waren unsere Genossen auch auf kommunaler Ebene rührig, um demokratische Selbstverwaltungsorgane zu schaffen. Hier möchte ich nur anfügen, dass damals - neben **Arnold - Georg Schmitz, Josef Peter Büchel, Johann Kromm, Georg Holdenried** und **Erich Hartkopf** - der stellvertretender Bürgermeister war - sich um das in gang bringen, um demokratische, antifaschistische Verhältnisse in Leverkusen verdient gemacht haben. In Opladen waren die Kommunisten ebenfalls in der Gemeinde aktiv. **Andreas Hollinger** ist hier zu nennen, der auch auf der Gründungsversammlung der KPD Opladen im Oktober 1945 sprach. Die KPD in Leverkusen wurde auch im Oktober 1945 gegründet. **(15)**

Ich selber war übrigens auch kommunalpolitisch tätig. Als Bürgervertreterin der KPD - dies war damals möglich - wirkte ich im Bau- und Schulausschuss der Stadt mit. Hier lernte ich auch die **Freidemokratin Bertha Middelhauve** kennen, nach der jetzt nach einem Bürgerantrag von Leverkusener Frauen, eine Straße benannt werden soll.

Als vor fast dreißig Jahren hier in der Stadt eine Diskussion über Straßennamen geführt wurde, hat **Arnold Schulz** angeregt, Straßen nach **Heinrich Pauly** und **Heinrich Fischer** zu benennen. Er begründet dies damit, dass sie langjährige Stadtverordnete bis 1933 waren, von den Nazis verfolgt und inhaftiert wurden und weil sie nach 1945 ihre ganze Kraft einsetzten für den Aufbau einer neuen demokratischen Stadtverwaltung. **(16)** Bis heute erinnert leider kein Straßennamen an diese beiden Männer der **"ersten Stunde"**. Ebenso wie im Stadtteil Opladen kein Hinweis auf den antifaschistischen Schriftsteller **Günther Wiesenborn** - er verbrachte seine Jugendjahre in Opladen - zu finden ist. Durch einen Bürger-antrag eines Genossen aus der Parteigruppe im vorigen Jahr soll dies - so beschloss der Rat der Stadt anders werden. **(17)** Allerdings ist bisher nicht viel geschehen. In diesem Jahr hat der Genosse einen neuen Bürgerantrag gestellt, **(18)**

Aus dem Nachruf der Kulturvereinigung:

Cilly Müller

Am 1.August 1907 geboren, hat sie als einfache Frau, als Arbeiterin immer ihren "Mann" gestanden.

Schon früh in der Leverkusener Arbeiterbewegung aktiv, prägte sie in der Weimarer Republik als KPD-Mitglied, als Naturfreundin, als Arbeitersamariterin und Amateurkulturschaffende das gesellschaftliche und politische Leben in der Farbenstadt mit. Nicht zuletzt deswegen, war sie auch eine derjenigen, die Anfang der dreißiger Jahre von der IG Farben/Bayer-Direktion gemaßregelt und entlassen wurde.

Ihre gradlinige Überzeugung - für eine Gesellschaft zu streiten, in der Ausbeutung, Hass und Krieg unbekannt sind - konnte auch der Faschismus nicht zerstören.

Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus gehörte sie nach 1945 zu den Frauen der ersten Stunde, die in Leverkusen den geistigen und materiellen Schutt, den die Nazis und die sie fördernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen hinterlassen hatten, zu beseitigen.

Als Mitglied der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und der KULTURVEREINIGUNG Leverkusen e.V. (deren Vorstand sie jahrelang angehörte) stellte sie sich in den Dienst der Vermittlung der Lehren aus der Geschichte. So war sie Zeitzeugin in Leverkusener Schulklassen, um über ihre Erlebnisse aus der Zeit 1933 bis 1945 in der Farbenstadt zu berichten. Und als in den achtziger Jahren EVA WOLFF mit den Arbeiten an dem Buch "Leverkusen im Nationalsozialismus" begann, gehörte sie zu jenen Informanten, die wichtige Hinweise auf die Geschichte Leverkusens in dieser Periode geben konnte, wovon die vielen Hinweise des Anmerkapparats im Buch Auskunft geben.

Bis zu ihrem Lebensende nahm sie regen Anteil an den antifaschistischen Aktivitäten, wirkte bei Veranstaltungen mit.

Als Kommunistin war sie nach dem KPD-Verbot auch Repressionen ausgesetzt. So wurden juristische Schritte gegen sie eingeleitet, als sie 1958 zur Landtagswahl kandidierte. 1968 gehörte sie zu den Mitbegründern der DKP in unserer Stadt. Bis ins hohe Alter stellte sie sich als Mitarbeiterin der KARL LIEBKNECHT-SCHULE - der Bildungs- und Begegnungsstätte der DKP zur Verfügung.

Ihr ereignisreiches, kampferfülltes Leben vollendete sich am 22. November 2000.

der - unter dem Generalthema **"50. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus"** - dies noch mal in Erinnerung ruft und weitere Aktionen fordert. Die Stadt teilte mit, das einige Ideen umgesetzt würden. Man wird nun sehen, wie!

Ich meine, es ist doch bezeichnend für den Umgang mit dem Faschismus, mit dem Widerstand dagegen, dass man so damit umgeht. Dazu gehört auch jene Erfahrung vor einigen Jahren, wo man uns Antifaschisten - anlässlich eines Gedenktages - nicht zu einer städtischen Veranstaltung einlud. Wir haben daraufhin vor dem Saal demonstriert und deutlich gemacht, wie hier mit Männern und Frauen des Arbeiterwiderstandes, mit Männern und Frauen der **"ersten Stunde"** umgegangen wurde. Dies zu ändern ist auch heute noch angesagt - nicht nur um der Ehre der toten Antifaschisten, sondern auch um die Zukunft der Jugend willen, die angesichts neofaschistischen und ausländerfeindlichem Terror (in unserer Nachbarstadt Solingen ließen 5 Menschen dadurch ihr Leben) - wissen müssen, welche Kräfte den Faschismus trugen, wer Widerstand leistete, wer nach 1945 Schlussfolgerungen zog und wer heute versucht diesen Tag der Befreiung umzumünzen in einen Tag der Trauer. Diese Gedanken gehen mir durch den Kopf, wenn ich zum **8. Mai 1945** angesprochen werde.

Es gäbe noch vieles anzusprechen, aber eins möchte ich abschließend sagen, eine friedliche Zeit, für die ich mich immer eingesetzt und dafür gelebt habe, ist noch nicht angebrochen."

Aus dem Aufruf zur Gewerkschaftsgründung im Rhein-Wupper-Kreis September 1945 :

Die Macht des Faschismus ist mit dem Sieg der alliierten Armeen über Hitlerdeutschland zerbrochen. Dem deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten wird das Selbstbestimmungsrecht zurückgegeben. Die Bildung Freier Gewerkschaften auch im Rhein-Wupper-Kreis steht bevor. Wir werden eine Organisation schaffen, die in allen Fragen des Wiederaufbaues Deutschlands mitbestimmen wird. Die neue gewerkschaftliche Organisation wird darüber wachen, dass die ungeheure Schuldenlast, die uns das Hitlerregime hinterlassen hat und die ebenso gewaltigen Lasten, die uns die Wiedergutmachung aufbürdet, nicht allein auf unseren Schultern abgeladen werden, sondern dass eine gerechte Verteilung derselben stattfindet, dergestalt, dass die Reichen und Kriegsgewinnler stärker zur Wiedergutmachung herangezogen werden als die wirtschaftlich Schwachen...

Gewerkschaftliche Einheitsorganisation, aufgebaut auf demokratischer Grundlage, lautet unsere Parole.

Sie soll alle umfassen, mögen sie nun vor 1933 Freigewerkschaftler, Mitglied christlicher Gewerkschaftsorganisationen oder anderer gewerkschaftlicher Vereinigungen gewesen sein. Denn dies ist die überzeugende Lehre der letzten 12 Jahre; nur weil die Arbeiterklasse zersplittert und uneinig war, konnte Hitler siegen und seine blutige Diktatur aufrichten und eine Politik betreiben, die konsequent zum Zweiten Weltkrieg geführt hat. Aus dieser Erkenntnis wollen wir lernen. Niemals mehr soll es unseren Feinden gelingen, unsere Kräfte zu zersplittern. Wir wollen einen Block aller Schaffenden bilden, in dem Bewusstsein, dass wir stark und unüberwindlich sind, sind wir einig.

Hans von Grünberg
Die Arbeitnehmerorganisationen im Rhein-Wupper-Kreis während der Hungerkrise 1946-1948
Leverkusen, 1983, Dokument II

Anmerkungen:

(1.) Tatsachen, Wochenzeitung, Duisburg, Nr. 4/1968, sowie Leserbrief von Arnold Schulz in "Kölnische Rundschau", Leverkusen, 29.1.1962

(2.) Am 31. Januar 1933 versammelte sich auf dem Wiesdorfer Marktplatz "eine relativ kleine Gruppe von Kommunisten und die Arbeiter des EUMUCO - Betriebes" zu einem viertelstündigen Proteststreik. So heißt es in: Fünfzig Jahre Volkshaus - Fünfzig Jahre Leverkusener ...Arbeiterbewegung, heraus gegeben von der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. 1980.

(3.) Dieser Vorfall ist kaum in der Leverkusener Stadtgeschichte bekannt.

(4.) In "Geschichte und Porträt der Stadt Leverkusen" von **Franz Gruß**, Leverkusen, 1987, wird ein Beispiel aus dem Stadtteil Schlebusch geschildert, wo beim Einrücken der Amerikaner am Sonntag, den 15. April 1945, zwei Frauen und ein polnischer Arbeiter mit zwei weißen Tüchern den Truppen entgegengingen und Schlebusch - nachdem sie noch Panzersperren fortgeräumt hatten - übergaben. (S.153) Seit einiger Zeit erinnert die Maria Dresen Str. an diese humanitäre Aktion.

(5.) ebenda, S. 154, nachfolgend: Gruß

(6.) Die Arbeitnehmerorganisationen im Rhein-Wupper-Kreis während der Hungerkrise 1946-1948, schriftliche Hausarbeit zur ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II, vorgelegt von Hans von Grünberg, Leverkusen, 1983, S.27, nachfolgend: Grünberg.

(7.) ebenda, S.28

(8.) siehe dazu: Jahre in Lüttinghausen - Endstation Wenzelnberg, herausgegeben von der VVN - Bund der Antifaschisten, NRW, Düsseldorf, o. J. Hier sei erwähnt, dass **Cilly Müller** auch darauf hinwies, dass unter den Ermordeten auch einer aus der Leverkusener Gegend gewesen wäre, dessen Namen ihr leider entfallen sei. Später teilte sie mit, das es sich um **Theodor Schmidt** handeln würde, an den auf Seite 30 erinnert wird.

(9.) siehe: Urkunde zur Grundsteinlegung des Mahnmals am Wenzelnberg, **14. September 1947** von der VVN-Rhein-Wupper, u.a. mit den Unterschriften des Landrates, des Langenfelder Bürgermeisters sowie der VVN-Mitglieder **Fritz Bornemann**, Opladen und **Arno Schulz**, Leverkusen und des Leverkusener Beigeordneten **Heinz Pauly.** Kopie der Urkunde im Archiv der Kulturvereinigung e.V. Leverkusen

(10.) Grünberg, S.33. Das Treffen fand am 27. August 1945 statt und Teilnehmer waren **Arthur Jacobs, Eugen Schneider, Richard Hardt, Josef Hill und Hugo Paul.**

(11.) Grünberg, S.33. Am 7. September 1945 wurde die Gewerkschaft in Hitdorf gegründet. Hitdorf ist heute ein Stadtteil von Leverkusen.

(12.) Grünberg, S.33. Die Versammlung fand am 16.September 1945 statt. Am 8. September hatte das Organisationskomitee einen Genehmigungsantrag an die Militärregierung gerichtet, der dann von dieser genehmigt wurde und der dann zu dieser Versammlung führte.

(13.) Hans Aldermann schildert in seinem Aufsatz: 1945 Aufbau der Demokratie im – Rhein – Wupper – Kreis in Heimatkalender 1971, dass am 1. Oktober 1945 in Radevormwald eine Gewerkschaft gegründet wurde, wo **Hugo Paul** sprach, siehe auch Anmerkung Nr. 11

(14.) Grünberg, S.36, Die Umbenennung von **"Deutscher Einheitsgewerkschaft"** in FDGB fand am 23. Februar 1946 auf der Delegiertenversammlung statt.

(15.) Aldermann (siehe Anmerkung Nr. 13) im **"Heimatkalender 1971"**, S.172. Im Opladener Rathaus wurde am 17. Oktober 1945 die KPD konstituiert. Einlader war **Jean Schmitz, Andreas Hollinger**, Kreiswohnungskommissar, hielt das Referat, in dem er unter anderem erklärte: **" Wir wollen aufs engste mit den Freunden der SPD, den christlichen Demokraten, wie überhaupt mit allen demokratisch gesinnten Menschen zusammenarbeiten."**

Über die Gründung in Leverkusen heißt es (S.173), dass der Saal nicht reichte um alle Besucher aufzunehmen. Eingeladen hatte der Stadtverordnete **Arnold Schulz**, das Referat hielt **Fritz Fränken.**

(16.) **Arnold Schulz,** Leserbrief, in: Leverkusener Anzeiger, Montag, 5.Juni 1967. Siehe auch Seite 26.

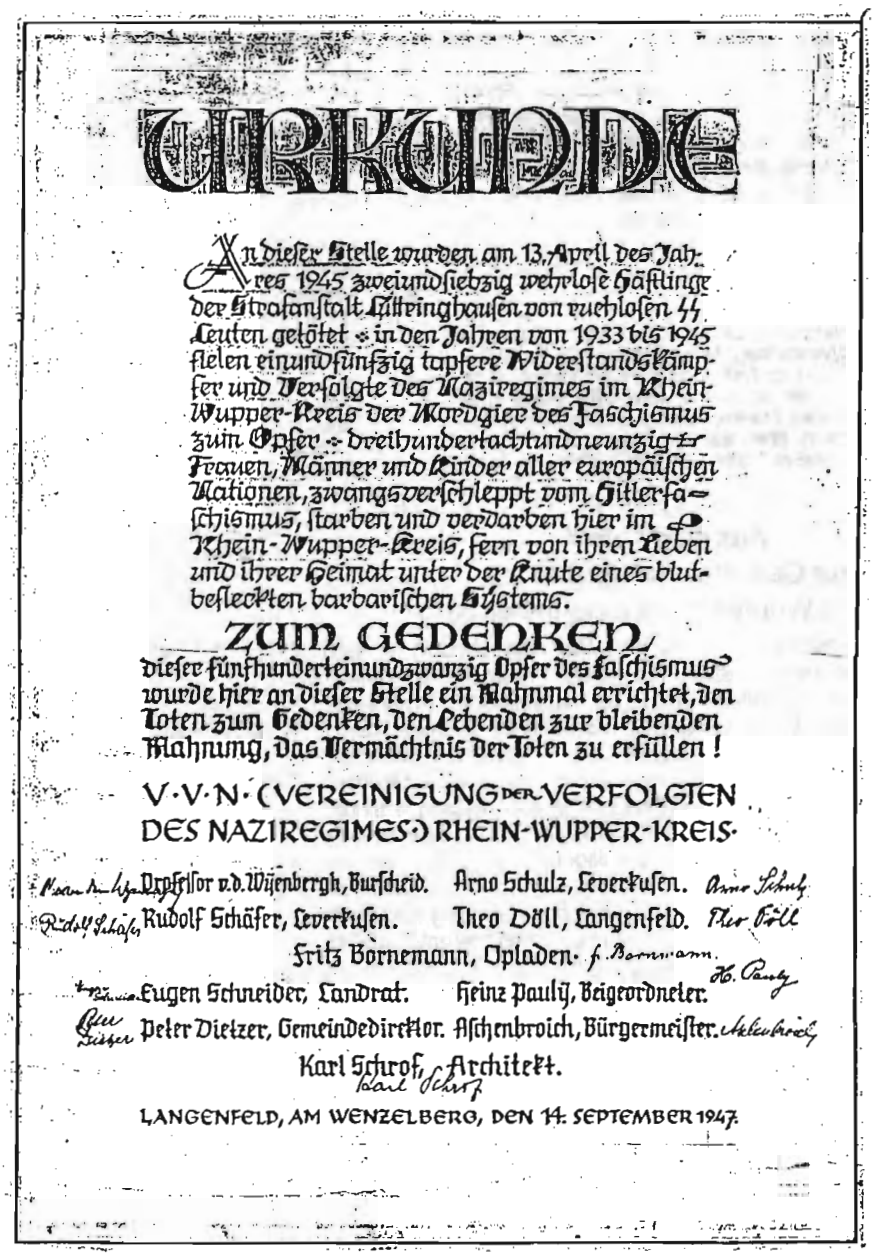
(17.) Bürgerantrag vom 29.12.1993 von Manfred Demmer, siehe u.a. **"Menschen bewegen, ihr Leben zu ändern"**, Artikel von Manfred Demmer über **Günther Weisenborn**, in: Marxistische Blätter, Essen, Nr. 4/94, S. 47 ff. / Anfang **2000** wurde **in** Ausführung des Antrags von **OB Paul Hebbel** eine Straße im Stadtteil Opladen nach **Günther Weisenborn** benannt

(18.) In diesem Bürgerantrag, der in der Ratssitzung vom 2. Februar 1995 behandelt wurde, sind eine Reihe aktueller Forderungen erhoben worden. Zugleich wurde beantragt, dass die Frauen und Männer der **"ersten Stunde"** in Leverkusen, von der Stadt geehrt werden.

Das Gespräch mit Cilly Müller fand im April 1995 statt und wurde von Manfred Demmer geführt und mit Anmerkungen versehen.

Kleine Anekdote

Als Cilly Müller wegen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten bei Bayer in „Ungnade" fiel und nach sieben Jahren entlassen wurde, weil sie „ungeeignet sei" fiel sie nicht auf den Mund und sagte ihrem Vorgesetzten: „Dann tut es mir aber leid, das ihr Betrieb solange brauchte um dies festzustellen!"



URKUNDE

An dieser Stelle wurden am 13. April des Jahres 1945 zweiundsiebzig wehrlose Häftlinge der Strafanstalt Lüttringhausen von ruchlosen SS Leuten getötet - in den Jahren von 1933 bis 1945 fielen einundfünfzig tapfere Widerstandskämpfer und Verfolgte des Naziregimes im Rhein-Wupper-Kreis der Mordgier des Faschismus zum Opfer - dreihundertachtundneunzig Frauen, Männer und Kinder aller europäischen Nationen, zwangsverschleppt vom Hitlerfaschismus, starben und verdarben hier im Rhein-Wupper-Kreis, fern von ihren Lieben und ihrer Heimat unter der Knute eines blutbefleckten barbarischen Systems.

ZUM GEDENKEN

dieser fünfhunderteinundzwanzig Opfer des Faschismus wurde hier an dieser Stelle ein Mahnmal errichtet, den Toten zum Gedenken, den Lebenden zur bleibenden Mahnung, das Vermächtnis der Toten zu erfüllen!

V·V·N· (VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES) RHEIN-WUPPER-KREIS·

Professor v.d. Wijenbergh, Burscheid. Arno Schulz, Leverkusen.
Rudolf Schäfer, Leverkusen. Theo Döll, Langenfeld.
Fritz Bornemann, Opladen.
Eugen Schneider, Landrat. Heinz Pauly, Beigeordneter.
Peter Dietzer, Gemeindedirektor. Aschenbroich, Bürgermeister.
Karl Schrof, Architekt.

LANGENFELD, AM WENZELBERG, DEN 14. SEPTEMBER 1947.

Nebenstehende Kopie zeigt die Urkunde, die bei der Errichtung des Mahnmals am Wenzelnberg am 14. September 1947 verfaßt wurde. Im Text wird an die 521 Opfer des Faschismus im Rhein – Wupper – Kreis erinnert und der 71 Mordopfer (*) vom 13. April 1945 gedacht.

Neben dem Kulturvereinigungsmitglied **Arno(ld) Schulz** ist die Urkunde unterzeichnet von **Landrat Eugen Schneider, Gemeindedirektor Dietzer und Bürgermeister Aschenbroich,** sowie **Theo Döll aus Langenfeld.** Das VVN – **Mitglied Fritz Bornemann aus Opladen, Professor v. d. Wijenbergh Burscheid, Rudolf Schäfer und Beigeordneter Heinz Pauly aus Leverkusen, sowie Architekt Karl Schrof.**

(*)Die unterschiedlichen Opferangaben resultieren aus den verschiedenen Quellenangaben. Hinweise zur Geschichte des Falles und des Mahnmales gibt die Broschüre der VVN: Jahre in Lüttringhausen – Endstation Wenzelnberg, Düsseldorf, o. J.

Günther Weisenborn

LIED VON DEN KOMMENDEN

Es wird ein Feierabend in der Welt sein,
da wird ein guter Mond auf unsere Städte scheinen,
der Wind wird nicht mehr um Ruinen wehn,
und in den Betten werden schlafen und nicht weinen,
die nach uns kommen.

Es wird ein Feierabend in der Welt sein,
da lacht nicht nur ihr Mund, sooft sie lachen.
Sie schlafen nicht wie Ratten unterm Schutt,
sie können in den Öfen Feuer machen,
die nach uns kommen.

Es wird ein Feierabend in der Welt sein,
da brauchen sie zur Mahlzeit schon drei Teller,
auf ihre Tische tropft der Regen nicht,
auch ohne Stern sind deren Stirnen heller,
die nach uns kommen.

Es wird ein Feierabend in der Welt sein,
da wird für sie ein Goldlack blühn im Garten.
Erlöst von Hunger uns und großer Not!
O laßt sie diesen Tag recht bald erwarten,
die nach uns kommen.

Laßt einen Feierabend in der Welt sein!
An wen du dich mit dieser Bitte wendest?
fragst du und bläst die Kerze langsam aus.
Nur an uns selbst. Wir Deutschen, die heut leben,
wir gehen ziemlich bleich, doch mutig euch voraus,
die nach uns kommen.

„Wir Deutsche, die wir heut' leben..."

"Wir Deutsche, die heut leben", so sagte es der Dichter **Günther Weisenborn**, der in seiner Jugend- und Studentenzeit lange in Opladen lebte und der sich dem antifaschistischen Widerstand anschloß und deswegen verurteilt wurde, "wir gehen ziemlich bleich, doch mutig Euch voraus, die nach uns kommen". Und in der Tat schien es, daß es vorwärts ging. Überall kam es zur Zusammenarbeit von Antifaschisten und Menschen, die aus dem, was der Faschismus verschuldet hatte, Lehren gezogen hatten. Überall wurden die Täter - auch die Schreibtischtäter in Verwaltung, Justiz und Chefsesseln - mit Name und Adresse genannt. Überall - in den nach und nach von der Besatzungsmacht zu gelassenen Parteien und Organisationen wurde - öffentlich auch die Frage erörtert, ob nicht doch ein Zusammenhang besteht zwischen dem Kapitalismus und dem Faschismus. Überall wurden auch Schlußfolgerungen gezogen.

Leitsätze der Christlich – Demokratischen Partei im Rheinland und Westfalen:

„Grundlage der künftigen deutschen Außenpolitik ist die Sicherung des eigenen, die Achtung des fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge. Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur ein Verbrechen an der Menschheit ist, sondern auch eine Versündigung am eigenen Vaterland. Deutschland muß mitwirken an der Erfüllung der Völkersehnsucht nach einem dauernden Frieden."

CDU Ahlener Programm 1947:

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen."

Grundsatzforderungen des DGB 1949:

Ziel sei *"eine Wirtschaftsordnung, in der die sozialen Ungerechtigkeiten und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz" sichert, dazu wurde die "Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum"* gefordert.

Ratssitzung Opladen 9.Mai 1945:

*"Der Bürgermeister beabsichtigt, sofort die Benennung der Opladener Strassen zu revidieren. Das Verzeichnis der Strassen wird vorgelesen. Von Seiten der Herrn **Hollinger**, **Flamme** und **Dickerboom** wird darauf hingewiesen, daß auch an Militarismus erinnernde Straßennamen zu ändern sind..."*

(Andreas Hollinger, KPD; Ewald Flamme, SPD; Wilhelm Dickerboom, Christliche Partei).

Quelle:

„Demokratischer Neubeginn in Opladen Eine Chronik der Jahre 1945 und 1946" von **Rolf Müller**. Opladen 1971.

Doch schon bald gehörte immer mehr Mut dazu, für eine humanistische Welt, für die die nachkommen zu streiten.

Sechs Jahre nach der Befreiung von Krieg und Faschismus leitete die Bundesregierung, die gerade zwei Jahre im Amte war - nachdem mit der Bildung der Bundesrepublik (basierend auf den drei Westzonen) die Spaltung Deutschlands vollzogen war - und die vehement einen Remilitarisierungs- und Refaschisierungskurs steuerte, - ein Verbot der KPD ein. Die Partei, die am aktivsten gegen den Faschismus gekämpft hatte und die zehntausende Funktionäre und Mitglieder durch den Terror der Nazis, verlor, wurde nun "Staatsfeind Nr. 1".

Unter dem Tenor des "Kampfes gegen Totalitarismus" wurde nun alle jene verfolgt, die für Schlußfolgerungen aus der Katastrophe nach 1945 eintraten. Der jahrzehntelange Kampf der Konservativen und Reaktionäre gegen den "Kommunismus" wurde fortgesetzt. Dabei waren die "Fachleute" aus der Nazizeit als "Fachleute" des neuen - nun nach und nach ins westliche Lager integrierten - Westdeutschlands willkommen.

Unmittelbar nach der Bildung der Bundesrepublik hatten die Bemühungen um die "Aufstellung deutscher Streitkräfte" begonnen. Im Dezember 1949 hatte **Konrad Adenauer** in den USA dazu Stellung genommen, im Bundestag leugnete er aber seine Absichten. Unter dem Eindruck des Korea-Krieges (Juni 1950) wurde immer offener die rasche Aufstellung deutscher Verbände im Rahmen einer "Europa-Armee" gepriesen. Diese Politik stieß auf grossen Widerstand - bis in die Reihen der CDU hinein. **Gustav Heinemann** trat am 31. August 1950 als Bundesinnenminister zurück und kehrte der CDU den Rücken.

Die durch die Bildung der Bundesrepublik und der später erfolgten DDR entstandenen Situation verschärfte sich - gefördert durch die Einbindung beider deutscher Staaten in die beiden Blöcke (West - Ost / USA - Sowjetunion, NATO - Warschauer Pakt) und den sich entwickelnden "kalten Krieg".

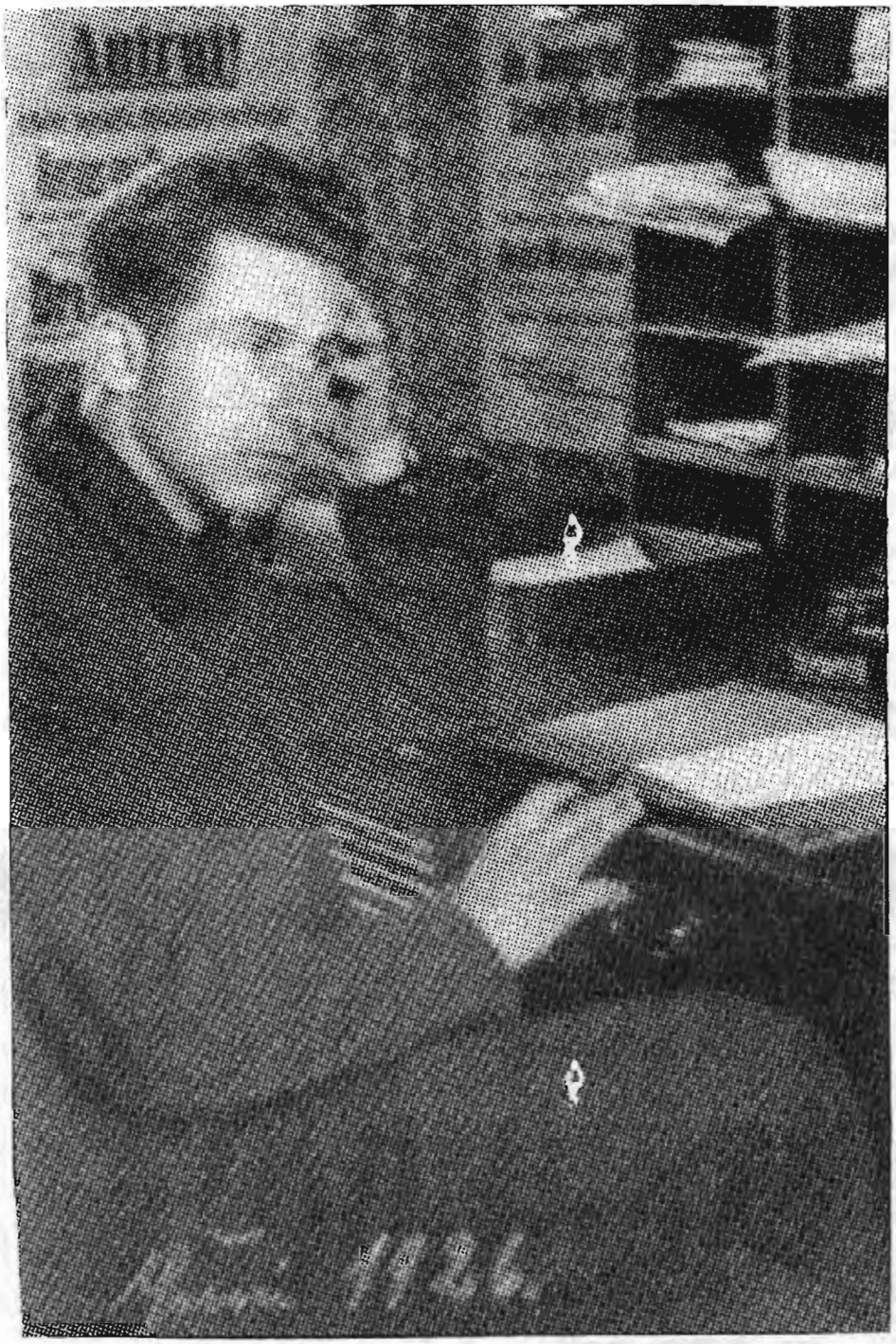
Nazis in Regierung, Justiz, Medien)
Nazis in Amt und Würden

Minister mit Nazivergangenheit waren u.a. die "Vertriebenenminister" **Theodor Oberländer** und **Hans Krüger**, viele Staatssekretäre waren in Bundes- und Länderministerien schon aktiv in der Nazizeit gewesen, der eklatanteste Fall **Dr. Hans Maria Globke**, der die "Nürnberger Rassengesetze" kommentiert hatte, wurde rechte Hand von **Bundeskanzler Adenauer**. Beim Aufbau der "Bundeswehr" wirkten Generäle mit, die bedenkenlos den Nazis bei allen Verbrechen folgten. In der Justiz waren Staatsanwälte tätig, die schon in der Weimarer Republik und im "Dritten Reich" "Recht" sprachen. Kein Richter des berüchtigten Volksgerichtshofes wurde in der Bundesrepublik angeklagt. An Schulen und Universitäten wirkten die alten Fachleute, die den Schülern und Studenten eine reaktionäre, erzkonservative - nun sich abendländisch gebende - Sichtweise einbleuten. In Presse und Rundfunk wirkten an vielen Stellen, jene, die in Propagandakompanien der Nazis ausgebildet waren. Der Chef des Verfassungsschutzes, **Hubert Schrübbers**, mußte als eingefleischter Anhänger der Nazis nach Protesten aus dem Dienst entlassen. Und in der Wirtschaft wirkten alte Wehrwirtschaftsführer weiter.

Vorschläge, wieder zu einem einheitlichen Deutschland zu kommen, gab es von vielen Seiten, von deutschen, wie ausländischen Politikern. Das weitestgehende Angebot war die sogenannte "Stalin-Note" vom 10. Januar 1952 zum Abschluß eines Friedensvertrages und zur Einheit Deutschlands. Zur Verhinderung der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO wird die Bildung eines neutralen einheitlichen Deutschlands mit dem Recht der freien Entscheidung über seine Staats- und Gesellschaftsform und eigener Streitkräfte angeboten. Wie viele Angebote aus dem Osten (z.B. wie der spätere Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, u.a.) wurde

Fortsetzung auf Seite 38

>Zwei Aktive der Kulturvereinigung<



Arnold Schulz

In seinem 1947 erschienenen Buch **„Strafhäftling 409"** schildert **Arnold Schulz** seine Erlebnisse in der Zeit des Faschismus. Sie ließen ihn auch nach der Befreiung von Krieg und Faschismus – als manch anderer sich aus der Politik zurückzog und der Parole „ Freß dich satt und sauf dich dick und halt die Schnüss von Politik" folgend sich „ privatisierte" - zu einem unermüdlichen Streiter für die Antifaschisten werden.

So setzte er sich schon frühzeitig dafür ein, daß die **Witwe von Fritz Schulte** eine Entschädigung bekommen sollte – was allerdings nicht geschah – und auch in anderen Wiedergutmachungs-fällen vertrat er die Opfer des Faschismus. Als Vorsitzender der VVN Leverkusen wirkte er dafür das Andenken der Opfer wachzuhalten. Im Rat der Stadt Leverkusen trat er als Kommunist, wie schon in der Zeit von 1924 bis 1933, für die Interessen der Bevölkerung ein. Als damaliger Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses ebenso wie als ADGB– Ortsausschussvorsitzender 1929 oder als Kreistagsmitglied 1932 – 1933. Der Fabrikarbeiter, der seit 1920 Mitglied der KPD war und am 31. Juli 1898 geboren wurde, gehörte auch zu den Mitbegründern der DKP 1968.

Am 4. Januar 1976 verstarb er und wurde in der Nähe des von ihm vehement geforderten Gedenksteins für die Naziopfer auf dem Manforter Friedhof beerdigt.

In seinem Buch schildert er seine Biografie wie folgt: Siehe Seite 37.

⇦ Das Bild zeigt Arnold Schulz 1926 vor einem Plakat zur Fürstenenteigung.

Georg Holdenried

Es war die Zeit, wo in Leverkusen bei den ehemaligen IG Farben – Werken, welche nun wieder Bayer hießen, ein Aufsichtsratsmitglied wirken konnte, welches - vorzeitig aus der Haft entlassen worden war, wo es eigentlich hätte eine siebenjährige Haft absitzen müssen.

Es war die Zeit, wo dieser Herr, **Fritz ter Meer**, vom Aufsichtsratsmitglied zum Vorsitzenden dieses Gremiums aufsteigen konnte.

Es war die Zeit, wo dieser langjährige IG-Farben-Vorstand (1926 -1945), wo dieser Generalbevollmächtigte des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion für Italien, wo dieser Wehrwirtschaftsführer, entscheidend Einfluß auf die Geschäftspolitik der "neuen" Bayer-Werke nehmen konnte.

Es war die Zeit, wo dieser oberster IG-Verantwortliche für das Buna – Werk Auschwitz, der über die Zwangsarbeit im Werk behauptete: ***"Den Häflingen ist dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnehin getötet hätte"*** - als demokratisch geläuterter Fachmann die deutsche Wirtschaft mitgestaltete.

Es war die Zeit, wo dieser vom Internationalen Militärgerichtshof 1948 verurteilte Schreibtischtäter der Nazis (wegen ***"Plünderung" und "Versklavung"***) das Sagen beim "alten neuen" Chemie – Konzern hatte.

Es war zur gleichen Zeit, daß Bayer sein Veto einlegte, als man im Stadtrat 1955 darüber diskutierte, welche Straßennamen der neue Stadtteil in Alkenrath tragen sollte. Der Vorschlag Straße nach Widerstandskämpfern und Antifaschisten des 20. Juli's zu benennen, wurde von Bayer zwar nicht "aus politischen Gründen, jedoch aus ***"einer der Praxis entstandenen allgemeinen Abwehrstellung"*** heraus abgelehnt.

Fortsetzung Seite 37 ⇨

Zu dieser Zeit kam auch ein Bayer-Mitarbeiter, der Betriebsrat **Georg Holdenried** ins Visier des Konzerns und der Staatsmacht. Sein "Verbrechen", er hatte sich für die Interessen der Kollegen bei Bayer verwandt und sich für vernünftige Beziehungen der Menschen in beiden deutschen Staaten eingesetzt. Als Gewerkschafter hatte er Kollegen der Chemiegewerkschaft der DDR eingeladen und Gespräche geführt. Das war damals in der Zeit des kalten Krieges Grund, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, der Staat war in Gefahr und ebenso mußte der Antifaschist Repressalien des Bayer-Konzern erleiden.

Wer war Georg Holdenried? Geboren wurde er am 15. September 1905 in Partenheim im Kreis Alzey. Nach dem Besuch der Volksschule kam er- bedingt durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in seiner Heimat - an den Rhein. Mit 15 Jahren wurde er Mitglied der Gewerkschaft und fand schließlich bei Bayer eine Arbeit. Hier erfuhr er die Ausbeutung sehr konkret. Er beschloß aktiv für seine und die seiner Klassengenossen zu streiten. Er wurde Mitglied der KPD und wirkte in verschiedenen Arbeiterorganisationen mit. Auch im "Proletarischen Kulturkartell" wurde er ein anerkannter Funktionär. Alles das machte ihn in den Augen der IG Farben-Bosse in Leverkusen "suspekt". So wie in der Weimarer Republik, so setzte er auch nach der "Machtergreifung" seine Arbeit für Arbeiter- und Volksinteressen fort. Die antifaschistische Arbeit wurde mit seiner Verhaftung unterbrochen, wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" mußte Georg Holdenried viele Jahre "Schutz- und Strafhaft" über sich ergehen lassen.

Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus gehörte er zu den "Männern der ersten Stunde". Er war Mitbegründer der Gewerkschaftsbewegung in Leverkusen, aktiv in der Ortsverwaltung der Chemie-Gewerkschaft, gehörte dem Stadt- und Kreistag als KPD-Abgeordneter an, war einer der Gründer des "Arbeiterkulturkartells" und wirkte besonders ab 1945 als Betriebsrat für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bei Bayer. In der zweiten Wahlperiode des nordrhein-westfälischen Landtages (ab 10.Oktober 1949) gehörte er als KPD-Abgeordneter dem Verkehrs- und Wiederaufbauausschuß des Landesparlamentes an. Darüber hinaus lag ihm am Herzen, die Ehre der antifaschistischen Widerstandskämpfer der Nachwelt zu vermitteln. Als bei einer antifaschistischen Kundgebung in Ruhrgebiet ein Polizeieinsatz gegen Teilnehmer durchgeführt wurde, nutzte er im Herbst 1951 das Parlament um durch eine Anfrage - gemeinsam mit dem KPD-Fraktionsvorsitzenden **Karl Schabrod** - Aufklärung über diese skandalöse Aktion - die ein bezeichnendes Licht auf den Umgang mit Antifaschisten warf - zu fordern. Auch nach dem Verbot seiner Partei, der KPD, am 17. August 1956 wirkte er - entsprechend der konkreten Situation - für die Interessen des Volkes, für Frieden und Abrüstung, gegen Atomrüstung und Neofaschismus. Im Alter von 61 Jahren verstarb am 6. November 1965 **Georg Holdenried**, über dessen Wirken wenig in Leverkusen bekannt ist.

Fortsetzung Arnold Schulz:

Meine Biographie

Am Tage, als der „Vater" des Sozialistengesetzes, Otto von Bismarck, die Augen schloß, erblickte ich in Stendal das Licht der Welt. Im vierten Stockwerk unter dem Dache eines Mietshauses in der Frommhagenstraße empfing ich durch einen evangelischen Pastor die Nottaufe und erhielt die Vornamen: Erich Werner Arnold. Ich war das zehnte Kind meiner Mutter, und nach mir schenkte sie noch vier Kindern das Leben. In einem alten Wäschekorb meiner Großeltern liegend, verbrachte ich die ersten Tage und Wochen meines Erdendaseins. Wenn ich auch nicht der Benjamin in der Familie war, so blieb ich doch das Sorgenkind meiner Mutter bis zu ihrem Tode.

Mit noch dreizehn Geschwistern lernte ich in der ersten Jugendzeit bittere Not und Sorgen kennen. Das Einkommen meines Vaters, eines kleinen Eisenbahnbeamten, reichte bei weitem nicht aus, um vierzehn hungrige Kindermäuler zu sättigen. Meine Mutter mußte mitverdienen. Neben der Versorgung von vierzehn Kindern, ohne Stellung eines Pflichtjahrmädchens, schleppte meine Mutter Kohlen ab von Pferdefuhrwerken in die Kellerräume besserer Herrschaften.

Mit dreizehn Jahren kam ich gegen meinen Willen in die Lehre zu einem Schneidermeister. Ein Jahr später brannte ich durch und marschierte zu Fuß die Elbe abwärts nach Hamburg, von da aus wollte ich weiter nach Amerika. In dem kleinen Ort Werben an der Elbe schnappte mich aber wieder die Polizei und brachte mich ins Elternhaus zurück. Nun mußte ich wieder ohne Lust und Liebe auf dem harten Schneidertisch hocken. Der Ausbruch des Weltkrieges 1914 erlöste mich von dem verhaßten Schneidertisch, und die Wogen der großen politischen Ereignisse warfen mich nach der Reichshauptstadt Berlin.

Als Laufbursche, Hausdiener, Kellner und Fabrikarbeiter lernte ich in Berlin das ganze Elend der Großstadtjugend am eigenen Leibe kennen. Hungernd und ekelnd verließ ich 1917 Berlin und gelangte nach mancher Irrfahrt nach dem Westen des Reiches.

In Essen, Köln und Leverkusen aß ich trocken Brot wie alle Jungarbeiter der damaligen Kriegszeit. In den bestehenden Arbeiter-Jugendorganisationen fand ich reichliche Betätigung und die Befriedigung meiner geistigen Bedürfnisse. Den bestehenden unsozialen Verhältnissen sagte ich den Kampf an.

Beinahe zwei weitere Jahrzehnten widmete ich mich diesem heiligen Kampfe für Arbeit, Brot und Freiheit. Von meinen Gegnern erntete ich dafür Haß und Verfolgung, aber die Gleichgesinnten bezeugten mir Liebe und Achtung. Es war ein mühevoller und opferreicher Weg. Auf diesem Wege fand ich nur wenig Behagen und Sonnenschein, aber desto mehr Dornen und Disteln.

Dann kam das schicksalsschwere Jahr 1933. Die Finsternis und Reaktion überschatteten die letzten kümmerlichen Reste der Freiheit und der Demokratie. Für meine politische Idee ging ich fünf Jahre hinter Kerkermauern des Dritten Reiches. Mein Golgathaweg hatte begonnen. In diesen fünf langen Jahren ist mir nichts erspart geblieben, ich mußte den Kelch des Leidens bis zur letzten Neige leeren.

Nach meiner Freilassung fand ich wieder Beschäftigung als Fabrikarbeiter. Erst in einer Eisengießerei und dann in einer Pappenfabrik am Niederrhein. Mein soziales Gerechtigkeitsgefühl brachte mich immer wieder sehr oft in dunkle Gefahren. Mein inniges Verbundensein mit den dort beschäftigten ausländischen Arbeitern wurde von den nazistischen Vertrauensleuten mit argwöhnischen Augen verfolgt.

Der von den Hitlerfaschisten begonnene Krieg tobte schon einige Jahre. Haß und Unverstand regierten rücksichtslos im Dritten Reich. Jedes freiheitliche Denken und Handeln wurde staatspolizeilich verfolgt und unterdrückt. Im September 1944 wurde ich noch einmal verhaftet und eingesperrt. Der Bombenkrieg zerstörte deutsche Städte, Dörfer und Industrieanlagen.

In diesen Tagen und Jahren des Schreckens und des Grauens, wenn die heulenden Bomben zur Erde krachten, entstanden die ersten Aufzeichnungen aus meiner fünfjährigen Kerkerhaft. Wenn ich in Bunkern und Kellerlöchern zur Untätigkeit verbannt war, nahm ich Papier und Bleistift zur Hand und schrieb auf, was aus der Vergangenheit in mir haften geblieben war. Gutes und Schlechtes, bunt durcheinander wie das Schicksal mir beschieden war.

Unermüdlicher und rücksichtsloser Kampf aller ehrlichen Antifaschisten ist notwendig, um das deutsche Volk endgültig vom Nazismus und Militarismus zu befreien!

Arnold Schulz

Fortsetzung von Seite 35

dies von der Bonner Regierung abgelehnt. In der Bevölkerung entwickelte sich eine starke Bewegung gegen diese Politik. Obwohl durch offizielle Stellen behindert und z.T. juristisch verfolgt, von der Presse größtenteils diffamiert, gibt es vielfältige Aktionen.

Menschen, die aus unterschiedlichem Antrieb gegen die Politik des „Kalten Krieges" kämpften:

Victor Agartz, linker Gewerkschaftstheoretiker
Arno Behrisch, SPD-Bundestagsabgeordneter, DFU-Politiker
Wilhelm Elfes, CDU-Mitbegründer und OB von Mönchengladbach.
Klara Maria Faßbinder, „Friedensklärchen" Prof. aus Bonn,
Johann Fladung, Verleger und Kulturbund – Aktivist
Helmut von der Mücke, Fegattenkapitän a.D. und Friedenskämpfer,
Martin Niemöller, evangelischer Kirchenpräsident
Adolf Schmidt, Pfarrer aus Langenfeld
Otto Schönfeldt, Theaterintendant a.D. und Streiter für die Ehrung **Heinrich Heines** in Düsseldorf
Christa Thomas, katholische Friedensaktivistin
Josef Weber, Oberst a.D., Mitinitiator "Krefelder Appell"
Helene Wessel, Bundestagsabgeordnete Zentrum / SPD
Karl Graf von Westphalen
Joseph Wirth, ehemaliger Zentrum-Reichskanzler
(einige sprachen auf Veranstaltungen in Leverkusen und Umgebung).

Und in dieser Auseinandersetzung war die Arbeiterbewegung ein wichtiger Teil der Friedensbewegung – in der Menschen aus unterschiedlichsten Bewegungen mitwirkten. Auch Mitglieder der Kulturvereinigung - ebenso wie im Kampf gegen die wieder erstarkenden Neofaschismus - der jahrelang von den Herrschenden ignoriert wurde. Einen wichtigen Beitrag zur Demokratie war die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und Vorbeugehaft, in der Gewerkschaften und Künstler, aber auch Pfarrer der christlichen Konfessionen vielfältige Aktionen durchführten. Der antifaschistische Schriftsteller **Günther Weisenborn** beteiligte sich in der Bewegung ebenso, wie im Kampf gegen ein von der Bundesregierung angestrengtes Verbotsverfahren gegen die VVN. (1)

Immer wieder wurde auch in der Bundesrepublik internationale Solidarität geübt. Menschen unterschiedlichster Anschauungen wirkten in der "Hilfsaktion Vietnam" und prangerten den schmutzigen Krieg der USA gegen dieses kleine Volk an, das seinen eigenen Weg - unabhängig von Japanischer, Französischer oder USA – Fremdherrschaft gehen wollte. Ebenso wurden die faschistischen Systeme in Spanien (Franco) Portugal (Salazar) und Griechenland (Patakos) wegen der inhumanen gesellschaftlichen Bedingungen bekämpft und die Bundesregierungen, die durchweg freundschaftliche Beziehungen zu diesen Regierungen unterhielten und wo sich "abendländische Politiker" gerne an der Seite dieser Potentaten zeigten, zum Protest und zur Einstellung der Beziehungen u.ä. aufgefordert. Mit großer Sympathie verfolgten viele antiimperialistisch eingestellte Menschen den Kampf der Menschen in Afrika, Lateinamerika und Asien für nationale und ökonomische Unabhängigkeit.

Patrice Lummumba, Che Guevara, Ho Chi Minh und **Salvador Allende** (2) waren Namen, die nicht nur Hoffnungsschimmer für die Menschen der jeweiligen Länder bedeuteten, sondern ebenso Todeskommandos und den Hass der Imperialisten aktivierten. Unter anderem auch deswegen, weil besonders auch bei der Jugend solche Persönlichkeiten Vorbildcharakter bekamen und weil die Zuspitzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme in den Ländern des Kapitals (der "ersten Welt") und damit zunehmend auch Menschen beeindruckt wurden, die bis dato sich wenig um diese Probleme gekümmert hatten.

Die Herrschenden versuchten entsprechend den Bedingungen in ihren Ländern die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Während man auf der einen Seite zu einer Entspannungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern, wie der DDR (der "zweiten Welt") gedrängt wurde - in der Bundesrepublik unterstützte die Arbeiterbewegung und fortschrittliche Demokraten diese Entwicklung - wurden andererseits Berufsverbots- und Zensurmaßnahmen eingeleitet. So konnten DKP-Mitglieder (die Partei hatte sich 1968 konstituiert, nachdem die Bundesregierung 1956 die KPD hatte verbieten lassen) weder Lokführer, noch Postbote, geschweige denn Lehrer oder Beamter werden. Das zur gleichen Zeit, als Neonazis in vielfältigen Bereichen des öffentlichen Dienstes arbeiteten.

Trotz der Erklärung man treibe Entspannung wurde immer mehr an der Rüstungsschraube gedreht. Schmiergelder flossen, Gesetze wurden umgangen. Diese Hochrüstung aktivierte in den siebziger und achtziger Jahren hunderttausende, Millionen Menschen - zugleich wurde damit auch die "andere Seite", der "Osten", die sozialistischen Länder tot gerüstet. Nicht zuletzt auch deshalb - neben den vielfältigen hausgemachten Problemen im gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereich - verschwanden die DDR, die Sowjetunion und die anderen Länder von der politischen Landkarte.

Hatten die nun sich als Sieger fühlenden Herrschenden gedacht, damit auch jegliche alternative Entwicklungen zerstören zu können, so zeigt ein Blick auf die aktuelle Situation, überall - wenn auch klein und von den Massenmedien - wenig beachtet, keimen hoffnungsvolle Pflänzchen auf von Bausteinen für eine humanere Welt, in der nicht nur der Profit der Maßstab aller Dinge ist. Dafür stritten jene Menschen, über die hier in Streiflichtern berichtet wurde, dafür streiten Menschen, die sich dem Anliegen der Kulturvereinigung verbunden fühlen.

Anmerkungen auf Seite 40

Einige bedeutende Aktionen:

13. März 1950 *Stockholmer Appell* zur Achtung der Atomwaffen. Der auch von **Albert Schweitzer** initiierte weltweite Aufruf des Weltfriedenskongresses- westdeutsche Teilnehmer muß in der BRD Repressalien erleiden - wurde trotz Gegenaktionen von Millionen Menschen der Bundesrepublik unterzeichnet.

Juni 1951 Durchführung der *Volksbefragung* gegen Remilitarisierung, die von der Regierung **Adenauer** am 24. April verboten worden war. Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligen sich trotz Verbot und Verfolgung. Auf die Frage: Sind Sie gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951 ? antworten 94,4% mit Ja.

29. Januar 1955 *Paulskirchenbewegung* gegen die Pariser Verträge, die im Oktober 1954 die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato verfolgt. In einem "Deutschen Manifest" wendet sich die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung.

9. Juli 1955 Neun deutsche Atomwissenschaftler, darunter **Otto Hahn**, **Werner Heisenberg**, **Max Born** wenden sich mit **Bertand Russell** und **Albert Einstein** gegen Atomkriegsgefahr. Dies veranlaßt **Adenauer** am 4. April 1957 zur Behauptung, die Forderung nach Atomwaffen für die Bundeswehr, stelle doch nur eine Weiterentwicklung der Artillerie dar.

12. April 1957 *Göttinger Appell* von 18 führenden Atomwissenschaftlern gegen die Pläne zur Atomaren Aufrüstung der Bundeswehr, die trotz Widerstandes großer Teile der Bevölkerung geschaffen worden war.

10. März 1958 Der Aufruf *"Kampf dem Atomtod"* wird veröffentlicht. Am 18.März 1958 fordert der Bundesvorstand des DGB eine Volksbefragung gegen atomare Bewaffnung, die drei Tage vorher im Bundestag beschlossen worden war. Auch die SPD schließt sich am 10.April dieser Forderung nach Volksbefragung an. Die Bundesregierung lehnt ab und läßt die Befragung verbieten. Trotzdem gibt es überall Aktionen gegen diese Politik.

Ostern 1960 Erster *Ostermarsch* in der Bundesrepublik, die von nun ab bis Anfang der siebziger Jahre durchgeführt werden, und in dessen Mittelpunkt der Kampf gegen Krieg (Vietnam) und Koexistenz stehen.

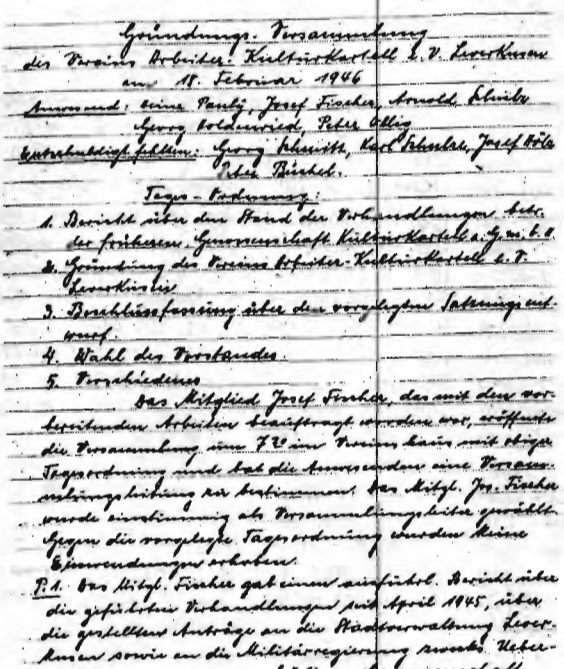
11. Mai 1968 *Sternmarsch* mit 100000 Teilnehmern nach Bonn gegen die Notstandsgesetze, gleichzeitig führt die IG Metall in vielen Städten Veranstaltungen gegen diese Gesetze durch.

1970 Aktionen zur *Ratifizierung der Warschauer und Moskauer Verträge*, die die Beziehung der Staaten neuregelt, Gewaltverzicht erklärt und die Anerkennung und Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen enthält.

15. November 1980 Verabschiedung des *"Krefelder Appells"* unter dem Titel "Der Atomtod bedroht uns alle" durch ein breites Bündnis, bis Herbst 1983 unterzeichnen 5 Millionen Bürger den Aufruf.

Kulturvereinigung nach 1945

Der Verein "Arbeiter – Kulturkartell" e.V. Leverkusen erblickte am 18. Februar 1946 das Licht der Welt. An diesem Tag fand die Gründungsversammlung statt. Die Anwesenden beschlossen - nachdem **Josef Fischer**, - der sowohl mit der Militärregierung wie mit der Stadtverwaltung seit April 1945 Gespräche geführt hatte -, ausführlich



Gründungs-Versammlung
des Vereins Arbeiter-Kulturkartell e.V. Leverkusen
am 18. Februar 1946

Anwesend: Heinz Pauly, Josef Fischer, Arnold Schulz, Georg Holdenried, Peter Ollig

Entschuldigt fehlen: Georg Schmitz, Karl Schulze, Josef Büchel, Peter Büchel.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Stand der Verhandlungen bei der früheren Gemeinschaft Kulturkartell a.G.w.b.V.
2. Gründung des Vereins Arbeiter-Kulturkartell e.V. Leverkusen
3. Beschlussfassung über den vorgelegten Satzungsentwurf.
4. Wahl des Vorstandes.
5. Verschiedenes

Das Mitglied Josef Fischer, der mit den vorbereitenden Arbeiten beauftragt worden war, eröffnete die Versammlung um 7 Uhr im Vereinsheim mit obiger Tagesordnung und bat die Anwesenden eine Versammlungsleitung zu bestimmen. Das Mitgl. Jos. Fischer wurde einstimmig als Versammlungsleiter gewählt. Gegen die vorgelegte Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben.

Zu 1. Das Mitgl. Fischer gab einen einführ. Bericht über die geführten Verhandlungen seit April 1945, über die gestellten Anträge an die Stadtverwaltung Leverkusen sowie an die Militärregierung zwecks Uebereignung des von der früheren Gemeinschaft Kulturkartell a.G.w.b.V. Leverkusen erbauten Jugendheims. In der anschliessenden Aussprache wurde von allen Anwesenden die baldige Uebereignung durch die Stadtverwaltung verlangt. Das Fortbestehen ist nur vom Bürgermeister bereits

den Stand der Dinge erläutert hatten - die Bildung des Vereins. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Entwurf einer Satzung diskutiert und beschlossen, sowie ein dreiköpfiger Vorstand gewählt. Weitere Beratungspunkte waren Grundstücksfragen, Mieterfragen sowie Wiederherstellungs- und Umbaupläne.

Gründungsväter:

Peter Büchel, Josef Fischer, Georg Holdenried, Peter Ollig, Heinz Pauly, Georg Schmitz, Arnold Schulz, Karl Schulze,

Vorstand:

Vorsitzender:	Josef Fischer,
Kassierer:	Heinz Pauly
Schriftführer:	Georg Holdenried

In der Folge wurde das Vereinsheim, das "Volkshaus" zum Treffpunkt vieler Vereinigungen, die in Leverkusen z.T. aus der Arbeiterbewegung kommend, im kulturellen und gesellschaftlichen Leben wirkten. Auch das "Arbeiterkulturkartell", das seit dem 29.06.1952 den heutigen Namen führt, entfaltete in den ersten Nachkriegsjahren selber eine rege Kulturbewegung, die versuchte an die Traditionen von vor 1933 anzuknüpfen. So gehörten ihr u.a. die Wohlfahrtsorganisation "Gemeinschaftshilfe", der Gemischte Chor, verschiedene Sportgruppen der "Freien Deutschen Jugend" (FDJ) und des FDGB an. Die Zahlstelle Leverkusen des Gewerkschaftsbundes zählte rund 5000 Mitglieder. Die Jugendgruppe der IG Bau traf sich im "Volkshaus", ebenso wie die DGB – Jugend. Auch der Ortsausschuss des DGB tagte in dem Haus der Kulturvereinigung. Daneben wurden die Räumlichkeiten vom Mandolinenclub für Probeabende benutzt, die Freidenker, die sich in der "Freireligiösen Gemeinde" zusammenfanden tagten ebenso dort, wie die VVN Rhein-Wupper oder die KPD Leverkusen und deren Betriebsgruppe von Bayer. Einige Zeit fand auch der Verlag "Freies Volk" - der die Zeitung der KPD herausgab - Unterkunft. Im September 1952 fand - veranstaltet von der "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Verständigung" eine Ausstellung statt.

Doch nicht nur für politische oder kulturelle Veranstaltungen wurden die Räumlichkeiten im Hause benutzt. Zur Karnevalssaison 1954 fand auch eine Karnevalsfeier statt, dieses rheinische Brauchtum wurde auch in anderen Jahren gepflegt. (1)

In den fünfziger Jahren gab es in Leverkusen auch eine Gruppe von Esparantisten, (2) (ebenso die Volksbühne), die sich ebenfalls als Gruppe im Haus trafen.

Dieses rege Vereinsleben wurde zunehmend - und schon frühzeitig - durch ein antikommunistisches Hetzklima behindert. Eine sinnvolle Kulturarbeit wurde immer schwieriger. Hinzu kam, daß die aktiven Mitglieder der Vereinigung, wegen Überalterung, weniger wurden. Trotzdem gelang es immer wieder in jenen Jahren sich jener Entwicklung, die durch den kalten Krieg in vielen Bereichen auch die Kultur negativ beeinflußte, entgegenzustellen. So fand z.B. im Herbst 1962 ein Abend statt, auf dem der Schauspieler **Jens Eggert** das Werk von **Kurt Tucholsky** bekannt machte. Bereits im Juni 1959 hatten Künstler aus der DDR in einem "Kulturabend der VVN" im Volkshaus an **Bert Brecht** und "andere Meister der Musik und Literatur" erinnert.(3)

Überhaupt lag den Mitgliedern der Kulturvereinigung, die daneben ja auch in anderen Organisationen, wie der VVN oder dem "Demokratischen Frauenbund" (DFD) u.a. wirkten, daran, die Fronten des kalten Krieges aufzubrechen.

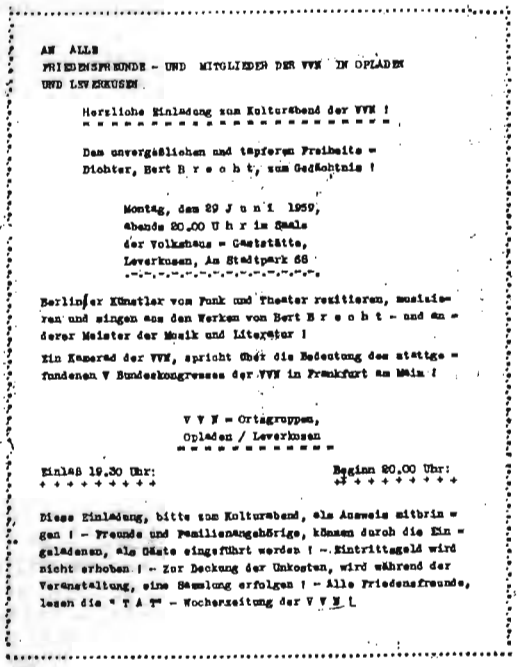
Dabei wurden die unterschiedlichsten Mittel und Formen verwandt. Da wurde z.B. am 2. März 1959 der Spielfilm "In jenen Tagen" im Volkshaus gezeigt, der von **Helmut Käutner** geschaffen, in Episodenform Teile der deutschen Geschichte vom Kaiserreich bis zum Faschismus schilderte. Oder mittels spezieller "Hausfrauennachmittage", wie am 18. Mai 1960 wo **Selma Hahn**, eine Antifaschistin aus Remscheid über die "Sorgen der Hausfrauen im Jahre 1960" sprach. In einer Entschließung wurde die Besorgnis über die beabsichtigte atomare Aufrüstung der Bundesrepublik ausgesprochen .

Auszüge davon auf Seite 41

Während nach dem Bau der Berliner Mauer die "Bild"-Zeitung "Macht das Tor auf" forderte, wurden Menschen die für Kontakte mit der DDR eintraten von westdeutschen Justizorganen verfolgt.(4)

Um so bedeutender waren da die Initiativen anzusehen, die zu gesamtdeutschen Gesprächen führten, die mit halfen die Erstarrung zu überwinden, die keineswegs alleine der DDR anzulasten war.

Fortsetzung Seite 41



AN ALLE
FRIEDENSFREUNDE - UND MITGLIEDER DER VVN IN OPLADEN UND LEVERKUSEN

Herzliche Einladung zum Kulturabend der VVN !

Dem unvergeßlichen und tapferen Freiheits-Dichter, Bert B r e c h t, zum Gedächtnis !

Montag, dem 29 J u n i 1959,
abends 20.00 U h r im Saale
der Volkshaus-Gaststätte,
Leverkusen, Am Stadtpark 66

Berliner Künstler von Funk und Theater rezitieren, musizieren und singen aus den Werken von Bert B r e c h t - und anderer Meister der Musik und Literatur !

Ein Kamerad der VVN, spricht über die Bedeutung des stattgefundenen V Bundeskongresses der VVN in Frankfurt am Main !

V V N - Ortsgruppen,
Opladen / Leverkusen

Einlaß 19.30 Uhr: Beginn 20.00 Uhr:

Diese Einladung, bitte zum Kulturabend, als Ausweis mitbringen ! - Freunde und Familienangehörige, können durch die Eingeladenen, als Gäste eingeführt werden ! - Eintrittsgeld wird nicht erhoben ! - Zur Deckung der Unkosten, wird während der Veranstaltung, eine Sammlung erfolgen ! - Alle Friedensfreunde, lesen die " T A T " - Wochenzeitung der V V N !

Anmerkungen von Seite 38

1.) Am 29. November 1962 begann der von der Bundesregierung gegen die VVN angestrengte Prozeß vor dem Bundesverwaltungsgericht in Westberlin. Das Bundeskabinett hatte am 20. Oktober 1959 - in der Zeit der großen Auseinandersetzung über die Frage der Wiederaufrüstung, der atomaren Aufrüstung und der Verwendung von ehemaligen Nazis als "Fachleute" - einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN gestellt. In einer Broschüre wies die VVN auf die bezeichnende Tatsache hin, daß innerhalb von drei Monaten 50 Treffen von faschistischen und rechtsextremistischen Vereinen stattfinden konnten, während im selben Zeitraum 15 Gedenkveranstaltungen der VVN von den Behörden verboten wurden. Im Ausland wurde diese Entwicklung mit Protest zur Kenntnis genommen. Rund 500000 Unterschriften wurden im europäischen Ausland für die Freiheit der VVN gesammelt.
Unter dem Motto „Freiheit für die VVN" bildete sich auch in der Bundesrepublik ein Solidaritätsausschuss, dem u.a. **Martin Niemöller** und der Verleger **Ernst Rowohlt** angehörten und der Unterstützung auch von **Günther Weisenborn** fand.

Bezeichnend war, daß ausgerechnet der Senatspräsident, der über die VVN richten sollte, als alter Nazi, der schon vor 1933 in der SA und ab 1937 NSDAP-Mitglied war, bekannt wurde. Im Gerichtssaal wurde dies von Antifaschisten bekannt gemacht und der Prozeßbeginn endete mit einer Sensation und einem internationalen Skandal.

In einem Kommentar der "Frankfurter Neuen Presse" hieß es, daß nicht die VVN, sondern in "zunehmendem Maße die Behörden und politischen Parteien auf die Anklagebank geraten, die aus unterschiedlichen Gründen Opportunisten und Karrieristen bis in die höchsten Bundesgerichte entsenden". Der Prozeß, der der Bundesregierung ins Auge ging, wurde eingestellt - jedoch die Repressalien gegen die VVN und andere antifaschistischen, demokratischen Bewegungen gingen weiter.

2.)
Salvador Allende, Sozialist, der als Chef einer Volksfrontregierung Chile auf demokratischem Weg zum Sozialismus führen wollten. Die von der Mehrheit des Volkes gewählte Regierung wurde am 11. September 1973 von putschenden Militärs unter General **Augusto Pinochet** gestürzt, wobei der Präsident bei der Verteidigung seines Regierungssitzes umkam.

Patrice Lumumba, gehörte zu den Politikern Afrikas, die einen konsequent antiimperialistischen Kurs steuerten. Er gehörte im Oktober 1958 zu den Mitbegründern der Kongolesischen Nationalbewegung (MNC), die für die Unabhängigkeit des Kongos von Belgien kämpfte, die dann am 30.6.1960 erreicht wurde. **P. Lumumba** wurde Ministerpräsident, was die Belgische Regierung mit der Intervention von Fallschirmjägern beantwortete. Zugleich wurde von dem Politiker **Tschombe** im Auftrag der Union Minieré am 11.7.1960 die "unabhängige" Republik Katanga ausgerufen. Die von der Regierung Lumumba ins Land gerufenen UNO-Truppen wurden trotz der vom Sicherheitsrat geforderten unverzüglichen Beendigung der belgischen Aggression von den NATO-Verbündeten Brüssels dazu benutzt, die Niederschlagung der separatistischen Kräfte zu verzögern und die Positionen der rechtmäßigen Regierung Lumumba zu schwächen. Am 14.9.1960 riß **Mobutu** die Macht an sich, verhaftete Lumumba, lieferte ihn später an Tschombé aus, und dieser ließ ihn am 17.1.1961 ermorden.

Che Guevara: Mit seinem Bild - und dem von Ho Chi Minh - zogen einst zehntausende von Menschen durch die Straßen, mit der Forderung nach einer gerechteren Welt. Che Guevara, der als Mitkämpfer der kubanischen Revolutionäre - erfüllt vom gerechten Hass auf den US-Imperialismus und seine Vasallen in den Lateinamerikanischen Ländern - sich dem Kampf der dortigen Menschen verbunden fühlte, schaltete sich dort in den Kampf als "Guerillero" ein. Bei diesem Kampf wurde er am 9. Oktober 1967 in Higuera (Bolivien) - nachdem er am Tag vorher verwundet gefangengenommen worden war - auf Befehl des amerikanischen Geheimdienstes CIA, übermittelt vom damaligen Präsidenten Boliviens, General **Barrientos**, wehrlos liegend abgeknallt.

Ho Chi Minh: "Onkel Ho" war das Idol der Menschen in Vietnam - die sowohl unter französischer wie japanischer Fremdherrschaft zu leiden hatten. Er wurde als Mitkämpfer für die Unabhängigkeit Vietnams, am 2.9.1945 Präsident der Demokratischen Republik Vietnam. Dies stieß auf den Widerstand der französischen Imperialisten, die im Dezember 1946 den jungen Staat überfielen und das vietnamesische Volk mit einem fast 8jährigen Krieg überzog. Onkel Ho stand in diesem Kampf als Vorbild der Vietnamesen und wurde nach dem Beginn des US-Krieges auch bei allen antiimperialistischen Demonstrationen als Zeichen des Widerstandes und des Sieges des kleinen Volkes verehrt. Er starb am 03.09.1969 und an seiner Grabstätte in Hanoi sind seine Worte zu lesen:

"Nichts ist wertvoller,
als Unabhängigkeit
und Freiheit."

Von Anbeginn des Aufenthalts von ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik übten Demokraten Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen. „Väterchen Franz" Franz – Josef Degenhardt schrieb dazu dieses Lied:

Das ist die Geschichte von Tonio Sciavo,
geboren, verwachsen im Mezzogiorno.
Frau und acht Kinder und drei leben kaum
und zweieinhalb Schwestern in einem Raum.
Tonio Sciavo ist abgehauen, zog in die Ferne
ins Paradies,
und das liegt irgendwo bei Herne.

Im Kumpelhäuschen oben auf dem Speicher
mit zwölf Kameraden vom Mezzogiorno
für hundert Mark Miete und Licht aus um neun,
da hockte er abends und trank seinen Wein.
Und manchmal schienen durchs Dachfenster rein
richtige Sterne, ins Paradies,
und das liegt irgendwo bei Herne.

Richtiges Geld schickte Tonio nach Hause.
Sie zählten's und lachten im Mezzogiorno.
Er schaffte und schaffte für zehn auf dem Bau.
Und dann kam das Richtfest und alle waren blau.

Der Polier, der nannte "ihn" Italiener-Sau".
Das hört er nicht gerne im Paradies
und das liegt irgendwo bei Herne.

Tonio Sciavo, der zog sein Messer
das Schnappmesser war's aus dem Mezzogiorno.
Er hieb's in den harten Bauch vom Polier
und daraus flossen sehr viel Blut und viel Bier.
Tonio Sciavo, den packten gleich vier,
Er sah unter sich Herne, das Paradies,
und das war gar nicht so ferne.

Und das ist das Ende von Tonio Sciavo,
geboren, verwachsen im Mezzogiorno.
Sie warfen in zwanzig Meter hinab.
Er schlug auf das Pflaster und zwar nur ganz knapp,
vor zehn dünne Männer, die waren müde und schlapp,
die kamen grad aus der Ferne - dem Mezzogiorno -
ins Paradies und das liegt irgendwo bei Herne.

Dieses Lied habe ich 1966 geschrieben. Also ein sogenannter guter, alter Degenhardt. Aber es fehlt eine Strophe. Und die müßte dem Inhalt nach so lauten: Wenn die Arbeitenden aller Länder sich darüber verständigen, das sie einer Klasse angehören, also das gleiche Interesse haben, dann werden sie sich nicht mehr gegenseitig beschimpfen und erstechen. Dann werden sie ihre Waffen gegen ihren wahren Feind richten. Dieser Prozeß der Verständigung ist längst im Gang gesetzt. Und er läuft von Hanoi bis San Francisko, von Leipzig bis Köpstadt. Und er wird ganz sicher zu Ende geführt werden. Amen.
1971

Fortsetzung von Seite 39

Eine solche Veranstaltung fand auch im "Volkshaus" statt. Am 22. September 1971 berichteten Referenten aus Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) über das Bildungssystem der DDR. Hier wurde deutlich, als was sich Menschen, die der Kulturvereinigung nahestehen, verstehen. Als Vermittler von Informationen, die wenig oder gar nicht in offiziellen Verlautbarungen enthalten sind.

Am 13. September 1959 fand im Volkshaus eine Veranstaltung statt, die von siebzig Leuten besucht wurde. Anlaß war der zwanzigste Jahrestag, des Beginns des 2. Weltkrieges. **Ernst Saalwächter**, Mitglied des Landesvorstandes der VVN und Hauptbelastungszeuge im Prozeß gegen die Nazi-Verbrecher **Schubert** und **Sorge**, hielt dort eine Ansprache, umrahmt von Rezitationen und Musikbeiträgen.

Zuvor hatte man sich auf dem Manforter Friedhof an den Grabstätten der 189 in Leverkusen umgekommenen Zwangsarbeiter versammelt, um der Opfer zu gedenken und eine würdige Gedenkstätte zu fordern, welche dann 1965 auch errichtet wurde.

Kulturvereinsmitglieder wirkten auch mit, eine der größten Demonstrationen - die bis dahin in Opladen nach 1945 stattfanden - mit vorzubereiten und damit auch Informationslücken zu schließen.(5) Diese Veranstaltung war der Solidarität mit **Angela Davis** - die in einem konstruierten Verfahren in den USA als Schwarze und Kommunistin angeklagt war - gewidmet, sie fand am 17. Oktober 1971 auf dem Marktplatz in Opladen statt und 1500 Menschen beteiligten sich daran. Bereits am 13. Mai 1968 hatte im Haus eine "Solidaritätsveranstaltung für das kämpfende Volk in Vietnam, für die Opfer des Neofaschismus in Westberlin, Westdeutschland, Griechenland und in den USA" stattgefunden, wo das Mitglied des Bundesvorstandes des SDS, **Herbert Lederer** aus Essen sprach.

In jenen Tagen, der antiautoritären Studenten - und Schülerbewegung stießen auch jüngere Mitglieder zur Kulturvereinigung und wurden mit der Tradition des Arbeiterkulturkartells bekannt.

Fortsetzung auf Seite 42

In der Entschließung vom 18. Mai 1960 heißt es:

Wir sehen darin (die atomare Rüstung) eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands, sowie die Gefahr eines atomaren Bruderkrieges, der auch zur Auslösung eines dritten Weltkrieges führen könnte. Wir bitten deshalb die Regierungen der vier Großmächte, (USA - England, Frankreich und die Sowjetunion,) durch Verhandlungen und Beschlüsse, die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu verhindern. Wir appellieren an die Vernunft der führenden Politiker der vier Großmächte. Denn noch sind die grausamen Spuren des zweiten Weltkrieges nicht beseitigt.

Im Zeitalter der Atomkriege ist jeder Krieg sinnlos geworden. Das nicht stattgefundene Gipfeltreffen der Vertreter der vier Großmächte erfüllt uns ebenfalls mit großer Sorge und Bestürzung. - Die Entspannung der weltpolitischen Lage, ist das dringende Gebot der Stunde. Jede weitere atomare Aufrüstung führt mit logischer Konsequenz zu einem 3 Weltkrieg.

Unsere Erwartungen, die Erwartungen aller friedliebenden Menschen, müssen von den führenden Politikern der Großmächte, nicht unberücksichtigt bleiben. Die Mütter und Frauen der ganzen Welt haben ein Recht zu fordern: Macht endlich den Anfang zur Abrüstung und legt damit die Grundlagen zu einem dauerhaften Weltfrieden!

Wenn das Haus erzählen könnte

...dann würde es bestimmt auch über jene Gäste sprechen, die im Laufe der Jahrzehnte in seinen Mauern, bei den verschiedensten Veranstaltern zu Gast waren:

z.B. der VVN-BdA Landesvorsitzende Jupp Angenfort, der Schriftsteller Harry Böseke, die Rock-Gruppe Floh de Cologne, die Schriftstellerin Anna Dünnebier, der Widerstandskämpfer und VVN-BdA Bundessprecher Peter Gingold, der Historiker Prof. Kurt Gossweiler, der ehemalige Betallionskommandeur der Internationalen Brigaden im spanischen Freiheitskrieg 1936-1938, Ernst Buschmann, die Düsseldorfer Songgruppe, der Faschismusforscher Prof. Wolfgang Wippermann, der ehemalige KPD-MdB Fritz Rische, der ehemalige KPD-Vorsitzende Max Reimann, der Historiker Prof. Lothar Berthold, Prof. Hans Joachim Krusch, der Philosoph Dr. Robert Steigerwald, Prof. Hans Heinz Holz, Prof. Arno Klönne, VVN-Landes-und Bundessprecher Ulrich Sander, PDS-MdB Winfried Wolf, Dr. Heinz Jung, Leiter des IMSF Frankfurt, Alexander Sudin, Bariton, verdienter Künstler der russischen Förderation, Karl Schabrod, ehemaliges Landtagsmitglied und Mitverfasser der Landesverfassung von NRW, Kurt Bachmann, ehemaliger Buchenwaldhäftling und DKP-Vorsitzender, Mitglieder des DGB-Kreisvorstandes Köln-Leverkusen und des DGB-Ortskartells, IG Metall-Vertreter sowie Mitglieder der "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsrats-Arbeit", Mitglieder einer Arbeitgruppe einer Landtagsfraktion der Grünen, die "Coordination gegen Bayer-Gefahren", der Vorbereitungsausschuss für die Gründung einer revolutionären Jugendbewegung, aus der dann 1968 die SDAJ entstand, der antifaschistische Jugenclub „ Courage", Teilnehmer der "Runden Tische", die 1990 unterschiedlichste linke Gruppierungen vertraten und die Aspekte der "Wiedervereinigung" debattierten, Mitglieder von ausländischen Delegationen, die an den Parteitagen der DKP teilnahmen, u.a. aus Indien, Irak, Iran, Frankreich, Ungarn, Böhmen und Mähren, Serbien, England, USA, Japan sowie Mitglieder einer Delegation des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Teilnehmer des "Euro-Marsches 1997" nach Amsterdam gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung u.a. aus Portugal, Spanien, Schweiz, Frankreich auch der dreimalige Olympiasieger und dreimalige Weltmeister im Boxen Teofilo Stevenson aus Kuba, wie die Jugendfußballer von "Empor Berlin" gehörten dazu.

In der Betriebszeitung der DKP für die Bayer-Belegschaft "die Pille" schlug sich dies in folgender Meldung nieder:

Geholfen

Prima, Reiner!

Manche Kolleginnen und Kollegen meinen, wir würden nur über Bayer meckern, stänkern usw.

Nun wenn es sein muß - aber das wissen eigentlich die Kollegen am besten. Doch jetzt können wir mal von einem Bayer – Manager Positives berichten: Vor einigen Wochen war eine Jugendmannschaft eines Berliner Fußballvereins zum Trainingslager in Leverkusen. Leider klappte es nicht, daß die Jungs auf einem Rasenplatz spielen konnten. Als beim Training dann einer den Bayer – Manager Reiner Calmund entdeckte, entschlossen sie sich, ihn anzusprechen und um Hilfe zu bitten. Gesagt - getan. Und Reiner ließ die jungen Sportsfreunde nicht im Regen stehen, er half, und obendrein wurden die jungen Sportler mit dem Trikot des Vereins beschenkt. Wir finden diese sportliche Geste prima.

Aus der damaligen Zeit stammt auch ein Brief des Vereinsvorsitzenden **Arnold Schulz** an des SDSler **Rudi Dutschke**, der am Gründonnerstag 1968 in Berlin duch ein Attentat eines aufgehetzten Rechtsradikalen lebensgefährlich verletzt worden war und später an den Folgen in Dänemark starb.
"Verlieren Sie nicht den Mut! Wir, die VVN-Kameraden", so schrieb der Antifaschist, der 5 Jahre im Faschismus inhaftiert war und der auch VVN-Vorsitzender in Leverkusen war, *"haben im Zeitalter des Faschismus und in nazistischen Konzentrationslägern niemals den Mut verloren und dem Terror des Faschismus unsere politische Überzeugung geopfert."*

Angesichts der Anfang des Jahres 2001 aufgeflammten Debatte über die Vergangenheit der Minister **Fischer** und **Trittin** während der Studentenbewegung und ihre politischen Taten heute eine nachdenkenswerte Äußerung. Mit der Gründung der DKP 1968 zog wieder eine Partei ins Haus ein. 1956 beim Verbot der KPD hatten interessierte Kreise versucht das Haus sich unter den Nagel zu reißen, jedoch scheiterte dies daran, daß die Mitglieder der Kulturvereinigung nachweisen konnten, daß dies Haus kein Eigentum der KPD war und somit auch nicht beschlagnahmt werden konnte. Diese Auffassung vertrat dann auch die Justiz, denn die KPD war nur Mieter im Haus gewesen, wie im Laufe der Jahre auch verschiedene Wirte und später der Seniorenschutzbund "Graue Panther" und heute der "Kurdische Arbeiterverein". Seit 1977 ist auch die "Bildungs- und Begegnungsstätte der DKP", die Karl Liebknecht-Schule im ehemaligen Volkshaus untergebracht, wo momentan ein Fernstudium der Lehren von Marx, Engels und Lenin läuft und das von über 300 Menschen aus dem deutschsprachigen Raum genutzt wird. Bei Seminaren und Veranstaltungen die im Hause stattfinden, führt die Kulturvereinigung auch Informationsveranstaltungen über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Leverkusen durch, wo über die Menschen gesprochen wird, die im Gebiet des heutigen Leverkusen für eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen, die Not und Entbehrungen aufnehmen mußten - aber trotz alledem in der Frage, wie die Gesellschaft aussehen soll, ob "Sozialismus oder Barberei", sich für den Sozialismus entschieden. Und für diese Entscheidung sind wir Nachfahren ihnen und ihrem Leben gegenüber zur Weiterarbeit verpflichtet.

Die Kulturvereinigung Leverkusen tritt - wie eh und je - für eine humane Welt, für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg - ein und wirkt mit ihren bescheidenen Mitteln dafür heute und in Zukunft.

Anmerkungen:

1.) Aus Erinnerungen von älteren Mitgliedern wissen wir, daß bei diesen Veranstaltungen auch der jeweilige Karnevalsprinz mit Gefolge erschien. Auch nahmen Leverkusener Antifaschisten und Kulturvereinsmitglieder an Karnevalssitzungen der VVN in Köln teil, wo z.B. im Januar 1959 in der Messe **Trude Herr, Karl Küppers, die 4 Botze** u.a. namhafte Karnevalisten mitwirkten.

2.) Esperanto ist eine praktische internationale Welthilfssprache, die 1887 von dem Polen **I. Zamenhof** vorgelegt wurde. Mit ihr sollte neben der Muttersprache eine zweite Sprache geschaffen werden, die für alle Völker erlernbar, zur internationalen Kommunikation dienen sollte. Diese Vorstellung trug besonders auch in der Arbeiterbewegung dazu bei, das das Esperanto in der Weimarer Republik Verbreitung fand, das sich ein Arbeiter Esperantobund bildete. Allerdings konnte nach der Befreiung vom Faschismus die Esperanto-Bewegung nicht mehr eine solche große Rolle spielen, wie in den zwanziger Jahren.
Die "Volksbühne" war aus der Arbeiteramateurtheaterbewegung der Weimarer Republik entstanden, in der der Düsseldorfer Schauspieler **Wolfgang Langhoff** eine wichtige Rolle spielte. Auch hier unterbrach der Faschismus die Arbeit. Über die Geschichte in Leverkusen ist wenig bekannt. Aus einem Programmzettel, der im März 1948 gedruckt wurde, ist ersichtlich daß ein Schwank in 3 Akten **"Aber Max"** unter der Spielleitung von **Ludwig Wagner** aufgeführt wurde. Als Schauspieler wirkten dabei die Kulturvereinsmitglieder **Cilli Müller** und **Max Müller** sowie der spätere Stadtdirektor **Bruno Krupp** mit.

3.) Hier soll nur kurz erinnert werden, daß der damalige Bundesaussenminister **Heinrich von Brentano** **Bert Brecht** mit dem **Nazi Horst Wessel** gleichsetzte, daß vielfältige Widerstände zu überwinden waren, als **Harry Buckwitz** als Regisseur in Frankfurt/M. Brecht auf die Bühne bringen wollte, daß **Kurt Tucholsky** in jenen Jahren von vielen Meinungsmachern nicht akzeptiert wurde und der "Asphaltliteratur" zugerechnet wurde.

4.) So wurde dem Autor der Zeilen, 1965 nach einem Besuch des Arbeiterjugendkongresses in Karl Marx-Stadt ein Ermittlungsverfahren wegen einfachem Landesverrat (§ 108 StGB) angehängt, mit staatsanwaltschaftlicher Vernehmung. Um die gleiche Zeit wurde gegen den heutigen stellv. Vorsitzenden der Kulturvereinigung und damaligen Naturfreundejugendfunktionär **Horst Wilhelms** ermittelt, weil er mit anderen in Oberhausen ein gesamtdeutsches Jugendgespräch organisiert hatte.
Der spätere NRW – Minister **Diether Posser** hat viele Beispiele in einem Buch geschildert, welches auch den Fall des Sportlers **Arnold Bittner** aus Langenfeld enthält, der Sportkontakte im olympischen Geist mit der DDR suchte und deswegen vor Gericht gezerrt wurde. Das Buch ***"Anwalt im Kalten Krieg"*** gibt ein Stück verdrängter Geschichte der Bundesrepublik preis.

5.) Die Demonstration und Kundgebung war durch einen Aufruf vorbereitet worden, den u.a. der Rechtsanwalt und Sänger **Franz Josef Degenhardt**, der langjährige Chefredakteur der "Gewerkschaftlichen Monatshefte" Prof. Dr. **Walter Fabian** aus Köln, dem Filmproduzenten **Walter Koppel** aus Hamburg und Pfarrer **Adolf Schmidt** aus Langenfeld u.a. unterzeichnet hatten.
Auf der Kundgebung sprachen **Fania Davis**, die Schwester von **Angela**, der Vorsitzende der DKP **Herbert Mies** und der **Journalist Gunnar Matthiessen**.
Kulturvereinsmitglieder waren auch bei anderen Aktionen beteiligt, die sie mit vorbereitet hatten, wie z.B. im Jahre 2000 die Demonstration am 20. Mai oder zum 9. November in Opladen.

Demonstration vom 20. Mai 2000 Leverkusen

Wie zu Beginn der Hausgeschichte die *Solidarität* stand, so ist es auch noch heute. Im September 2000 wurde eine Hausrenovierung von Freunden und Genossen der Karl Liebknecht Schule, die ja im Hause untergebracht ist, durchgeführt.
Rund eine Woche wirkten sie unentgeldlich um das Haus schöner zu machen und der Nachwelt zu erhalten. Ihnen und allen anderen die mit Sach-, und Geldspenden die Arbeit unterstützten ein herzliches

Danke schön !

DISKUSSIONSPLATTFORM ZUR KULTURFRAGE IN UNSERER ZEIT

vorgelegt von der KULTURVEREINIGUNG LEVERKUSEN e.V.:

Ausgehend von der Tatsache, daß nach unserem Verständnis KULTUR verschiedene scheinbar nicht zusammenhängende Dinge (wie Kunst, Fernseh- und Filmkonsum, Literatur, Raumordnung und Städteplanung, eigene künstlerische Betätigung, usw.) beinhaltet, zugleich vielfältige Fragen an die "Kultur" gestellt werden, veranlasste die KULTURVEREIGUNG einige grundsätzliche Bemerkungen zum Thema zu erarbeiten.
Dabei geht es nicht nur um ein theoretisches Reflektieren. Kulturell gestaltetes Leben ist auch ein Fakt, der eine treibende Kraft und ein Ziel im Kampf für ein besseres Leben, gegen Krieg und Ausbeutung, gegen Hunger, Elend und Unwissenheit sein kann. Entsprechend den konkreten Bedingung gilt es in diesemSinne - vor Ort, regional, landes- und bundesweit - sich in die kulturpolitische Diskussion einzuklinken und Positionen zu beziehen.. Unsere - bei leibe nicht abschliessende Auffassung möchten wir als Diskussionsangebot der kulturinteressierten Öffentlichkeit unterbreiten:

> "Kultur ist kein geruhsamer Genuß, heute weniger denn je. Auf ihre alleräußerste Verteidigung sei ein jeder bedacht"
>
> Heinrich Mann

1. Es geht in unserer kulturpolitischen Orientierung immer um ideologische - politische Grundfragen, wie die des Hummanismus und des Antifaschismus. Fragen also, die höchst aktuell sind und mit der Aktionseinheit und dem demokratischen Bündnis verbunden sind.

2. Es geht gegen den Kulturabbau, um die materielle Sicherung des demokratischen kulturellen Lebens und der ihm dienenden Einrichtungen auf allen Ebenen. Dazu zählen die Vereinsförderung ebenso, wie die der kulturellen Initiativen - die nicht auf Profit ausgerichtet sind - und der Kunst. Das umfaßt Erholungsgebite ebenso wie die Erhaltung historisch wertvoller Gebäude und Denkmäler usw.
Die Privatisierung von Kultureinrichtungen muß beendet , Kulturförderung muß als Aufgabe der Gesellschaft verstanden werden, jegliche Einflußnahme durch Sponsoren, das Vermarkten von Kulturgütern zum Zwecke der Imagesteigerung des Sponsors muß unterbunden werden.

3. Es geht darum - auch angesichts sich enorm entwickelnder globaler Medien - konzerne mit ihrem Zugriff auf technische Entwicklungen, mit denen heute weltweit Massen manipuliert werden können - vehement demokratischen Einfluß und Kontrolle zu verlangen und dafür zu streiten, Mitbestimmungsforderungen zu erheben für Kultureinrichtungen, für die Sicherung und den Ausbau von Kulturetats einzu - treten. Geld ist genug da (Gewinne, Rüstungsgelder, etc.). Durch eine Einstellung der Finanzierung von Revanchistenverbänden und deutschtümmlnden Traditionsvereinen könnte ein allererster Schritt in diese Richtung gemacht werden.

4. Es geht immer auch um die soziale Sicherung der Künstler und allen im Kulturbetrieb Tätigen, um die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Dabei kommt der Gewerkschaftsbewegung - neben ihrer noch mehr verkümmerten Aufgabe als gesellschaftlicher Faktor - eine wichtige Aufgabe zu, die der Unterstützung bzw. Aktivierung durch alle Kräfte bedarf, die sich der demokratischen und Arbeiterbewegung verbunden fühlen.

5. Es geht schließlich und letztendlich immer auch darum, die idividuelle kulturelle Tätigkeit der abhängigen Menschen zu fördern und kulturelle Bedürfnisse zu wecken. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß spezifische Aspekte (Jugendkultur, ausländische kulturelle Aktivitäten, Frauen, etc.) beachtet werden. Es ist eine Bildungsarbeit zu unterstützen und anzustossen, die an die humanistischen, revolutionären Traditionen der Kunstgeschichte erinnert um damit Anstösse für das Denken und Handeln für Heute zu geben, um die gegenwärtige, sich entwickelnde fortschrittliche Kunst - auch unter Gebrauch der neuen Technologien - zu fördern.

Fortsetzung umseitig

Ausgehend von diesen grobskizzierten Erkenntnissen tritt die KULTURVEREINIGUNG Leverkusen e.V. an die politisch und kulturellen Verantwortlichen der Stadt, an Landes- und Bundespolitiker, an die kulturelle Öffentlichkeit der Stadt heran, mit der Forderung in disem Sinne mitzuhelfen, die kulturellen Errungenschaften zu verteidigen und auszubauen.

Zugleich gilt es an vielen Fronten sichtbar zu machen, das ein kulturvolles Leben nicht nur wünschenswert und notwendig ist, sondern auch dringend geboten.

Und dies nicht nur angesichts des - auch von Politikern die sich verbal der Arbeiterbewegung zugehörig dünken - Kulturabbaus im Lande, sondern auch weil neofaschistische Schläger, von rechten Nadelstreifenideologen aufgepuscht Menschenjagden veranstalten; weil unter dem Deckmantel einer "Leitkultur" eine dem "deutschen Wesen" entsprechende formierte Gesellschaft droht; weil auch ehemalige sozialdemokratische und grüne Friedensaktivisten als Mandatsträger heute im Interesse des neudeutschen Imperialismus mit Lug und Trug Kriegseinsätze gegen andere Völker absegnen; weil die Unkultur einer "Big Brother"- Gesellschaft immer mehr die Gesellschaft fragwürdig erscheinen läßt,

deshalb ist

das Eintreten für die oben angeführten Positionen - die im übrigen ja noch nicht ausdiskutiert und der Schlußpunkt einer notwendigen Debatte über Kultur in unserer Zeit und unserer Stadt sind - geboten.
Die KULTURVEREINIGUNG Leverkusen begrüßt in dem Zusammenhang das Stattfinden einer Stadtkulturkonefernz und möchte die Teilnehmer ermuntern in die Debatte um diese, unsere Vorstellungen miteinzugreifen.

Leverkusen, März 2001

Aus der Satzung der Kulturvereinigung Leverkusen e.V.:

§ 2 Ziele und Aufgaben

2.1. Die Kulturvereinigung Leverkusen betreibt ein Kulturhaus zur Förderung der Kultur- und Bildungsarbeit, der Jugend- und Seniorenarbeit, der künstlerischen Tätigkeit, nationaler und internationaler Begegnungen, die der Verständigung zwischen den Völkern und dem Frieden dienen.

Sie will einen Beitrag zum multikulturellen Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger leisten.

Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. steht in der Tradition der Arbeiterbewegung

2.2. Ihre Aufgaben und Ziele will sie erreichen durch die Durchführung und Beteiligung von/an

- internationalen Begegnungen;
- kulturellen und kulturpolitischen Veranstaltungen;
- Treffen von Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten und leben;
- Veranstaltungen zur geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung, vor allem in Leverkusen;
- Veranstaltungen zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung, vor allem in Leverkusen.

2.3. Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. ist im Bereich der Bundesrepublik Deutschland tätig.

2.4. Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. arbeitet im Sinne ihrer Ziele mit deutschen und ausländischen Partnern, sowie internationalen Gremien und Institutionen zusammen.

KULTURVEREINIGUNG LEVERKUSEN E.V.

Sitz der KULTURVEREINIGUNG Leverkusen e.V., Am Stadtpark 68

Die KULTURVEREINIGUNG Leverkusen e.V. versteht sich als eine Kultur- und Bildungseinrichtung, die sich der demokratischen Bewegung verbunden fühlt und in der Tradition der Arbeiterbewegung steht. Das Haus am Stadtpark – älteren Mitbürgern unter dem Namen „Volkshaus" bekannt – wurde durch Arbeiter, größtenteils Erwerbslose, errichtet und am 21. März 1931 eingeweiht. 1933 annektierten die Nazis das Haus. Es konnte dann im April 1945 wieder in die Hände der Vertreter der Organisation, die in der Weimarer Republik „Proletarisches Kulturkartell" hieß zurückgegeben werden. Am 18. Februar 1946 fand die Neugründung der Vereinigung statt, die seit dem 29.06.1952 den heutigen Namen trägt. Entsprechend der Satzung will die Vereinigung der Verständigung der Völker und dem Frieden dienen. Seit einigen Jahren hat die Vereinigung – die von einem fünfköpfigen Vorstand geleitet wird – ihre Öffentlichkeitsarbeit aktiviert. Mitglied kann werden, wer die Ziele der Vereinigung anerkennt und einen Beitrag entrichtet. Leitgedanke der Vereinigung bleibt: Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!

Kulturvereinigung Leverkusen e.V.
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen
Tel. (02 14) 50 20 48 (Schulze)
Fax (02 14) 4 64 50